

dbb *magazin*

3

März 2006 - 57. Jahrgang

Konflikt im öffentlichen Dienst:

Zeit zu handeln!

Seite 4 <

Interview:

Kurt Beck,
Ministerpräsident
Rheinland-Pfalz

Seite 16 <

Report:

SWR-Fernsehen:
Streik als
Tagesthema



Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“



Wenn ich Verantwortung versichern könnte:

Die DBV-Winterthur – Spezialversicherer
für den öffentlichen Dienst

Mit gezielter Vorsorge sichern Sie Ihren Lebensstandard. Nutzen Sie unsere
Spezialangebote für den öffentlichen Dienst mit Beitragsvorteilen.

Wir beraten Sie gerne. Anruf genügt!
Übrigens: Wir sind Partner des dbb vorsorgewerks!

DBV-Winterthur
Versicherungen
Frankfurter Straße 50
65178 Wiesbaden
Tel.: 01803 335346*
Fax: 01803 202147*
www.dbv-winterthur.de

*9 Cent/Minute

DBV-winterthur

Rückschritt!

Eine Neuordnung des komplizierten Beziehungsgeflechts zwischen Bund und Ländern ist notwendig und vernünftig. Angesichts knapper Kassen kann und muss vieles effektiver und kostengünstiger gestaltet werden. Was jedoch im Rahmen der Föderalismusreform durch die Übertragung der Kompetenzen für die Beamtenbesoldung vom Bund auf die Länder angerichtet werden soll, bewirkt schlicht das Gegenteil. Spätestens in zehn Jahren werden die finanzstarken Länder ganz anders bezahlen



als die schwachen: Ein bundesweit einheitlicher Leistungsstandard des öffentlichen Dienstes wird deshalb auf Dauer nicht zu gewährleisten sein.

Nach wie vor setzt der dbb auf den Kompromiss, den Ländern ein so genanntes Zugriffsrecht zuzubilligen, das ihnen die Wahl lässt, die Beamtenbesoldung selbst oder zusammen mit dem Bund zu regeln. Aber selbst das wollen machthungrige Landesfürsten wie Bayerns Ministerpräsident Stoiber oder Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit nicht zugestehen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind nun am Zug, den Rückschritt in die vor 30 Jahren überwundene Kleinstaaterei zu verhindern. Der dbb erwartet, dass sie durch ihre Stimmabgabe dazu beitragen, einen wichtigen Standortfaktor der Bundesrepublik, nämlich einen flächendeckend leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu erhalten, statt zu zerschlagen.

Impressum: Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, ☎ (0 30) 40 81-40, Fax (0 30) 40 81-55 98.

Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de

Chefredakteur: Dr. Walter Schmitz (sm); Redaktion: Christine Bonath (cri), Jan Brenner (br); Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Gestaltung: Marian-Andreas Neugebauer. **Fotos:** Bonath, Brenner, fotolia.de, MEV, Project Photos, Schmitz. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift für Beamte, Angestellte und Arbeiter erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementpreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 29,90 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer. Der Bezugspreis für das Einzelheft 3,50 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: dbb verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, ☎ (0 30) 7 26 19 17-0, Telefax (0 30) 7 26 19 17 40, Commerzbank Berlin: Konto 0733 998, Sparkasse Bonn: Konto 21 006 903.

Versandort: Düsseldorf.

Herstellung und Anzeigen: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de.

Anzeigenleitung: Michael Stumpf. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, ☎ (02 01) 8 71 26-9 45, **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, ☎ (02 11) 73 57-5 63, Fax (02 11) 73 57-5 07, Anzeigentarif Nr. 47 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2005. Druckauflage: 739 217 Exemplare (IVW 2/2005). **Vertrieb:** Heike Lohe, ☎ (02 11) 73 57-8 54, Fax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff ISSN 0941-8156

> In dieser Ausgabe

> aktuell



6

- > Interview mit Kurt Beck, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz 4–5
- > Tarifkonflikt: Zeit zu handeln 6–8
- > Arbeitszeitverlängerung und Kürzung der Sonderzuwendung 10–11
- > Finanzschwache Länder im Nachteil 12
- > dbb Anzeigenaktion 13
- > Berliner Dialoge 14
- > Jahreswirtschaftsbericht 14
- > Forum Bürokratieabbau 15



6

> fokus



17

- > Report: Besuch bei der Redaktion „ARD Aktuell“ im Südwestrundfunk Stuttgart: Tagesthema: Streik 16–19
- > Brennpunkt: Bürgerhaushalt Lichtenberg 20–21
- > dbb akademie 22–23
- > Die andere Meinung 24
- > dbb Mitgliederservice 25
- > Auswirkungen der EU-Gesetzgebung auf den öffentlichen Dienst in Europa 26–27
- > Sozialkampagne 28



24

Durchstarten mit dem dbb



34

> spezial

- > Familienpolitik im europäischen Vergleich: Viva Familia 30–31
- > Betriebsratswahlen 2006: Kompetenz wählen! 32
- > dbb jugend: Föderalismus bedenklich... 33
- > Werbeaktion 2005: dbb weiter im Aufwärtstrend 34
- > dbb Senioren 38
- > dbb service: Starlight Express – Das Rennen deines Lebens 38
- > Glosse 39



39

> finale

- > Digitales „Überall-Fernsehen“: Turbulenzen im Äther 40–41
- > dbb Mitgliedsgewerkschaften 42–46
- > Kulisse: Ganz oder gar nicht 47



41

„Wir wollen die Ref

> dbb magazin

Die Finanzkommission für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (KEF) hat kürzlich vorge-rechnet, dass mit einer Gebüh-renerhöhung von 1,42 Euro pro Monat ein werbefreies Fernse-hen möglich wäre. Das scheint nicht zu teuer für ungetrübten Fernsehgenuss. Sehen Sie eine Zukunft für werbefreies öffent-lich-rechtliches Fernsehen, zu-mal es mit derzeit 17,03 Euro pro Monat quasi bereits „Pay-TV“ ist?

> Beck

Ich bin einem werbefreien öf-fentlich-rechtlichen Rundfunk grundsätzlich nicht abgeneigt. Wenn ich mich allerdings an die letzte Gebührendebatte er-innere, wo über jeden Cent ei-ner Gebührenerhöhung gerun-gen wurde, so habe ich Zwei-fel, ob diese Hürde kurzfristig zu stemmen wäre. Vielleicht bedarf es dazu aber auch ein-zelner Zwischenschritte. Ich glaube jedenfalls, die Werbe-freiheit sollte ein mittel- bis längerfristig erreichbares Ziel sein.

> dbb magazin

Sportprogramme zählen zu den gefragtsten im deut-schen Fernsehen, die Rechte für Top-Veranstaltungen schla-gen allerdings mit immer as-tronomischeren Summen zu Buche. Müsste hier nicht eine Regulierung erfolgen?

Kurt Beck,
Ministerpräsident des
Landes Rheinland-Pfalz



> Beck

Wir leben in einem von Ange-bot und Nachfrage bestimmten freien Markt, übrigens ge-nauso wie überall in der Euro-päischen Union. Schauen Sie zu unseren Nachbarn und Sie werden erkennen, dass dort vergleichbare Entwicklungen festzustellen sind.

> dbb magazin

Kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Spagat zwi-schen Anspruch und kommer-ziellem Druck besonders durch private Sendeanstalten künftig überhaupt ohne Sponsoring und Werbung schaffen?

> Beck

Für den Sport sehe ich durch-aus die Notwendigkeit, auch künftig ein Sponsoring im öf-fentlich-rechtlichen Rundfunk zu erlauben. Denn ohne Spon-sormöglichkeiten wird häufig der Erwerb von Sportrechten ausgeschlossen oder deutlich erschwert. Sponsoring für ARD und ZDF bei Sportsendungen ist daher eine Wettbewerbs-voraussetzung, um im dualen Rundfunksystem bestehen zu können.

> dbb magazin

Der zunehmende Konkurrenz-kampf zwischen den öffent-lich-rechtlichen und den priva-ten Rundfunk- und Fernsehan-stalten beschert den Konsu-menten nicht in jeder Hinsicht reinen Informations- und Unterhaltungsgenuss. Zu den Risiken und Nebenwirkungen des Kampfes um Zuschauer-quoten gehört auch der Trend zu immer mehr seichten oder auch übermäßig brutalen Pro-grammprofilen. Halten Sie die Einflussmöglichkeiten der Kon-trollorgane, die den Medien etwa in Gestalt der Rundfunk-räte beigeordnet sind, für aus-reichend oder erkennen Sie hier Reformbedarf?

orm des Tarifrechts“

> Beck

Ich sehe die Kontrollorgane der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, das heißt die Rundfunkräte eher mehr gefordert als früher. Heute gilt es, durch ein eigenständiges öffentlich-rechtliches Programmprofil sich deutlich von den kommerziellen Angeboten abzusetzen. Da wir schon aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Eingriffe des Staates in die Programmgestaltung dulden können, sind hierfür allein die zuständigen binnenpluralen Gremien verantwortlich.

> dbb magazin

Auf der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb in Köln haben Sie sich im Januar durchaus kritisch zur geplanten Föderalismusreform geäußert und auf die Wahrung der Chancengleichheit zwischen den Bundesländern verwiesen. Welche konkreten Vorteile sehen Sie als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident in einem Zugriffsrecht der Länder auf das Dienstrecht, wenn eine Reihe von Ländern unter dem Dach des Bundes zusammenbliebe?

> Beck

Die geplante Föderalismusreform und damit die Neuregelung der Kompetenzen bei der Gesetzgebung in Bund und Ländern ist dringend erforderlich. Wir haben uns in der Vergangenheit zwischen Bund und Ländern manche Blockaden geleistet, die wir uns im internationalen Wettbewerb nicht leisten können.

Bei der Föderalisierung des Dienstrechts bin ich der Auffassung, dass dies für Rheinland-Pfalz nicht nur von Vorteil ist. Rheinland-Pfalz hat daher in der länderoffenen Arbeitsgruppe „Föderalismusreform“ am 11. Januar 2006 gemeinsam mit einigen anderen Ländern für eine Regelung im Sinne eines Zugriffsrechts geworben. Die Vorteile des Zugriffsrechts, wären unter anderem, dass die Länder ein Wahlrecht hätten, ob sie Bundesrecht weiterhin anwenden oder das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht selbst regeln. Dies böte zumindest die Chance, dass eine Zersplitterung des Dienstrechts in 17 verschiedenen Regelungen – die mit einem entsprechenden bürokratischen Aufwand sowie der Gefahr von Abwer-

bungstendenzen für bestimmte Berufsgruppen einhergingen – vermieden werden könnte. Leider haben sich einige Länder – beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen – strikt gegen diesen Vorschlag ausgesprochen.

> dbb magazin

Die meisten Bundesländer sperren sich noch immer gegen eine Übernahme der Anfang 2005 in Potsdam erreichten Tarifeinigung für Bund und Kommunen. Durch neue Verhandlungen und erzielbare Kompromisse könnte das Tarifrecht auf zukunftssichere Füße gestellt werden. Wie steht Rheinland-Pfalz dazu?

> Beck

Meines Wissens ist kein Bundesland bereit, den nur mit dem Bund und den Kommunen ausgehandelten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst unverändert zu übernehmen. Dennoch wollen wir die Reform des Tarifrechts. Allerdings müssen dabei auch die länderspezifischen Besonderheiten Berücksichtigung finden. Die Länder, die im Schnitt einen Personalkostenanteil von 42 Prozent in ihren Haushalten haben, sind nun einmal in einer anderen Situation als der Bund und die Kommunen. Wir haben spezielle Regelungsbedarfe zum Beispiel im Bereich der Schulen und Hochschulen sowie der Universitätskliniken, die es so beim Bund und den Kommunen nicht gibt und

die deshalb auch in dem mit ihnen ausgehandelten Tarifvertrag nicht den notwendigen Niederschlag gefunden haben. Aber auch die Finanzierbarkeit müssen wir im Auge behalten, wobei den Bereichen Arbeitszeit und Sonderzahlungen eine besondere Bedeutung zukommt.

Alle diese Problemkreise können nur in Verhandlungen gelöst werden, und ich habe es deshalb auch außerordentlich bedauert, als die Gewerkschaften im Frühjahr vorletzten Jahres die Länder aus den Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts ausgeschlossen hatten. Von Anfang an war klar, dass die Länder ein Zustandekommen sie nicht beteiligt waren, nicht unbesehen übernehmen können. Eine Übertragung des neuen Tarifrechts auf die Länder erfordert daher neue Verhandlungen und es gab ja auch schon eine Reihe von Gesprächen, die diese vorbereitet haben. Umso unverständlicher fand ich es, dass die Gewerkschaften diese Gespräche wiederum abrupt abgebrochen und zum Mittel des Arbeitskampfes gegriffen haben. Tarifergebnisse sind immer die Summe von Kompromissen, zu denen man in Verhandlungen gefunden hat. Dies setzt allerdings voraus, dass man miteinander spricht.

> Zur Person



Kurt Beck ... Jahrgang 1949, ist Elektro-Mechaniker der Fachrichtung Elektronik und war als Funkelektroniker tätig. 13 Jahre lang amtierte er als Personalrats- und Bezirkspersonalratsvorsitzender. Seit 1972 Mitglied der SPD, ist Beck seit 1979 als Landtagsabgeordneter aktiv und wurde nach Tätigkeiten als parlamentarischer Geschäftsführer, Ortsbürgermeister in

Steinfeld, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und der SPD Rheinland-Pfalz, im Oktober 1984 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz. Seitdem ist er ebenfalls Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder. Im November 2003 wurde Beck zum stellvertretenden SPD-Vorsitzenden gewählt.

Mit überwältigender Mehrheit haben Vorstand und Tarifkommission der dbb tarifunion am 9. Februar 2006 in Berlin die bereits laufenden Streikmaßnahmen bei Ländern und Kommunen bestätigt und weitere Aktionen in Ländern und Kommunen beschlossen. Die Streikschwerpunkte sollen zunächst bei Autobahnmeistereien und Unikliniken liegen.

Im Länderbereich seien Arbeitskampfmaßnahmen unabwendbar geworden, weil die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Bezug auf die Übernahme des mit Bund und Kommunen abgeschlossenen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) jeglichen Kompromiss verweigere, stellte der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion Frank Stöhr erneut klar.

„Wir sind kompromissbereit, die TdL aber will alles oder nichts. Sie fordert Arbeitszeitverlänge-



> Einstimmiges Votum: Die Tarifkommission und der Vorstand der dbb tarifunion beschließen Streikmaßnahmen.

Tarifstreit im öffentlichen Dienst:

dbb Gremien votieren für Streiks

rung und Einkommenskürzung. Das ist mit uns nicht zu machen.“ Für die dbb tarifunion müsse eine Einigung aus einem für die Beschäftigten tragfähigen Gesamtpaket bestehen. „Niemand darf ein Thema für tabu erklären“, sagte Stöhr, betonte jedoch, dass Haushaltssanierung auf Kosten der Beschäftigten und Stellenabbau im großen Stil mit den Gewerkschaften nicht zu machen seien. „Wir wollen die TdL mit unseren Streiks dazu bewegen, von ihren Maximalforderungen abzurücken.“

Auch im Kommunalbereich stehen die Zeichen weiterhin auf Streik.

„Der TVöD gilt noch nicht einmal ein halbes Jahr und bietet den Arbeitgebern spürbare Einsparungen. Obwohl diese Einsparpotenziale noch nicht umgesetzt sind, rufen sie schon jetzt nach Arbeitszeitverlängerung. Die Arbeitgeber-Verbände in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg sind vorgeprescht und haben die entsprechenden Tarifverträge gekündigt, ohne dass uns auch

nur einer von ihnen die Notwendigkeit für eine Arbeitszeitverlängerung vorgerechnet hat“, kritisierte Frank Stöhr.

„Damit setzt die Gegenseite einen Konflikt in Gang, den wir nie gewollt haben. Jetzt gibt es Streikwochen im öffentlichen Dienst. Wie viele Wochen es werden, hängt von den Arbeitgebern ab.“

Bei der dbb tarifunion ist laut Arbeitskampfordnung des dbb keine Urabstimmung nötig, um einen Streikbeschluss herbeizuführen.

Tarifkonflikt:

Zeit zu handeln!

Die Streiks im öffentlichen Dienst zeigen Wirkung. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist an den Verhandlungstisch zurückgekehrt. Nach der gescheiterten ersten Verhandlungsrunde am 20. Februar 2006 in Berlin setzen die Gewerkschaften ihre Streiks jedoch fort.

„Es ist ein Erfolg aller Streikenden an den Unikliniken, den Straßenmeistereien und den Verwaltungen des Landesdienstes, dass es nun weiter geht“,

fasste der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion Frank Stöhr die Verhandlungsrunde zusammen. „Die Länder haben in den letzten Wochen gemerkt, dass



> dbb Tarifchef Frank Stöhr, TdL-Verhandlungsführer Hartmut Möllring und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske (von links) erklären am 20. Februar 2006 das Scheitern der ersten Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und der TdL. „Wir sind weiter gesprächsbereit und wünschen eine rasche Fortsetzung. Dies liegt jedoch in der Hand der Arbeitgeber“, erklärte Stöhr. Die Streiks würden fortgesetzt.

es weh tut, nicht verhandeln zu wollen. Jetzt dürfen wir nicht nachlassen.“

Am 20. Februar 2006 hatten sich die dbb tarifunion und die TdL-Spitze zu einer Fortsetzung der Gespräche in Berlin getroffen. Auch danach bestehen weiter erhebliche Differenzen in Kernfragen. Allerdings: Beide Seiten sind sich einig, die Sacharbeit in den Arbeitsgruppen wieder aufzunehmen. Aus Sicht der dbb tarifunion müssen die Gespräche nun umgehend fort-

zen, in dem die TdL eindeutige Zeichen aussendet, dass sie an einem Kompromiss interessiert ist und nicht weiterhin an bloßem Zeitspiel festhält. Die Positionen der dbb tarifunion bleiben in der Sache unverändert: Ein Kompromiss ist nur im Gesamtpaket möglich, kein Thema darf ausgespart bleiben. In der Arbeitszeitfrage gilt der Abschluss an den Unikliniken in Baden-Württemberg als Modell. Sonderbedarfe der TdL müssen berücksichtigt werden.

in Unikliniken, Straßen- und Autobahnmeistereien, Behörden und Verwaltungen sowie bei der Polizei zur unbefristeten Arbeitsniederlegung aufgerufen. Zeitgleich gehen die Streiks in Baden-Württemberg und im Saarland weiter.

In Nordrhein-Westfalen sind mehrere Tausend Beschäftigte der Uni-Kliniken in Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster in den Ausstand getreten.

Mit den Arbeitskampfmaßnahmen sollen die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Kommunalen Arbeitgeber in Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen zu einem einheitlichen Tarifabschluss auf Basis des seit Oktober 2005 geltenden Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) bewegt werden. „Es geht hier nicht um 18 Minuten Mehrarbeit am Tag, wie die

Arbeitgeber die Öffentlichkeit glauben machen wollen“, erklärte Stöhr. „Es geht darum, dass mit uns keine Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitiger Einkommensenkung möglich sein wird. Denn eine weitere Arbeitszeitverlängerung bedeutet weiteren Stellenabbau.“

> Saarland im Ausstand

Über 3 000 Beschäftigte aus den Landesverwaltungen haben am 9. Februar 2006 in einem Protestzug durch Saarbrücken mit einer Abschlusskundgebung vor dem Innenministerium wütend gegen die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung und Einkommensabsenkung protestiert. Mit einer gemeinsamen Protestveranstaltung von dbb und ver.di wollte man flankierend zu den Streiks bei den Universitätskliniken und dem Landesbetrieb für Straßenbau den



> Der Vorsitzende der Verbandes Deutscher Straßenwärter (VDStra) Siegfried Damm (Bildmitte) begleitet den Protestmarsch seiner Kolleginnen und Kollegen in Mainz.

geführt werden. Es darf nicht sein, dass nur auf Zeit gespielt wird. „Wir haben TdL-Chef Hartmut Möllring klipp und klar gesagt: Von uns aus kann es morgen mit den Gesprächen weitergehen. Unsere Mitglieder wollen Fakten sehen. Bis jedoch die TdL sich zu konkreten Gesprächen, einem Verhandlungsfahrplan und Eckpunkten bereit findet, werden wir den Druck nicht mindern. Wir werden weiter streiken, mal volle Pulle und mal mit gezielten Nadelstichen“, skizzierte Stöhr das Vorgehen. Der Schlüssel für eine rasche Beendigung des Arbeitskampfes liege bei den Arbeitgebern.

> Streiks nicht unterbrechen

Die dbb tarifunion wird die Streiks in dem Moment ausset-

„Die Streiks sind euer Erfolg“, wandte sich Stöhr zum Abschluss der Verhandlungsrunde an die vielen Tausend streikenden Kolleginnen und Kollegen. „Wir haben heute bei unseren Verhandlungen den Rückenwind förmlich gespürt. Die Arbeitgeber haben sich hier verrechnet. Aber: Wir wollen ein rasches Ergebnis. Darauf arbeiten wir hin! Deshalb müssen die Streiks weiter geführt werden.“ Mitte März sollen die Verhandlungen mit der TdL wieder aufgenommen werden. Bis dahin geht der Ausstand weiter.

> Zahlreiche Aktionen

Gestreikt wird derzeit beinahe bundesweit. In Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat die dbb tarifunion Angestellte und Arbeiter



Fotos: Eduard N. Fiegl

> Das Personal der Unikliniken in Düsseldorf und Aachen ist ebenso streikbereit wie die Kolleginnen und Kollegen in Bonn, wo der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion Willi Russ (Bildmitte) zu den Streikenden gestoßen ist.



> Im Saarland stehen die Zeichen ebenso auf Streik...

Druck auf die TdL zusätzlich erhöhen. Im Saarland herrscht seit 8. Februar ein unbefristeter Streikzustand.

Der dbb Landesvorsitzende Artur Folz forderte einen modernen öffentlichen Dienst mit einem modernen Tarif- und Beamtenrecht ein. Dies sei auch Teil einer Absprache zwischen der Politik und den Gewerkschaften gewesen. Nicht alle hätten sich an diese Vereinbarung gehalten. Auch die saarländische Landesregierung nicht, so Folz. Sie trage damit auch Verantwortung dafür, dass die Länder noch immer kein modernes Tarif- und Beamtenrecht hätten. Dem

öffentlichen Dienst würden ständig neue Aufgaben aufgebürdet. Gleichzeitig werde die Zahl der Beschäftigten reduziert. Die Zahl der Überstunden und die physische Belastung des Einzelnen seien in den letzten Jahren enorm gestiegen. Die politische Reaktion, so Folz, seien Erhöhung der Wochenarbeitszeit, Wegfall oder drastische Kürzung beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld und keine Übernahme des TVöD. Es gehe den Ministerpräsidenten in erster Linie um einen billigen öffentlichen Dienst.

Am 15. Februar 2006 fand ein gemeinsamer Protestzug der

Streikenden von dbb tarifunion und ver.di beim Landesbetrieb für Straßenbau in Neunkirchen statt. Die Beamten haben anlässlich der Verabschiedung des Sonderzahlungsgesetzes (Weihnachts- und Urlaubsgeld) ebenfalls mit einer Mahnwache vor dem Saarländischen Landtag gegen die drastischen erneuten Kürzungen beim Weihnachtsgeld protestiert.

> Niedersachsen und Baden-Württemberg

Nach der Kündigung der Arbeitszeitvorschriften des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch den Kommunalen Arbeitgeber-Verband

Nachrichtenagentur dpa mehr als 10 000 Beschäftigte. Aktionen in weiteren Bundesländern sind geplant.

Der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) und die dbb tarifunion hatten gemeinsam mit ver.di zum Streik aufgerufen. BBW-Chef Volker Stich und der Vorsitzende der dbb tarifunion Frank Stöhr erklärten am 2. Februar 2006, die starre Haltung der öffentlichen Arbeitgeber zwinge die Gewerkschaften in den Arbeitskampf.

> Protest in Mainz

In Rheinland-Pfalz ist die Protestwelle ebenfalls spürbar.



> ... Bayern. Insgesamt wird derzeit in zehn Bundesländern gestreikt.



> ... wie in Hamburg und ...

(KAV) Niedersachsen zum 31. Januar 2006 und ergebnislosen Gesprächen mit der TdL hat die dbb tarifunion die mehr als 250 000 Beschäftigten der niedersächsischen Landes- und Kommunalverwaltung zum flächendeckenden Streik aufgerufen.

In Baden-Württemberg haben seit 6. Februar 2006 Müllmänner, Krankenhausmitarbeiter, Erzieherinnen in Kindertagesstätten und Verwaltungsangestellte ihre Arbeit niedergelegt. An den Protesten, die fortgesetzt werden, beteiligten sich nach Angaben der

Dort zogen am 16. Februar über 1 000 Landesbeschäftigte durch die Innenstadt. Der stellvertretende Vorsitzende der dbb tarifunion und Vorsitzende des VDStro Siegfried Damm rief den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck auf der Protestkundgebung auf, sich für einen schnellen Fortgang der Tarifverhandlungen einzusetzen.

Auch in Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein laufen die Streikmaßnahmen so lange weiter, bis sich eine Einigung zwischen den Tarifpartnern abzeichnet.

Am bequemsten mit dem Trelegant®-Kragen ohne Knopf.

Reine Baumwolle – bügelfrei!

2 für 1
2 Hemden Ihrer Wahl
nur € 50,-

Kennenlernen und sparen!

Kombinieren Sie zwei Hemden Ihrer Wahl, und bezahlen Sie den günstigen Kennenlern-Preis von nur € 50,-, den wir normalerweise für ein Hemd dieser hochwertigen Qualität kalkulieren müßten.

Nie mehr bügeln!

Denn Sie haben Besseres zu tun als bügeln! Für diese Hemden gilt: einfach waschen, trocknen lassen und fertig. Auch ohne lästiges Bügeln wird Ihr Hemd mit dem Kragen ohne Knopf wieder extraglatt.

Nichts kneift mehr!

Ihr neues Trelegant®-Hemd von Walbusch knieft Sie nicht, denn es hat den Kragen ohne Knopf. Dadurch ist die Kragenweite stufenlos regulierbar. Ob mit fest gebundener Krawatte als Anzughemd getragen, mit leicht gelockelter Krawatte oder offen als sportliches Freizeithemd – der Trelegant®-Kragen ist einmalig bequem und sitzt trotzdem perfekt.

Verarbeitung: Verstellbare 2-Knopf-Manschetten, Aufgesetzte Brusttasche. Material: 100% Baumwolle. Waschmaschinenfest, trocknergeeignet und bügelfrei.

Der Trelegant®-Kragen ohne Knopf:



Offen getragen: flach und bequem



Krawatte fest gebunden: perfekter Sitz



Stärker gebunden: komfortabel und bequem

Der Kragen ohne Knopf

Burgund

Streifen Burgund

In 4 Ärmellängen und bis Kragenweite 52



Hier auswählen: Farbe, Größe, Ärmellänge

	Trelegant®-Hemd »Extraglatt«			
	Halbarm	Langarm		
Ärmellängenc.		verkürzt 58 cm	normal 63 cm	extra lang 68 cm
Kragenw.	38 bis 52	38 bis 48	38 bis 52	40 bis 52
Burgund	-	13-1284-7	15-1284-5	16-1284-4
Streifen Burg.	-	13-1280-9	15-1280-7	16-1280-6
Karo Marine	-	13-1283-0	15-1283-8	16-1283-7
Marine	11-1090-6	-	15-1090-2	16-1090-1
Streifen Marine	11-1281-8	13-1281-6	15-1281-4	-
Weiß	11-1980-0	13-1980-8	15-1980-6	16-1980-5
Karo Burgund	11-1282-5	-	15-1282-1	16-1282-0

Kragenweihen:
38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45/46, 47/48, 49/50, 51/52

2 Hemden nur € 50,-



Wählen Sie
2 Hemden aus 7 Farben!

LANGZEIT
5 JAHRE
GARANTIE
Qualität ohne
Wann und Aber!

Persönliche Testbestellung

Ja, ich möchte die Extraglatt-Hemden mit dem Trelegant®-Kragen ohne Knopf kennenlernen. Liefern Sie mir deshalb mit kostenlosem, uneingeschränktem Rückgaberecht von 14 Tagen:

Artikel-Bezeichnung	Anz.	Bestell-Nr.	Größe	Betrag
2 Hemden zum Preis von einem!	1			€ 50,-
	1			

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen

5027-2

Vorname, Name		Kunden-Pk. (falls vorhanden)	
Straße/Platz		Geburtsdatum	
PLZ/Ort	Vorwahl, Telefon/Pk.	Fax	
Beruf/Titel		Datum	Bitte Unterschrift nicht vergessen

Seidenkrawatte aus 100% Seide. Jacquardgewebe, mit Dkorfalte.

☐ Burgund Nr. 28-1321-1

☐ Marine Nr. 28-1326-6

Je € 29,90

Krawattenschal »Uni Fischgrät« aus 100% Seide.

☐ Marine Nr. 28-0326-7

☐ Burgund Nr. 28-0321-2

Je € 29,90

walbusch
DER HEMDEN-SPEZIALIST

(0180) 525 0 525*
www.walbusch.de

Sie kaufen bei Walbusch auf Probe mit Rückgaberecht innerhalb 14 Tagen nach Erhalt der Lieferung. Was Ihnen nicht gefällt oder unseren Angaben nicht entspricht, können Sie während dieser Frist kostenlos und uneingeschränkt zurücksenden oder umbauen. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitig abgesandene Nachbestellung für Kaufwillkommen. Unsere Preise enthalten die gesetzl. deutsche MwSt. Sie gelten für Lieferung in Deutschland bei Zahlung innerhalb 30 Tagen ab Rechnungsdatum. Für Versandkosten, Porto und Verpackungsberechnen wir eine anteilige Kostenpauschale von € 4,95 pro Auftrag.

Bitte einsenden an: Walbusch • Martinstraße 18 • 42646 Solingen

Arbeitszeitverlängerung und Kürzung der Sonderzuwendung:

„Vorsicht, Taschendiebe!“

Mit Protestmarsch und Kundgebung haben über 1 000 Bundesbeamte am 2. Februar 2006 in Berlin ihrem Unmut über die bis dahin noch schwebenden Pläne der Bundesregierung Luft gemacht, die Arbeitszeit von 40 auf 41 Wochenstunden zu erhöhen und das bereits gekürzte Weihnachtsgeld nochmals um die Hälfte abzusenken.

Unter dem Motto „Vorsicht, Taschendiebe!“ marschierten Beamte von Zoll, Bundespolizei, Bundeswehr, Bereichen der Sozialversicherung, obersten und oberen Bundesbehörden, Bahn, Post und Telekom von der Gedächtniskirche am Breitscheidplatz zum Bundeshaus des Bundesinnenministeriums (Bundesallee), wo sich später Vertreter von dbb und Bundesinnenministerium zum Beteiligungsgespräch über die Sparmaßnahmen treffen sollten.

Auf der Protestkundgebung vor dem Innenministerium machte der dbb Vize und Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) Dieter Ondracek klar: „Wer das Weihnachtsgeld kürzt, vermindert das Jahresgehalt. Das kann man nicht schönreden. Arbeitszeitverlängerung bedeutet, dass es in den nächsten Jahren überhaupt keine Einstellungen

mehr geben wird. Da wird die Zukunft nicht gestaltet, sondern da wird in Zukunft gealtert!“ Grundlegende Kritik richtete Ondracek gegen die Absicht der Bundesregierung, dem öffentlichen Dienst Kürzungen im Umfang von einer Milliarde Euro abzuverlangen. „Damit sollen die Bundesbeamten in einem Maß zur Konsolidierung der öffentlichen Kassen herangezogen werden, das keine andere Berufsgruppe in den vergangenen Jahren hinnehmen musste.“ Während beispielsweise der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt von 1996 bis 2005 von 36,5 auf 50,4 Prozent gestiegen sei, habe sich der Anteil der Personalausgaben durch Sparmaßnahmen und Stellenkürzungen bei den Bundesbeamten im selben Zeitraum von 11,6 auf 10,6 Prozent verringert.

Klaus-Hilger Leprich, Bundesvorsitzender des BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, betonte unter dem Beifall der Demonstranten: „Wir



> Mit vereinten Kräften leiteten die Vorsitzenden der dbb Gewerkschaften Knut Paul (bgv), Rainer Schwierczinski (VBOB), Thorolf Schulte (VBB), Dieter Ondracek (DSTG), Rainer Wendt und Wolfgang Speck (DPoLG), Klaus Hilger-Leprich (BDZ) und Klaus-Dieter Hommel (GDBA, von links) den Protestzug zum Bundesministerium des Innern.

sind keine Leibeigenen und keine Empfänger von Almosen. Zwölf Prozent Einkommenskürzung in zwei Jahren sind gemessen an unseren Leistungen alles andere als gerechtfertigt. Das Maß ist voll!“

> Beteiligungsgespräch

Noch während der Protestkundgebung begann die dbb Delegation, bestehend aus Dieter Ondracek, Thorolf Schulte (VBB), Rainer Schwierczinski



> Die dbb Delegation am 2. Februar 2006 im Bundesinnenministerium im Gespräch mit Staatssekretär Hans Bernhard Beus (rechts): Thorolf Schulte, Rainer Schwierczinski, Dieter Ondracek und Rainer Wendt (nicht im Bild, von links).

(VBOB) und Rainer Wendt (DPoLG) das Beteiligungsge- spräch zum Bundessonderzah- lungsgesetz und zur Änderung der Arbeitszeitverordnung mit



Innenstaatssekretär Hans Bernhard Beus.

Durch die geplante Erhöhung der Arbeitszeit und neuerliche Kürzungen beim Weihnachtsgeld sehe der dbb das Vertrau- en der Beamten in ihren Dienstherrn Bund „nachhaltig und tiefgreifend geschädigt“, verdeutlichte Ondracek die angespannte Lage. „Einen der- art hohen Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust hat es aus unserer Sicht in der Ge- schichte des Berufsbeamten- tums in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gege- ben.“ Wie groß der Unmut der Bundesbeamten sei, könne man unschwer an den Akti- vitäten vor der Haustür des Ministeriums ablesen.

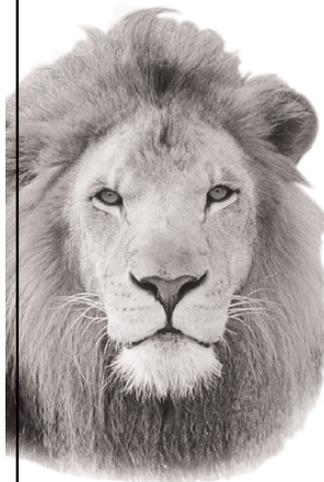
Ondracek verwies zudem da- rauf, dass das reale Einkom- mensniveau seit 1994 gesun- ken sei. Zudem seien Beamte und Versorgungsempfänger an den allgemeinen Lasten wie zum Beispiel Steuererhö- hungen voll beteiligt.

> Kontraproduktive Regelungen

Eine Verlängerung der Wo- chenarbeitszeit mit dem daran gekoppelten weiteren Perso- nalabbau sei daher aus Sicht des dbb „in doppelter Hinsicht kontraproduktiv“. Zum einen werde so von Seiten der öffent- lichen Hand ein negatives Sig- nal an die private Wirtschaft gesandt, zum anderen sei erst im Oktober 2004 die Wochen- arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden erhöht worden. Da- mit sei die Absicht verbunden gewesen, einen Teil der daraus resultierenden Ersparnisse zum Aufbau einer Kapitalde- ckung der Versorgungsansprü- che zu nutzen. „Davon hören wir nichts mehr“, kritisierte Ondracek. Die weitere Erhö- hung bedeute für die Beamten eine erneute Gehaltseinbuße von 2,5 Prozent. „Das ist nicht mehr hinnehmbar“, sagte der dbb Vize. „Die Politik wird hier unglaublich. Während in ‚Sonntagsreden‘ versichert wird, den Beamten keine wei- teren Sonderopfer abzuverlan- gen, geschieht durch diesen Entwurf genau dies.“

> Die Motivation wird sinken!

Trotz der scharfen Kritik der Gewerkschaften hat das Bundeskabinett am 15. Febru- ar beschlossen, dass die Bundesbeamten ab März 41 Stunden pro Woche arbei- ten müssen. dbb Chef Peter Heesen kritisierte den Bes-chluss: „Die Koalition ist mit dem Gleichklang reformieren, investieren und Zukunft ge- stalten angetreten. Bei den Beschäftigten aber wird defor- miert, einkassiert und Zukunft verbaut“, sagte Heesen dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 16. Februar 2006.) Die Konse- quenz liege auf der Hand: „Arbeitseinsatz und Motiva- tion werden im öffentlichen Dienst unter diesen Vorausset- zungen sinken!“



un

kn

S r - nk n

nk f r v tkun n
www.s r .

C U N

J , ch will Ihr nk k nn n l rn n.

tl s n n S m r l n f r m t n n.

rW zur S r - nk f r v tkun n
C u n f r v tkun n n n s r - nk f r v tkun n
nk f r v tkun n 7 1 W s s r, Ex 3 / 2 - 5.

N m , V r n m

Str ß , Nr.

LZ, r t

T l f n (t s r)

Besoldung und Versorgung
in Länderkompetenz:

Finanzschwache Länder im Nachteil

Anlässlich eines Gespräches mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller am 16. Januar 2006 in Saarbrücken hat dbb Chef Peter Heesen erneut vor der Benachteiligung finanzschwächerer Länder durch eine Übertragung der Kompetenzen für Beamtenbesoldung und -versorgung vom Bund auf die Länder gewarnt. So befürchte er Nachteile für das Saarland, wenn das Land die Bezüge seiner Beamten selbst bestimmen kann.

Heesen machte gegenüber dem Ministerpräsidenten deutlich, dass der dbb in der Frage der künftigen Zuständigkeit für das Beamtenrecht noch Spielräume sieht. Es sei vernünftig,

eine Zugriffsklausel für die Länder zu vereinbaren, sagte der dbb Chef. Danach würde die Kompetenz grundsätzlich beim Bund bleiben. Länder könnten gegebenenfalls davon abwei-



> Im Gespräch: dbb Chef Peter Heesen und der saarländische Ministerpräsident Peter Müller.

chen. Müller habe sich dem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen gezeigt, berichtete am selben Tag der Saarländische Rundfunk und zitierte den Ministerpräsidenten mit den Worten: „Möglicherweise kann man noch einmal über die technische Ausgestaltung reden – ob man das macht, indem die Länder die alleinige Zuständigkeit haben, oder ob man es macht, indem der Bund grundsätzlich regelt, den Ländern aber ein Zugriffsrecht einräumt. In dieser Frage bin ich offen.“

Auch der Vorsitzende des dbb saar, Artur Folz, vertritt die Auffassung, dass Saarlands Ministerpräsident im Konzert der 16 Bundesländer besser aufgehoben sei, als dass er sich in die Abhängigkeit eines anderen

> Info

dbb Chef Peter Heesen erklärte am 16. Januar 2006 im SR-Fernsehen, falls Beamte im Saarland demnächst schlechter bezahlt würden als in anderen Bundesländern, bekomme man hier langfristig keinen Nachwuchs mehr. Zudem müsse das Land dann zunächst einmal 30 bis 60 zusätzliche Kräfte einstellen, um die mit dem neuen Dienstrecht verbundenen Aufgaben zu bewältigen.

Ministerpräsidenten begeben würde. „Er wird dann vielleicht politisch gleich stark sein, aber er wird finanzpolitisch viel schwächer sein und damit immer den Kürzeren ziehen“, sagte Folz.



Fotos: Bundesbildstelle

Personalversammlung im Bundeskanzleramt

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen und der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, haben am 2. Februar 2006 bei einer Personalversammlung im Bundeskanzleramt die Absicht der Bundesregierung kritisiert, die Sonderzahlung der Beamtinnen und Beamten des Bundes massiv zu kürzen und die Arbeitszeit auf 41 Stunden zu verlängern: „Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit wird zum Verlust Tausender von Arbeitsplätzen führen.“ Die Halbierung der Sonderzahlungen bedeute drastische Einkommensminderungen. Die beiden Vorsitzenden mahnten die Bundeskanzlerin zum Umdenken, um eine weitere Eskalation des Tarifkonflikts im öffentlichen Dienst über die Arbeitszeiterhöhung und ein Übergreifen der Proteste auf die Beamtinnen und Beamten zu verhindern.



UN inspizieren Schulsystem

Am 20. Februar 2006 fand beim DGB Bundesvorstand in Berlin ein Gespräch zwischen dem Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen, Prof. Vernor Muñoz, sowie Vertretern von dbb und DGB über die deutsche Bildungspolitik statt. Für den dbb nahm der Vorsitzende der Expertenkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, Dr. Ludwig Eckinger (links), teil. Eckinger und Muñoz stellten in ihrer Analyse zur bildungspolitischen Situation fest, dass Deutschland vor großen bildungspolitischen Herausforderungen steht, für deren Lösung nicht zuletzt die Lehrerinnen und Lehrer eine große Verantwortung tragen. Beide bemängelten diesbezüglich das mangelnde Ansehen der Lehrer in der Bevölkerung. Die Politik sei gefordert, Lehrer als Experten für Unterricht und Erziehung anzuerkennen und dies auch in der Ausbildung zu berücksichtigen. Eckinger verwies weiter auf zunehmende soziale, familiäre und emotionale Probleme der Schüler. Daher seien Lehrer zunehmend auf die inhaltliche Unterstützung von Sozialpädagogik und Sozialarbeit angewiesen.

Anzeigenkampagne:

Mehr Respekt vor unserer Arbeit

Mit ganzseitigen Anzeigen in großen Tageszeitungen hat der dbb seinen Protest gegen die neuerlichen Sparmaßnahmen, die die Bundesregierung im Bereich des öffentlichen Dienstes plant, zum Ausdruck gebracht und öffentlich zur Diskussion gestellt.

In Wort und Bild wird auf die Leistungen der Beschäftigten – etwa bei Feuerwehr, Polizei, Zoll, in Schule und Universität, Krankenhäusern und Altenpflege und bei der Müllabfuhr – verwiesen. „Auf uns im öffentlichen Dienst ist immer Verlass. Aber wie lange können wir das noch so gut?“, heißt es unter Hinweis auf die Pläne für längere Arbeitszeiten und weniger Geld. „Was wir verlangen? Mehr Respekt vor unserer Arbeit. Und von der Regierung erwarten wir Augenmaß.“

Erstmals erschien die dbb Protestanzeige am 10. Februar 2006 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Es folgten Schaltungen in der Süddeutschen Zeitung, Welt, Tagesspiegel, Bonner Generalanzeiger sowie in der Bild Zeitung.

Nach den „Blauen Briefen“ ins Kanzleramt, dem Großtransparent „Schöne Bescherung!“ am dbb forum berlin im Dezember 2005 und der Protestdemonstration vor dem Bundesinnenministerium am 2. Februar 2006 hat der dbb mit der Anzeige erneut Öffentlichkeit und Politiker auf die zunehmende Frustration der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht. „Es hat sich viel Ärger bei den Kolleginnen und Kollegen angesammelt, den wollen wir artikulieren“, sagte dbb Chef Peter Heesen. „Der öffentliche Dienst erfüllt wichtige Aufgaben für uns alle und hat ein Recht auf Anerkennung und adäquate Bezahlung. Alles, was wir seit Jahren hören, ist Streichung, Kürzung, Abbau – so machen die Politiker unseren Staat kaputt und frustrieren die Menschen. Darauf wollen wir laut und deutlich hinweisen.“ Die beginnenden Streiks im öffentlichen Dienst zeigten, dass die Beschäftigten endlich eine klare Antwort auf die Frage verlangen, wie viel dem Staat ein funktionsfähiger, leistungsstarker öffentlicher Dienst überhaupt noch wert ist.



GEWINNER
Peter Heesen (58), Chef des Deutschen Beamtenbundes (DBB), droht im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes den Arbeitgebern mit dem letzten Sachsen-König. August III. hatte 1918 mit den Worten abgedankt: „Macht euch euren Dreck alleine ...“ Der DBB-Boss (leicht abgewandelt) in einer Anzeigenkampagne: „Macht doch euren Staat alleine ...“ **BILD meint: Intelligenter als Trillerpfeifen!**

„Bild“, 11. 2. 2006

Den deutschen Beamten reicht es: „Macht doch euren Staat alleine“

VON MATHIAS ZSCHALER

Berlin – Die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes tun gegenwärtig im Wege des organisierten Nichtstuns etwas, was Beamte offiziell nicht dürfen – sie streiken und stellen sich damit gegen ihren Arbeitgeber, den Staat. Aber zumindest ideell sind Deutschlands treueverpflichtete Staatsdiener mittlerweile dabei, sich in die Front des Aufbegehrens einzureihen, ganz abgesehen davon, daß ihre Ständevertretung, der Deutsche Beamtenbund (DBB), rund 360 000 Arbeiter und Angestellte tarifpolitisch mitvertritt und damit sozusagen einen Fuß in der Tür des Arbeitskampfes hat. Hier und da wird schon hinter vorgehaltener Hand darüber geredet, ob es nicht besser wäre, auf Alimentierung aus der Staatskasse, Unkündbarkeit und Treuepflicht zu pfeifen, um sich statt dessen ebenfalls per Streik gegen den bösen Staat zur Wehr setzen zu können, der einem gnadenlos die gewohnte Daseinssicherheit wegsparen will. Und nun gibt es auch ein sichtbares Zeichen dafür, wie es um das Verhältnis zwischen Staat und Staatsdienern in den Augen letzterer steht – nämlich so, daß nur noch eine Anzeige hilft. Allerdings nicht im Sinne des Mottos „Vorsicht Taschendiebe“ wie jüngst bei einer Beamten demonstration in Berlin, sondern in PR-technischer Hinsicht. Mit einem ganzseitigen Inserat, das von heute an in überregio-



Beamten-Chef Peter Heesen

nenal deutschen Tageszeitungen erscheint, will der Beamtenbund dem Land, vor allem aber der Politik zu verstehen geben, daß mit ihm nicht länger zu spaßen ist. Es handelt sich um eine Protestanzeige – und damit um eine Premiere. Bisher hat der Beamtenbund höchstens mal Anzeigen für etwas geschaltet – nämlich sich selbst, in Form von Image-Werbung –, aber noch nie gegen etwas.

Die in dicken Lettern gehaltene Schlagzeile am Kopf der Seite lautet: „Macht doch euren Staat alleine ...“, um am Fuß dann kleiner fortgesetzt zu werden: „... wenn euch der öffentliche Dienst egal ist.“ Dazwischen sind Fotos zu sehen, auf denen der öffentliche Dienst in Gestalt von Feuerwehrleuten, Zollbeamten, Lehrern, Rettungssanitätern und Müllwerkern zum Wohle der Allgemeinheit tätig ist. Und im Begleittext wird warnend darauf hingewiesen, daß auf den öffentlichen Dienst zwar immer Verlass, aber ungewiß ist, ob das so bleiben wird: „Längere Arbeitszeiten – und weniger Geld. So langt die Politik zu. Auf unsere Kosten. Und auf Kosten aller.“

Kostenlos war zumindest die Inspiration für den Satz „Macht doch euren Staat alleine“. Der lautete ursprünglich „Macht doch euren Dreck alleine“ und wurde ausgesprochen im Jahr 1918 von Friedrich August III., dem letzten Sachsenkönig, der angesichts des Ausbruchs der Revolution in Deutschland entnervt seinen Job hinwarf. Daß der alte Sachse nun postum in einer leichten Abwandlung seines berühmtesten Zitats für den öffentlichen Dienst wieder in die Pflicht genommen wird, hat er niemand anderem zu verdanken als dem Vorsitzenden des Beamtenbundes, Peter Heesen, der – ob schon an sich ein fröhlicher Rheinländer – höchstpersönlich auf diese bittere geschichtsträchtige Assoziation gekommen ist. Wenn deutsche Beamte bereits die Erinnerung an revolutionäre Situationen bemühen, muß noch mit einigem gerechnet werden.

„Die Welt“, 11. 2. 2006

Macht doch euren Staat alleine...



...wenn euch der öffentliche Dienst egal ist!

Wichtig gibt! Feuerwehr, Polizei und Zoll... Schule und Universität... Krankenhäuser und Altenpflege... Müllabfuhr... Das sind wir!
 Aber verlassen sich darauf? Was's erig sind, helfen die von Staat. Auf uns im öffentlichen Dienst ist immer Verlass.
 Verlass. Aber wie lange können wir das noch so gut? Längere Arbeitszeiten – und weniger Geld. So langt die Politik zu. Auf unsere Kosten. Und auf unsere Kosten. Und auf unsere Kosten.
 Arbeit. Und wer's die Regierung erwarten wir Augenmaß.
 dbb beamtenbund und tarifunion
 www.dbb.de

„Die Welt“, 15. 2. 2006

Berliner Dialoge:

dbb Chef trifft Bundespolitiker



> Peter Heesen im Gespräch mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (links) am 17. Januar 2006 ...

Zum Jahresauftakt führte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen eine Fülle von Gesprächen mit Bundespolitikern unter anderem zu den Themen Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes und Föderalismusreform. Neben Gesprächen mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries standen Treffen mit dem Fraktionsvorsit-

zenden der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck und dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, sowie mit dem Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Reinhard Bütikofer und der innenpolitischen Sprecherin der Fraktion, Silke Stokar von Neuforn, auf dem Programm. ■



> ... und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder am 15. Februar 2006 in Berlin.

Reform des Föderalismus oder der Sieg des starken Südens ...

... unter dieser Überschrift kommentierte der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, in der Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 9. Februar 2006) die Gefahren neuer Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in Folge der dringend notwendigen Föderalismusreform. Weder in der Bildungspolitik noch im öffentlichen Dienstrecht stimme die Richtung. Alle geplanten Neuregelungen seien der Sieg der wirtschaftlich starken Länder aus dem Süden Deutschlands, die mit eigener wirtschaftlicher Kraft ihre Vorsprünge weiter festigen könnten.

Für den öffentlichen Dienst befürchtet Diepgen eine Zersplitterung und Schwächung der Länder, die vor noch gar nicht langer Zeit, „den Bund auf Knien aufgefordert hatten, die Verantwortung für Dienstrecht und Besoldung zu übernehmen“. Es gehe im Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte in Verwaltung, in Schule und Wissenschaft, um Motivation und Leistung bei der Polizei und Feuerwehr. „Wettbewerbsföderalismus? Mir fehlen die Zeichen der Solidarität.“

Jahreswirtschaftsbericht:

Personalabbau unmöglich

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichtes 2006 der Bundesregierung hat eine Delegation des dbb unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek am 16. Januar 2006 im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin mit den Staatssekretären Bernd Pfaffenbach (Bundeswirtschaftsministerium) und Werner Gatzer (Bundesfinanzministerium) die wirtschaftlichen Erwartungen und wirtschaftspolitischen Orientierungen für das Jahr 2006 erörtert.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt nannte Ondracek die abnehmende Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse „besorgniserregend“. Er warnte auch vor einem weiteren Personalabbau im öffentlichen Dienst, der die Erfüllung wesentlicher Aufgaben gefährden würde. Als Beispiel führte der dbb Vize den Bereich der Lebensmittelkontrolle an: Sobald Probleme auftreten, werde der Ruf nach stärkeren Kontrollen laut. Eine effek-

tive Kontrolle sei jedoch mit sinkendem Personalbestand nicht zu gewährleisten.

Positiv sei anzumerken, dass die Bundesregierung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern wolle. Allerdings vertrete der dbb die Ansicht, dass Kinderbetreuungskosten voll als Werbungskosten abgezogen werden müssten. Als steuersystematisch falsch wertete Ondracek die geplanten Änderungen bei der Entfernungspauschale – die ersten 20 Kilometer Fahrweg zur Arbeit sollten auch künftig steuermindernd berücksichtigt werden, so Ondracek.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende sprach sich gegen die Absicht der Regierungskoalition aus, im Rahmen der Föderalismusreform das funktionierende Besoldungs- und Versorgungsrecht in 17 unterschiedliche Rechte aufzuspalten. Dies sei „alles andere als eine Maßnahme zum Bürokratieabbau“, vielmehr werde ohne Not neue Bürokratie geschaffen.

Forum Bürokratieabbau:

Verwaltung der Verwaltung im Visier

Zwei Fachreferenten präsentierten im dbb forum Bürokratieabbau am 17. Februar 2006 in Berlin ihre Ideen zur Entschlackung der Verwaltung. Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, und Dr. Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes, skizzierten unterschiedliche Wege.

Zur Einführung erläuterte dbb Chef Peter Heesen die Notwendigkeit, aus der Verwaltung selbst heraus Bürokratieabbau zu betreiben und Bürgern und Politik glaubwürdige Initiativen zu unterbreiten: „Wir wollen hier keinen weiteren Band für das Bücherregal schreiben, der ungelesen verstaubt, sondern konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeiten.“

Zwar hat Johann Hahlen seine „17 Thesen zum Bürokratieabbau in Deutschland“ nicht an die Tür des dbb forums geschlagen. Dennoch sicherte sich der Chef des Statistischen Bundesamtes die Aufmerksamkeit der Forumsteilnehmer mit geradlinigen Vorstellungen. Bürokratie sei ein notwendiger Bestandteil eines demokratischen, rechtsstaatlichen Staatswesens und eine große Errungenschaft, die wesentlich dazu beitrage, dass ein Staat auch rechtsstaatlich und demokratisch mit seinen Bürgern umgehe. Daher könne es im Kern nicht um den Abbau oder gar die Abschaffung der Bürokratie gehen, sondern um deren Anpassung an die Gegebenheiten, Bedürfnisse und Befindlichkeiten von Gesellschaft und Wirtschaft.

> Effizienz verbessern

Unter anderem plädierte Hahlen dafür, die Effizienz staat-

lichen Handelns zu verbessern und verwies auf die Möglichkeiten von e-Government und Informationstechnologie. Um deren Potenziale voll ausschöpfen zu können, müssten die Rollen zwischen Legislative und Exekutive „outputorientiert“ definiert werden.

Grundsätzlich forderte Hahlen in diesem Zusammenhang eine Personalführungskultur im öffentlichen Dienst, die weniger sicherheitsorientiert auf die Vermeidung von Fehlern ausgerichtet ist, sondern erfolgsorientiert und kundenbezogen agiert. So könnten kreative Arbeitsweisen gefördert werden. Statt Fehlervermeidung müsse im Mittelpunkt stehen, aus Fehlern zu lernen.

> Zentraler Service

Der Präsident des Bundesverwaltungsamtes Dr. Jürgen Hensen stellte seine Vision des Aufbaus von „Shared Service Centers“ (SSC) in der Bundesverwaltung vor. Ausgehend von veränderten Rahmenbedingungen in Form des demografischen Wandels und der dramatischen Haushaltslage sei ein neues Staats- und Verwaltungsverständnis gefordert, in dessen Kern eine neue Aufgabenteilung zwischen den Sektoren des Staates sowie ein Paradigmen-



> Aktiv im Forum Bürokratieabbau: dbb Chef Peter Heesen, Dr. Eckart Werthebach, Johann Hahlen und Dr. Jürgen Hensen (von links).

wechsel vom Bürokratie- zum Dienstleistungsmodell stehen müsse.

Modernisierungsprozesse sollten daher vorangetrieben und Rationalisierungspotenziale voll genutzt werden. Ein Schlüssel dazu sei die Optimierung der innerbehördlichen Kooperation durch Spezialisierung und Zentralisierung. Konkret schwebt Hensen der Aufbau eines SSC im Bundesverwaltungsamt vor, das mit hohem Management und IT-Potenzial Aufgaben bündeln kön-

ne. Auch Wettbewerb müsse in diesem Zusammenhang möglich sein.

Insbesondere in der „Verwaltung der Verwaltung“ sei auf der Ausgabenseite hohes Einsparungspotenzial vorhanden. Dabei solle das SSC kein Einstieg in die totale Zentralisierung sein, sondern selbstständige Behörde mit Ergebnisverantwortung in ihren Managementkapazitäten stärken. Hensen forderte ein entsprechendes Pilotprojekt mit verschiedenen Behörden. *br*

> Das dbb forum Bürokratieabbau...

... hat sich im Sommer 2005 als Fachkommission des dbb konstituiert. Vorsitzender ist der ehemalige Berliner Innenminister und frühere Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Dr. Eckart Werthebach. Mit dabei sind ferner der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel; Dr. Michael Bürsch MdB, SPD-Bundestagsfraktion; Dr. Michael Fuchs MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Klaus Hardraht, Innenminister des Freistaates Sachsen a. D.; Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages; Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Bundesminister a. D.; Prof. Dr. Helmut Schnellenbach, Präsident des Verwaltungsgerichts a. D.

Das dbb forum Bürokratieabbau will die Ursachen des wachsenden Verwaltungsaufwandes aufzeigen und Signale zu dessen Abbau geben. Ziel ist unter anderem eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Unternehmen und Gesellschaft. Die Vorschläge werden sich sowohl an Parlamente und Regierungen in Bund und Ländern als auch an die kommunale Ebene richten.

Besuch bei der Redaktion „ARD Aktuell“ im Südwestrundfunk (SWR) Stuttgart:

Tagesthema: Streik

Stuttgart, am 6. Februar 2006. Das ganze Land schaut aufs „Ländle“, will Bilder sehen und am liebsten stündlich Neues über die Lage vor Ort erfahren. Der erste Streiktag im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs ist ein Stresstag für das Team von „ARD Aktuell“ beim Südwestrundfunk. Die Fernseh-Berichterstattung über die bundesweit ersten flächendeckenden Streiks im öffentlichen Dienst seit 14 Jahren ist am 6. Februar Tagesthema aller Nachrichtensendungen im „Ersten“.

Der Mantel der Geschichte streift und erwischt die Stadt eis kalt.

Die Zeitungen hatten zwar seit Tagen ausgiebig über den bevorstehenden Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst berichtet. Auch hatten sie mit Überschriften wie „Der öffentliche Dienst steht vor dem größten Streik seit 14 Jahren“ (Die Welt) oder „Öffentlicher Dienst sagt ja zum Arbeitskampf“ (Stuttgarter Zeitung) keine Zweifel an der historischen Bedeutung der ersten flächendeckenden Arbeitskämpfe gelassen, die von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland seit vierzehn Jahren durchgeführt werden. Als es dann aber losgegangen sein soll („Von heute an Streiks im öffentlichen Dienst“ titelt die Stuttgarter Zeitung am 6. Februar), ist irgendwie nicht so richtig was los.

Die baden-württembergische Landeshauptstadt – bis zum Umzug der Regierung und der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nach Berlin der Turnierplatz legendärer Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst – wirkt unter einem bleigrauen Winterhimmel bei ei-

sigen Temperaturen und leichtem Schneegraupel eher unbeeiligt.

Kurz vor zehn am Montagmorgen ist der weitläufige Marktplatz vor dem Rathaus beinahe menschenleer. Von der Kundgebung der Streikenden, die hier in knapp anderthalb Stunden abgehalten werden soll, zeugt einzig eine mobile Lautsprecheranlage samt provisorischer Tribüne, mit deren Montage begonnen wird.

Zehn Uhr dreißig. Aus den Lautsprechern bei der Rednertribüne wummert Popmusik. Das Szenario auf dem Marktplatz ist unverändert öde. „Die Kundgebung ist kurzfristig verlegt worden, und da gibt es manchmal Anlaufschwierigkeiten“, sagt Uschi Strautmann, Reporterin der Redaktion „ARD Aktuell“ beim Südwestrundfunk (SWR). Ihr Kommentar zielt allerdings nicht auf den „Sound-Check“ vor der Tribüne, sondern auf die stadtverwaltungsgesteuerte Irrfahrt ihres eigenen Technik-Equipments. Seit einer dreiviertel Stunde kurvt ein Kollege mit der „Mobilen Schritteinheit“ rund um das Stuttgarter Rathaus. Noch fehlt die Parkerlaub-



> Tagesschau – 12 Uhr mittags: Der Streikbeginn in Stuttgart ist am 6. Februar Topthema in der ARD.

nis für den schweren, weißen Kombibus, dessen Inneres bis auf den letzten Quadratzentimeter mit hochwertigen Technikmodulen ausgestattet ist. „Normalerweise werden solche Termine längerfristig angekündigt – die Parkerlaubnis kann dann in aller Ruhe beantragt werden“, ergänzt Uschi Strautmann und ihr Gesichtsausdruck weist ein wenig darauf hin, dass sie wenig Hoffnung hat, dass heute irgendetwas „in aller Ruhe“ über die Bühne gehen wird.

> Kein Parkplatz – keine Sendung

Keine Parkerlaubnis am Rathaus zu haben, bedeutet nämlich auch, keinen Strom für das mobile Studio zu bekommen, dessen „Saft“ aus der Notstromversorgung nicht unbegrenzt vorhält. Und ohne funktionsfähiges Studio geht „Fernsehen machen“ nicht.

Allmählich zeigt auch die erfahrene Fernsehfrau Nerven: Um zwölf Uhr wird ihr Bericht vom

Streikauftakt bundesweit in den ARD-Nachrichten gesendet, vor zehn Minuten hat die zuständige Kollegin aus der Tagesschau-Redaktion in Hamburg auf ihrem Mobiltelefon angerufen, gefragt, was für Material sie „bringe“ und ihr gesagt, wie viel Platz ihrem Bericht in den Mittagsnachrichten eingeräumt wird: „Einszehn. Ist in Ordnung“, Uschi Strautmann verstaut ihr Handy „Wann können wir endlich schneiden?“, fragt sie Sebastian, den jungen Aufnahmetechniker. „Ich habe noch keine Bilder gesehen, die Agenturberichte kommen hoffentlich auch bald.“

Zehn Uhr fünfzig: Der Aufnahmebus parkt und hat Strom. Die Arbeit am 12-Uhr-Report kann endlich beginnen. Uschi Strautmann und Sebastian klettern in den winzigen Schneideraum im hinteren Teil des Kombi. Sie sichten das Filmmaterial, das Reporter und Kameraleute über die ersten Stunden des Streiktages gedreht haben und das von den Technikern des Stuttgarter SWR-

Fernsehstudios direkt in den Aufnahmebus auf den Marktplatz überspielt wurde. Während sie „die Bilder“ sichtet, auswählt und von Sebastian, dem „Cutter“, zu einem Film schneiden lässt, nimmt der Text, den sie dazu sprechen wird, in ihrem Notizbuch Gestalt an.

Aufmerksam studiert sie die jüngsten Berichte der Nachrichtenagenturen, die inzwischen eingetroffen sind. Während des Schnitts liest sie laut ihren Text, akzentuiert und probiert so lange, bis Filmsequenz und gesprochene Information zueinander passen. „Einszehn“ hatte die Kollegin von der Tagesschau-Redaktion in Hamburg vorgegeben: Eine Minute und zehn Sekunden. Bei dieser knapp bemessenen Zeit muss jedes Bild und jeder Satz der Prüfung standhalten, informativ und notwendig zu sein. Im soliden Nachrichtengeschäft ist Weitschweifiges und Überflüssiges fehl am Platz.

> **Schrille Töne vor dem Rathaus**

Elf Uhr fünfundzwanzig. Die Teilnehmer der Kundgebung kommen näher, der schrille Klang ihrer Trillerpfeifen reißt die Winterluft in Streifen. Mittendrin ein

SWR-Team, das mit Handkamera und Mikrophon das letzte Wegstück der Demonstranten durch die Fußgängerzone auf den Marktplatz filmt. Auf diese Bilder hat Uschi Strautmann noch gewartet. Die möchte sie noch mitnehmen in ihrem Bericht.

Jetzt wird vertont. Zwanzig Minuten, bevor der Bericht aus dem Tagesschau-Studio Hamburg bundesweit gesendet wird, spricht sie mit klarer, ruhiger Stimme ihren „Einszehn-Text“ und bleibt so kritisch, dass sie die Aufnahme dreimal wiederholt, bis sie mit dem Ergebnis zufrieden ist.

Elf Uhr fünfzig. Der Zwölf-Uhr-Beitrag ist nach Hamburg überspielt. Im Mittelteil ihres Studio-Busses verfolgen zwei Aufnahmetechniker der freien Produktionsfirma, die im Auftrag des SWR die Liveberichterstattung vom Marktplatz durchführt, das aktuelle Programm der ARD – die Wiederholung einer Karnevals-sendung. Während über zahlreiche Monitore lachende Narren zu beschwingten Liedern schunkeln und tanzen, haben die Bildschirme, die das Live-kamerabild von der etwa dreißig Meter entfernt laufenden Kund-

> „Mobile Schnittleinheit“: fahrbares Fernsehstudio mit einem Bauch voller Technik für die Live-Berichterstattung.



> Fernsehreporterin Uschi Strautmann: gründliche Recherche, präzise Texte, erheblicher Zeitdruck.

gebung übertragen, einen „Vordergrund“ bekommen: Die Kamera hat Volker Schwenck, den Reporterkollegen von Uschi Strautmann, in der Stuttgarter „ARD Aktuell“-Redaktion, ins Visier genommen. Hochkonzentriert sieht er seine Notizen durch. Er wird in den Zwölf-Uhr-Nachrichten – im Anschluss an die Strautmann-Reportage – live vom Stuttgarter Marktplatz die aktuelle Lage schildern, sechzig Sekunden lang.

Zwölf Uhr. Auf die Sekunde genau hat „Die Tagesschau“ im ersten Programm das Karnevalstreiben beendet. Ganz weit vorn im Sendeablauf kommt der Strautmann-Beitrag. Der Kameramann gibt Volker Schwenck ein Zeichen: noch eine Minute bis zur Liveschaltung. Letztes Durchatmen, letzter Blick aufs Konzept, dann los: Über Kopfhörer steht Volker Schwenck live in Kontakt mit dem Tagesschau-Moderator in Hamburg. Lärmende, empörte Streikende im Rücken liefert er in sechzig Sekunden Zahlen und Fakten zur ersten Hälfte des Streiktages.

> **Streikposten im Dunkeln**

Mit dieser – am sehr knappen Zeitmanagement der Sendung gemessen – ausführlichen Streikberichterstattung aus der baden-württembergischen Landeshauptstadt ist das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit aber längst nicht gestillt.

Und da das Medium Fernsehen nun einmal von Bildern und Berichten lebt, haben sie den 6. Februar 2006 in der Redaktion bestmöglich durchgeplant.

Früh um vier Uhr dreißig hatte Thomas Stephan, der zusammen mit Uschi Strautmann, Volker Schwenck und einer derzeit erkrankten Kollegin das Reporterteam der Redaktion „ARD Aktuell“ in Stuttgart bildet, vor einem Fahrzeugdepot der Städtischen Müllabfuhr den Beginn des Ausstandes dokumentiert und in der tiefen Dunkelheit des winterlichen Montagmorgens kurze Interviews mit Streikenden geführt, mit Kamera und Mikrophon vor verschlossenen Kita-Eingängen gestanden und den Aufmarsch der Streikposten vor dem Stuttgarter Katharinen-Hospital beobachtet.

Uschi Strautmanns Vor-Ort-Einsatz hatte gegen acht Uhr mit dem Besuch bei einem Vater begonnen, der seinen fünfjährigen Sohn Julian wegen des Erzieherinnen-Streiks statt zur Kita heute zur Großmutter bringen musste. Es sei schwierig gewesen, Eltern von kleinen Kindern ausfindig zu machen, die sich filmen lassen wollten, verrät Uschi Strautmann. Auch bei Julians Eltern sei einige Überredungskunst nötig gewesen, bis sein Papa dann zustimmte. „Wenn es darum geht, sich vor der Fernsehkamera zu äußern, reagieren viele plötzlich sehr zurückhaltend.“ Wenn für eine Fernsehreportage

Hintergrundinformationen benötigt würden, wie etwa im konkreten Fall vom Kita-Streik betroffene Eltern das Problem der Kinderbetreuung lösen und wie sie die Situation bewerten, könne man deshalb nicht einfach so losziehen: „Bevor ein Filmteam mit all der dazugehörigen Ausrüstung zum Außendreh aufbricht, sollte gründlich recherchiert werden. Das hängt nicht nur mit dem technischen Aufwand zusammen. Das sind wir hier beim SWR auch unserem Informationsauftrag schuldig“, stellt die Reporterin klar.

► Tafel, Themen und Termine

Und dieser Auftrag ist öffentlich-rechtlich; beim Südwestrundfunk SWR, der 1998 aus der Fusion des Süddeutschen Rundfunks (SDR) und des Südwestfunks (SWF) entstanden ist und heute nach dem Westdeutschen Rundfunk die zweitgrößte ARD-Anstalt bildet, ebenso wie bei den anderen neun Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“, kurz ARD genannt.

„Der SWR ist (...) der Wahrheit verpflichtet“, heißt es höchst förmlich in den einleitenden Programmgrundsätzen. Uschi Strautmann bringt die Zielvorgabe schnörkellos auf den Punkt: „Mit getürkten Bildern und ungenau recherchierten Informationen kommt man bei uns nicht sehr weit.“ – Schon gar nicht, wenn „man“ – wie Uschi Strautmanns Redaktion – ausschließlich für die bundesweiten Nachrichtensendungen der ARD arbeitet. „Wir liefern aus Stuttgart das Nachrichtermaterial an die Tagesschau-Redaktionen, das überregional von Interesse ist für Morgen-, Mittags- oder Nachtmagazin, für ‚Brisant‘, für die über den Tag laufenden kleinen Tagesschau-Sendungen, die ‚Tagesschau‘ um acht und die ‚Tagesthemen‘



► Spätschicht im Schneiderraum: Uschi Strautmann (links) schneidet mit Hilfe der Cutterin Sigrid Hübner ihren Bericht für die „Tagesthemen“.

nach zehn“, erklärt Rüdiger Mertz, Chef vom Dienst der „ARD Aktuell“-Redaktion. Bei ihm, dem „CvD“ laufen die Fäden zusammen: Er weiß, welcher der vier Reporter wo ist und wer gerade was macht – denn nicht immer arbeitet das gesamte Team an einem Thema, wie beim heutigen Streikauftakt im öffentlichen Dienst. Mertz plant, koordiniert und recherchiert Schreibtisch an Schreibtisch mit Redaktionssekretärin Hannelore Häfele.

Er ist nicht nur der ruhende Pol der „Aktuell-Redaktion“ – er sitzt auch in der Mitte zwischen den beiden Doppelbüros der Reporter, an der Wand hinter seinem Rücken eine weiße Tafel, auf der Themen und Termine notiert sind.

► Das Zeitdiktat

Heute, wie an anderen, „ruhigeren“ Tagen, von denen es durchaus auch welche gebe, wie der CvD einräumt, wird der Redaktions(all)tag von Zeitvorgaben diktiert, ohne die das Medium Fernsehen nicht funktionieren kann. Fernsehleute dürfen nicht unpässlich oder unpünktlich sein und auch nicht allzu lange ohne Einfall beim Verfassen der kurzen aber prägnanten Texte bleiben, die von ihnen erwartet werden. Und damit sie das nicht vergessen können, besitzt das Haus des SWR-Fernsehens, das im Park der Villa Berg im Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt über den anderen Rundfunkgebäuden thront, in ausnahmslos je-

ein nicht zu geringer Konkurrenzdruck. „Konkret sieht das so aus, dass wir wie jede regionale Redaktion wöchentlich ein Themenangebot an die bundesweiten Ressorts von „ARD Aktuell“ und Redaktionen der Nachrichten-Magazine senden“, erklärt Jörg-Rainer Radtke, der Redaktionsleiter von „ARD Aktuell“ in Stuttgart das Verfahren. „Und wir können uns über mangelnde Resonanz aus Hamburg nicht beklagen. „Im Gegenteil“, ergänzt er, „in letzter Zeit haben wir so viele Beiträge aus Stuttgart im Ersten untergebracht wie noch nie. Das kommt, weil wir wirklich gute Leute haben“, sagt er noch.

Das Lob hat Uschi Strautmann nicht mehr mitbekommen. Nach dem Ende der „Mittagslage“, kurz vor halb drei, sitzt sie schon wieder am Schreibtisch des spartanischen Büros mit der erbarungslosen Wanduhr, das sie mit Volker Schwenck teilt.

Volker Schwenck arbeitet im Schneiderraum. Zwei Streikbeiträge werden heute noch von ihm gesendet, um 16 Uhr und in den Hauptnachrichten um 20 Uhr. Thomas Stephan, der den Tag mit dem Ausstand der Frühschicht begonnen hat, feilt noch am 18-Uhr-Report.

Uschi Strautmann legt das Thema Streik für die kommenden zwei Stunden ad acta. Sie wird noch einmal für die Tagesthemen berichten. Bleibt etwas Zeit, findet sie, sich weiter um die Vorbereitung der Berichterstattung zu den Landtagswahlen zu kümmern, bei der ihr die

► VRFF: Betriebsgruppe im SWR

Die Mediengewerkschaft VRFF ist jetzt mit einer Betriebsgruppe im Südwestrundfunk (SWR) in Stuttgart präsent. Auf einer Mitgliederversammlung wurde die Betriebsgruppe am 10. Januar 2006 gegründet.

VRFF-Bundesvorsitzender Ulrich Eichblatt dankte dem Beamtenbund Baden-Württemberg für die Unterstützung im Vorfeld der Gründung. Zum Vorsitzenden der Betriebsgruppe wählten die Mitglieder, die in den Häusern Stuttgart, Baden-Baden und Mainz des SWR tätig sind, Dieter Nubert.

Redaktion übertragen wurde. „Wir werden aus einem zentralen Wahlstudio in Stuttgart auch über die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt berichten“, erzählt sie, „da ist allerhand zu organisieren“.

Fünf Uhr nachmittags. Der Streik als Thema des Tages hat Uschi Strautmann wieder. Noch weiß sie nicht, wie lang ihr Bericht für die „Tagesthemen“ sein soll, erwartet aber jeden Moment eine Information aus Hamburg. Einige Minuten später. Das Handy klingelt: „Zweizwanzig, ist in Ordnung“, sagt sie. Und dann beginnt die Prozedur von vorne. Intensive Lektüre der neuesten Agentur- und Zeitungsberichte. Runter in den Schneiderraum „Blue 05“, der seit 17 Uhr für sie reserviert ist, und in dem Cuttlerin Sigrid Hübner, die Spätschicht, arbeitet: Bilder aussuchen, schneiden, texten, Probe sprechen, O-Töne der Interviewten auswählen. Cvd Rüdiger Mertz schaut nach dem Rechten, gibt Anregungen, hinterfragt Formulierungen und achtet bei der Vertonung auf einen flüssigen Sprechrhythmus.

Zwanzig nach acht. Der Tagesthemen-Beitrag, der auch vom fünfjährigen Julian und seinem Papa berichtet, der Story, die Uschi Strautmann vor mehr als zwölf Stunden von ihrem Außendreh mitgebracht hat, hängt auf dem Weg nach Hamburg im Datenstau. Uschi Strautmann und Rüdiger Mertz sind wieder in ihren Büros. Sie warten auf den Anruf der Tagesthemen-Redaktion, dass der Beitrag abgenommen ist. „Wenn nicht, müssen wir umschneiden“, sagt Uschi Strautmann, „das kommt auch hin und wieder vor.“

Zwanzig nach neun. Der Anruf aus Hamburg: Beitrag abgenommen. Der erste Streiktag – Tagesthemen jeder Tagesschau ist jetzt auch für die Tagesthemen „im Kasten“: Die Redaktion von „ARD Aktuell“ hat ihr Tagewerk für heute vollbracht. **cri**

Volker Stich, BBW-Vorsitzender und Vorsitzender des SWR-Fernsehausschusses über seine Tätigkeit im Rundfunkrat

„... wir helfen das Programmangebot zu verbessern.“

dbb magazin: *Als Vorsitzender des Fernseh-Ausschusses beim SWR-Rundfunkrat tragen Sie über Ihr gewerkschaftliches Engagement als Vorsitzender des BBW, des Beamtenbundes Baden-Württemberg, hinaus Mitverantwortung an der Programmgestaltung eines öffentlich-rechtlich strukturierten Mediums. Worin sehen Sie Ihre Hauptaufgabe?*

Volker Stich: Das Erste und die Dritten Programme der ARD repräsentieren aus meiner Sicht die reinste Form der Sachinformation, die Fernsehen überhaupt bieten kann – ohne Effekthascherei und ohne Unterhaltungsangebote, die Zuschauerbedürfnisse im negativen Bereich bedienen. Wir vom Fernsehausschuss des SWR-Rundfunkrates tragen dazu bei, dieses Informations- und Unterhaltungsangebot weiter zu verbessern.

dbb magazin: *Wie sieht das konkret aus?*

Volker Stich: Wir begleiten beispielsweise die Programmentwicklung, was keineswegs bedeutet, dass wir fertig produzierten Beiträgen lediglich unseren Segen erteilen: Die Einflussnahme des Fernsehausschusses beginnt schon in der Planungsphase, wenn neue Formate oder Serien entwickelt werden. Durch den SWR-Fernsehdirektor, der auf den Ausschuss-Sitzungen regelmäßig berichtet, sind wir gut informiert über die aktuellen Vorhaben. In Werkstattgesprächen werden Programmideen dann diskutiert



oder Sendungen, die in irgendeiner Weise Aufsehen erregt haben, überprüft, um falsche Signale künftig zu vermeiden.

dbb magazin: *Was ist aus Ihrer Sicht als Rundfunkrat ein „falsches Signal“?*

Volker Stich: Etwa der leichtfertige Umgang mit Gewaltszenen. Das gilt sowohl für Unterhaltungssendungen, wie etwa Krimis oder Vorabendserien, als auch für die Gewaltdarstellungen in den Nachrichtensendungen. Vor allem Kinder und Jugendliche müssen vor verstörenden Inhalten geschützt werden, so gut es geht, ohne dass dabei die Wahrheitspflicht, der die in den Nachrichtensendungen verbreiteten Informationen genügen müssen, unterlaufen wird.

dbb magazin: *Gibt es einen Bereich innerhalb des Fernsehangebotes, der Ihnen besonders am Herzen liegt?*

Volker Stich: Ich stehe ohne Wenn und Aber zum öffentlich-rechtlichen Rund-

funk und habe festgestellt, dass die Menschen dessen Informationsangebot sehr schätzen – gerade auch im regionalen Bereich. Deshalb setze ich mich sehr für den Erhalt und die ständige Verbesserung der Dritten Programme ein.

dbb magazin: *Was war für Sie die bisher wichtigste Erfahrung als „Kontrolleur“ beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk?*

Volker Stich: Konsensfähigkeit. Die Arbeit in Rundfunkrat und Fernsehausschuss ist sehr zeitintensiv – allein der Ausschuss tritt zehnmal im Jahr für jeweils zwei Tage zu seinen Arbeitssitzungen zusammen – aber auch sehr produktiv. Am bemerkenswertesten erscheint mir aber, dass so viele gesellschaftliche Gruppierungen, wie sie in diesen Aufsichtsgremien zusammengeführt werden, zu gemeinsamem Handeln in der Lage sind. Ein Beweis dafür, wie neue Ziele erreicht werden können, wenn die Bereitschaft besteht, alte Schablonen, Farbenspiele und Empfindlichkeiten zu überwinden.

Bürgerhaushalt Lichtenberg:

Nachahmung empfehle

Bürgerbeteiligungen bei der Aufstellung kommunaler Haushalte gab es in Deutschland bislang nur in kleineren Städten und Gemeinden. Der Berliner Bezirk Lichtenberg hat Neuland betreten und ein solches Projekt zum ersten Mal auf die Dimensionen einer Großstadt mit mehr als 250 000 Einwohnern übertragen. Für 2007 wird die Bezirksverordnetenversammlung in Kürze einen gläsernen Haushalt beschließen, dessen Inhalte von den Bürgern für die Bürger bestimmt werden. Das dbb magazin hat sich vor Ort über Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisse des Pilotprojektes informiert. Das Ergebnis vorweg: Nachahmung empfehlenswert.

Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 187; Haus 14, unscheinbarer kann ein Amt kaum untergebracht sein. Hier befinden sich seit kurzem die Büroräume von Ernst-Ulrich Reich, Leiter des Steuerungsdienstes, Abteilung Personal, Finanzen, Kultur im Bezirksamt Lichtenberg. Reich ist zugleich Projektleiter des „Bürgerhaushalts Lichtenberg“ und erklärt an einem trüb-kalten Februartag geduldig, was alles hinter diesem Projekt steckt, welche Konsequenzen es nach sich ziehen wird und vor allem, wie sich im Verlauf des für alle Beteiligten neuen Lernprozesses das Verhältnis von Politik, Verwaltung und Bürgern verändert hat.

Unterstützung findet er dabei beim Leiter Personal und Finanzservice, Johannes Middendorf, und dessen Mitarbeiterin Silvia Gröber sowie beim Leiter des Amtes für Planen und Vermessen, Klaus Güttler-Lindemann, und bei Ellen Jaenisch, der Leiterin des Amtes für Umwelt und Natur. Alle



> Johannes Middendorf

sind in doppelter Weise vom Bürgerhaushalt betroffen: Zum einen haben sie von Anfang an das Projekt mitgeplant und mitgestaltet und zum anderen werden sie für die Umsetzung der Bürgervorschläge verantwortlich sein, die in ihre Ressorts fallen. „Angefangen hat alles mit unserer Leitbild-diskussion“, erklärt Ernst-Ulrich Reich, „die zu dem Ergebnis gekommen ist, dass wir den Weg zur Bürgerkommune gehen wollen. Die Bürger sollen nicht bloß verwaltet werden, sondern aktiv die Verwaltung mitgestalten.“ Naheliegender, dass in diesem Zusammenhang Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich den Anstoß zur Aufstellung eines Bürgerhaushalts gab, der zu den zentralen Elementen einer Bürgerkommune gehört.

> Mit wissenschaftlicher Begleitung

Als Partner für das Projekt, erklärt Johannes Middendorf, konnte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gewonnen werden, die ein Projekt in Berlin-Mitte nicht

weiterführen konnte, weil dort nur der Wunsch nach einem lesbaren Haushalt (Projektbeschreibungen statt Zahlenkolonnen) bestanden habe, zu mehr aber auch nicht. Das war der bpb zu wenig, die sich seit einigen Jahren mit verschiede-



> Ellen Jaenisch

nen Formen der Beteiligung von Bürgern an gesellschaftlichen und politischen Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsprozessen in Kommunen beschäftigt. In Zusammenarbeit mit den Stiftungen der politischen Parteien – das erleichterte die Zustimmung aller Parteien der Bezirksverordnetenversammlung – hat die bpb das Lichtenberger Projekt seit Januar 2003 beraten, Fortbildungen durchgeführt und die Verantwortung für die Evaluation des Beteiligungsverfahrens übernommen.

Um eine möglichst breite Bürgerbeteiligung zu erreichen, ist zunächst im Juni 2005 eine repräsentative Umfrage durchgeführt worden, und nach einer Auftaktveranstaltung am 24. September haben im Oktober und November fünf dezentrale Bürgerversamm-



h lenswert

lungen stattgefunden. Ferner wurde ein Online-Dialog im Internet angeboten und mit Infobroschüren, Flyern, Plakaten, Minipostern für die Häuser der Wohnungsgesellschaften und Produktblöcken auf das Projekt „Bürgerhaushalt Lichtenberg. Wir rechnen mit Ihnen“ aufmerksam gemacht.

Alle diese Maßnahmen, so Ellen Jaenisch und Klaus Güttler-Lindemann übereinstimmend, seien von den Bürgern überaus positiv aufgenommen worden. 4 000 Lichtenbergerinnen und Lichtenberger, das sind immer-



> Klaus Güttler-Lindemann

hin knapp zwei Prozent der Bürgerschaft, haben sich seit Juli 2005 am Projekt Bürgerhaushalt aktiv beteiligt. „Das ist ein sehr guter Wert“, fügt Ernst-Ulrich Reich nicht ohne Stolz hinzu, „wenn man berücksichtigt, dass der übliche Rücklauf bei Fragebogen- oder Werbeaktionen meistens unter einem Prozent liegt.“ Positiv zu bewerten sei es auch, dass vor allem Menschen zur Mitarbeit motiviert werden konnten, die sich ansonsten nicht politisch engagieren, erklärt Midden-dorf. Das habe sichergestellt,

dass „Lobby-Denken“ bei den Vorschlägen ausgeschlossen werden konnte.

„Was ist denn nun an Vorschlägen zusammengekommen?“ möchte ich wissen. Da ist Silvia Gröber in ihrem Element: „Wir haben über unsere drei Wege – online, Bürgerversammlungen und schriftliche Befragungen nach dem Zufallsprinzip – insgesamt 367 Vorschläge erhalten. Die sind dann in einem mehrstufigen Verfahren zunächst auf 119, dann von einem Redaktionsteam zu 42 Vorschlägen zusammengefasst worden.“ Aussortiert werden mussten zum Beispiel dabei auch alle Projektideen, die die formalen Kriterien für den Bürgerhaushalt nicht erfüllten. Dennoch sollen auch diese Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden.

> Praktische Bürgervernunft

Auf der Abschlussveranstaltung am 21. Januar 2006, im Internet und bei der Haushaltsbefragung wurden jeweils aus diesen 42 Vorschlägen die „Top 10“ ermittelt. Ganz oben auf den Prioritätenlisten stehen bei den Bürgern die Planung neuer Radwege, die Verbesserung der Ausstattung der Jugendfreizeitzentren, der Ausbau der Sportanlagen, die Einrichtung von Hundetoiletten (so genannten Dog-Stationen), generationsübergreifende Projekte sowie mehr aktuelle Medien und Bücher für die Bibliotheken. „Alles vernünftige und machbare Vorschläge, auf die die Verwaltung doch auch hätte selbst kommen können,“ stelle ich fest.



> Projektleiter Ernst-Ulrich Reich

„Das ist natürlich richtig,“ bestätigt Projektleiter Ernst-Ulrich Reich, „aber jetzt sind das die Vorschläge der Bürger. Das hat eine ganz andere Qualität.“ Die Bürger sind in den Haushalt, der immerhin 30 Millionen Euro umfasst, eingebunden Sie haben zudem Einblicke in die Verwaltung nehmen können, die ihnen sonst nicht möglich gewesen wären. Auch das bringt nicht zu unterschätzende Effekte mit sich: Das Klima zwischen Politik,

Ideen und Vorschläge eingebracht.

Entscheiden über die drei Hitlisten muss letztlich allerdings die Bezirksverordnetenversammlung. Sie bestimmt, für welches Projekt sie (mehr) Geld ausgeben will, für welches weniger, oder welches Projekt sie zurückstellen oder gar nicht aufgreifen will. Diese Entscheidungen müssen den Bürgern plausibel gemacht werden. Dazu hat sich die Bezirksverordnetenversammlung ausdrücklich verpflichtet. Die Finanzabteilung muss dann dem Bezirksamt einen neuen Haushaltsentwurf mit den aufgenommenen Vorschlägen vorlegen. Im Juli 2006 wird die Bezirksverordnetenversammlung diesen Nachtragshaushalt beschließen.

„Wie geht es weiter?“ frage ich zum Abschluss. Ernst-Ulrich Reich lächelt und deutet auf die Statue auf seinem Schreibtisch. „In Ruhe und Gelassenheit. Wir werden das Verfahren verbessern, denn wir lernen aus dem, was wir bisher getan haben.“ Für 2008 soll der Bürgerhaushalt auf eine noch breitere Basis gestellt werden. Dafür wird verstärkt in Schulen und Bildungseinrichtungen informiert und geworben. Dann wird man weitersehen. *srm*



> Silvia Gröber

Verwaltung und Bürgerschaft hat sich in Lichtenberg deutlich verbessert. Auch die Verwaltungsmitarbeiter haben mit hohem Engagement die Mehrarbeit, die in diesem Bürgerhaushalt steckt, akzeptiert und darüber hinaus eigene

www.neue-verwaltung.de

Neue Technologien für eine neue Verwaltung – Wirtschaftliches eGovernment kooperativ gestalten

Im Mai 2006 führt die dbb akademie zum siebten Mal den Kongress mit Fachmesse „Neue Technologien für eine neue Verwaltung“ durch. Die im Jahre 2000 von der dbb akademie initiierte Kongressreihe, die sich als Leitkonferenz für die öffentliche Verwaltung etabliert hat, wird im kommenden Jahr erstmals in Zusammenarbeit mit der Fraunhofer Gesellschaft organisiert.

► Fraunhofer eGovernment-Zentrum ist „mit im Boot“

Neben dem langjährigen Partner Microsoft beteiligt sich erstmals das eGovernment-Zentrum der Fraunhofer Gesellschaft. In zahlreichen Vorträgen und mit einer Forschungsplaza auf der Fachausstellung bringt die Fraunhofer Gesellschaft ihre Forschungsthemen und Praxis-Lösungen ein, um dem Zukunftsthema eGovernment sowohl in Fachkreisen als auch in der Öffentlichkeit zusätzliche Gewichte zu verleihen.

► Verwaltungsübergreifende Kooperation ist gefordert

Mit dem Schwerpunktthema „Wirtschaftliches eGovernment kooperativ gestalten“ nimmt der Kongress den aktuellen Trend auf, bei eGovernment-Projekten verwaltschaftsübergreifend zu kooperieren und Wirtschaftlichkeits- und Nutzenüberlegungen in den Mittelpunkt von Konzeption und Entwicklung zu stellen. Insellösungen werden dabei zunehmend von interoperablen Anwendungen und Systemen abgelöst und bilden so die Grundlage professioneller und effizienter Verwaltungsdienstleistungen

für die Kunden der Verwaltung. Neben den Bürgern und der Wirtschaft profitiert davon letztlich auch der Wirtschaftsstandort Deutschland.

Der eGovernment-Kongress findet wie gewohnt im Congress Center der Leipziger Messe statt und zieht alljährlich etwa 1 000 Besucher aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung an. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses sind Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen gleichermaßen vertreten, zunehmend auch die mittelbaren öffentlichen Verwaltungen und Eigenbetriebe der öffentlichen Hand. Entscheidungsträger, IuK-Fachleute und Personalverantwortliche kommen aus allen Teilen Deutschlands nach Leipzig, um Meinungen und Erfahrungen in Sachen eGovernment auszutauschen. Mit einer Besucherverteilung von 60:40 (alte/neue Bundesländer) ist er eine gefragte gesamtdeutsche Veranstaltung und ein führender „Marktplatz der Informationen“ für Fachleute und Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung.

► Breitgefächertes Angebot

Der Kongress soll Mitarbeitern, Führungskräften und Ex-

perten aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine professionelle Informationsplattform bieten, um aktuelle Projekte, neue Produkte und sinnvolle Anwendungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Im Kern besteht der Kongress aus über 40 Fachforen und Workshops zur gesamten Themenpalette der Informationstechnologien im öffentlichen Bereich. Versierte Fachleute aus den Verwaltungen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft präsentieren und diskutieren praxisbewährte Fachanwendungen, erfolgreiche eGovernment-Projekte und aktuelle Trends und Fragestellungen.

Neu hinzugekommen sind Tutorials, in denen die Teilnehmer die Möglichkeit haben, vor Kongressbeginn in Kleingruppen einen Einblick in wichtige Fragestellungen und Lösungsansätze spezieller eGovernment-Themen zu erhalten. Diese Kompaktseminare werden am 29. Mai von Experten und For-

schungspartnern der Fraunhofer Gesellschaft gehalten.

Der Kongress wird von einer Fachmesse ergänzt, die mit ca. 60 Ausstellern die gesamte Bandbreite der relevanten eGovernment-Themen auf Anbieterseite repräsentiert. Hier werden Kundenlösungen und innovative „Best-Practice-Anwendungen“ vorgestellt. Gleichzeitig können Fragen und Probleme aus den Vorträgen mit den Referenten und Firmenvertretern vertieft und Kontakte in die Wirtschaft geknüpft werden.

Partnerland des diesjährigen Kongresses ist Rheinland-Pfalz. Ministerpräsident Kurt Beck hat die Schirmherrschaft übernommen, den Eröffnungsbeitrag wird der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch halten.

Der Kongress findet vom 30. bis 31. Mai 2006 im Congress Center Leipzig statt. Die Teilnehmergebühr beträgt 275,- Euro (inkl. CD-ROM „Neue Technologien für eine neue Verwaltung“ zwei Mittagessen, zwei Kaffeepausen, Erfrischungsgetränke, Teilnahme an einer Abendveranstaltung).

Weitere Informationen zu Organisation und Anmeldung erhalten Sie bei:

Christa Vißers
(Tagungsorganisation),
Tel. 0228/81 93 111,
E-Mail:
c.vissers@dbbakademie.de

Maria Herkenhöner
(Teilnehmerverwaltung),
Tel. 0228/81 93 474 sowie
auf der kongresseigenen
Homepage
www.neue-verwaltung.de

> Seminare

Reden und Argumentieren – Rhetorik-Grundkurs

„Die größte Macht hat das richtige Wort zur richtigen Zeit“ – so sah es zumindest Mark Twain. Sicher reden und überzeugend argumentieren können gehört heute zur Kernkompetenz im beruflichen Alltag. Nicht nur Naturtalente haben dabei eine Chance, Gesprächs- und Verhandlungsführung kann man lernen. Finden Sie Ihren Weg zur sicheren Kommunikation und zum persönlichen Erfolg.

Das sind die Inhalte unserer Rhetorik-Grundkurse:

- > Das Zusammenspiel von Kommunikation und Rhetorik
- > Erfolgreiche Gesprächsführung
- > Kommunikationsfehler vermeiden
- > Verhandlungstechnik und konfliktfreies Sprechen
- > Rhetorische Giftküche
- > Richtiger Einsatz von Körpersprache
- > Redetraining vor der Kamera mit ausführlicher Analyse

A 1/06 06.03. – 10.03.2006

A 4/06 08.05. – 12.05.2006

A 8/06 26.06. – 30.06.2006

A 10/06 11.09. – 15.09.2006

A 14/06 16.10. – 20.10.2006

A 16/06 13.11. – 17.11.2006

Die Seminare finden im dbb forum siebengebirge in Königswinter statt. Die Kosten betragen für dbb Mitglieder 235,- Euro, für Nichtmitglieder 370,- Euro.

Partizipation in der Demokratie – Neuanfang am Ende des Arbeitslebens

Inhalte:

- > Die Palette der Freiwilligenarbeit von Ersatz-Großeltern bis zu Seniorexperten
 - > Wer vermittelt ehrenamtliche Tätigkeiten?
 - > Politische Partizipation im nachberuflichen Lebensabschnitt
 - > Erfahrungsberichte von ehrenamtlich Tätigen
 - > Rechtssicherheit bei ehrenamtlichem Engagement
- A 05/06 29.05. – 02.06.2006, Königswinter, 145,- Euro (dbb Mitglieder), 220,- Euro (Nichtmitglieder)

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei:

Margret Odijk, Tel. 02 28/8 19 31 36, Fax: 02 28/81 93 106, E-Mail: m.odijk@dbbakademie.de

Bestellen Sie jetzt. Ganz einfach. Ganz wie Sie wollen.

Das Wichtigste für 2006! Hier steht's drin!

Der Inhalt im Überblick:

- aktuelle Besoldungstabellen
- Besoldungs- und Versorgungsrechtliche Neuregelungen
- Sonderzahlungen und Arbeitszeitregelungen in Bund und Ländern
- Hinweise und Rechtsprechung
- umfangreicher Adressstell

Was Sie davon haben:

Das aktuelle Standardwerk in Status-, Einkommens- und Versorgungstragen für alle Beamten: Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf dem neuesten Stand und durch Anmerkungen erläutert. Adressen der dbb Mitgliedsgewerkschaften und ihrer Einrichtungen sowie von Bundestagsabgeordneten, Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und den Landesregierungen.

So bestellen Sie ganz einfach: Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-mail oder über Internet mit.

1085 Seiten
 € 19,90*/Abo: € 17,50*
 ISBN 3-87863-087-5
 * zuzgl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE,
ANGESTELLTE UND ARBEITER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

NEUAUFLAGE



BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

- 1 Exemplar/e „Handbuch für den öffentlichen Dienst in Deutschland 2006“
- Abonnement (Mindestlaufzeit 2 Jahre, Kündigung 3 Monate vor Ende des Abonnements)
- Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

MAC/03/06

Rundfunkgebühren:

Zur Qualität verpflichtet

Früher war alles besser, das Fernsehprogramm erst recht. Heute dagegen wimmelt es von Superstarshows, Modelshows, Gerichtsshow und Talkshows, von Heimwerkersendungen und Schunkelveranstaltungen. Und wenn gar nichts mehr kommt, kommt immer noch Fußball.

Das Klagen über das Fernsehen ist vermutlich so alt wie das Medium selbst. Doch seit den 90er-Jahren hat es zugenommen. In dieser Zeit vermehrten sich die Sender explosionsartig. Jeder Haushalt empfing plötzlich 35 und mehr Programme, deren Flut an Bildern und Tönen zwar bereitwillig konsumiert, zugleich aber mit vehementer Kritik versehen wird.

Besonders das öffentlich-rechtliche Fernsehen bedenkt der Zuschauer mit Unmutsäußerungen, auch deshalb, weil er der Meinung ist, für sein teures Gebührengeld Besseres verdient zu haben. Aber sind ARD und ZDF wirklich so schlecht, wie alle sie machen?

Zur Beantwortung der Frage hilft ein Blick auf den Grimme-Preis, der Ende März (31. März 2006) wieder verliehen wird. Er ist die wichtigste Auszeichnung der Branche und gewissermaßen ein Gradmesser für den Zustand des deutschen Fernsehens.

Und was man da entdeckt, könnte einen schon ins Grübeln bringen über das Programmverständnis von ARD und ZDF. In der Sparte Information und Kultur zum Beispiel bewerben sich 22 Beiträge um die begehrte Auszeichnung. Ein Blick auf den Sendetermin zeigt, dass mehr als die Hälfte davon erst nach 22.30 Uhr gesendet wurden – zu einer Zeit also, in der sich die Masse der Zuschauer ins Bett

verabschiedet. Manche Filme liefen sogar erst nach Mitternacht.

Im Bereich der Dokumentationen und Reportagen zeigt sich eine Entwicklung, die typisch für ARD und ZDF ist. Der präzise Blick auf die soziale Wirklichkeit, das problemhafte, anstrengende, auch schmerzhaftes Fernsehen, wird gern in die Nachtstunden abgeschoben. Viele Beiträge, auch solche, die die Mehrheit der Menschen betreffen, werden zum Minderheitenprogramm abgestempelt. Jedes Spiel im Fußball-DFB-Pokal hat eher eine Chance auf einen Sendeplatz in der Primetime als beispielsweise die Reportage über die Werkschließungen bei Grohe, dem traditionsreichen deutschen Hersteller von Badarmaturen, der von ausländischen Finanzinvestoren aufgekauft wurde und nun allmählich ausgeblutet

wird. Der bedrückende Film mit dem Titel „Und du bist raus“ lief am 11. Januar 2006 in der ARD um 23.30 Uhr.

Das ist ärgerlich, aber zu ändern. ARD und ZDF sollten sich bewusst werden, dass sie mit dem Geld ihrer Zuschauer ar-

aus ihr Geld wert sein können. 64 Fernsehbeiträge und Fernsehmacher wurden insgesamt in allen Sparten für den Preis nominiert. Unter diesen 64 sind nur vier von den privaten Sendern. Die restlichen 60 entfallen auf ARD, ZDF und deren Ableger 3sat, Dritte und Arte. Was sagt uns das? In Deutschland sorgen fast ausschließlich die öffentlich-rechtlichen Programme für Qualität. ARD und ZDF produzieren gediegene Fernsehfilme (wie „Die Nachrichten“ im ZDF), packende Krimis (wie den Polizeiruf „Der scharlachrote Engel“ in der ARD) und kluge, aufklärerische Dokumentationen und Reportagen (wie „Die Frauen von Ravensbrück“ in der ARD).

Die Öffentlich-Rechtlichen tun genau das, was die Privatsender viel zu selten tun oder gar nicht erst versuchen. Die haben sich überwiegend damit abgefunden, für Jux und Dollerei im Lande zuständig zu sein. Das Klagen über den Zustand des Fernsehens ist manchmal berechtigt. Mit der Zunahme der Fernsehsender hat auch der Schrott zugenommen, der über den Zuschauer hereinbricht. Aber neben dem ganzen Müll ist auch noch nie soviel Qualität zu sehen gewesen wie heute, wenn auch, wie beschrieben, manchmal zu unmöglichen Zeiten. Aber wer will, kann sich an jedem Abend aus 35 Sendern einen Programmablauf zusammenstellen, der Unterhaltung, Information, Sport und Kultur enthält und auch höhere Ansprüche befriedigen dürfte. Und wenn für einen wesentlichen Teil davon Geld zu zahlen ist, soll es in Ordnung sein.

Ralph Kotsch,
„Berliner Zeitung“

> Info

Der Autor (Jahrgang 1960) leitet seit sieben Jahren das Ressort Medien der „Berliner Zeitung“. Er ist Mitglied der Jury für den Adolf-Grimme-Preis.

beiten, von denen sich viele nicht am Mainstream ausrichten wollen. Es gibt nicht nur eine Gebührenpflicht für die Zahlenden, sondern auch eine Gebührenverpflichtung für die Zahlungsempfänger. Der Massengeschmack sollte nicht zum alleinigen Maßstab der Programmierung gemacht werden.

Zur Verzweiflung besteht aber kein Grund, erst recht keiner, um etwa die Gebührenzahlung in Frage zu stellen. Ein weiterer Blick auf den Grimme-Preis zeigt, dass ARD und ZDF durch-



dbb vorsorgewerk mit erweiterter
Angebotspalette:

Menüs à la carte

Vorsorge im öffentlichen Dienst hat seit knapp vier Jahren einen Namen: nämlich den des dbb vorsorgewerks. Im Jahr 2002 wurde das dbb vorsorgewerk als Serviceeinrichtung des dbb gegründet mit der Zielsetzung, die durch die Absenkung der Beamtenpensionen und des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung entstandenen Versorgungslücken der Mitglieder der Einzelgewerkschaften des dbb mit maßgeschneiderten und besonders günstigen Angeboten zu schließen.

Mittlerweile ist das Angebot für die Zielgruppen „Jugend & Anwärter“, „Familie & Karriere“ und für die – von vielen Finanzdienstleistern vernachlässigten – „ruhestandsnahen Jahrgänge, Pensionäre und Rentner“ um viele interessante Leistungen gewachsen: von A wie Altersvorsorge bis Z wie Zahnzusatzversicherung. Durch die Neuausrichtung der Produktpalette in den Bedarfsfeldern Faire Vorsorge, Günstige Sicherheit und Geordnete Finanzen wird das dbb vorsorgewerk in Zukunft mit umfassenden Angeboten und hoher Qualität den wachsenden Bedürfnissen und Ansprüchen der Mitglieder entsprechen.

So wurde zum Beispiel im vergangenen Herbst mit einer umfassenden Informationskampagne auf die besonderen Risiken im Pflegefall aufmerksam gemacht. Dies stieß auf hohes Interesse, da viele Kolleginnen und Kollegen mit diesem Thema noch nicht vertraut sind. Es wird meist vermutet, dass die Absicherung durch die Pflegepflichtversicherung beziehungsweise durch die Beihilfe ausreichend ist. Aber besonders der Schwerstpflegefall, also die Pflegestufe III, stellt ein hohes Risiko dar: Die Pflege erfolgt hier über-



> Vorsorge-Menüs à la carte für Jugend & Anwärter ...

wiegend in Heimen, für die die Pflegeversicherung in der Regel höchstens 1 432 Euro im Monat zahlt. Die Kosten für einen stationären Pflegeplatz liegen heute schon zwischen 3 000 und 4 000 Euro im Monat! Die Differenz müssen die Pflegebedürftigen aus eigener Tasche zahlen. Die Angst, im Alter zum Pflegefall zu werden und auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, beschäftigt nach einer aktuellen repräsentativen Umfrage bereits 62 Prozent der Deutschen. Daher entschließen sich immer mehr für eine private Absicherung über das dbb vorsorgewerk. Informationen über die möglichen Tarifvarianten

> dbb magazin | März 2006



> ... für Familie & Karriere ...

der Pfl egetagegeldversicherung und die zusätzlichen Leistungsvorteile für Mitglieder können Sie direkt beim dbb vorsorgewerk anfordern.

Aber auch in anderen Bereichen der privaten Vorsorge, des Vermögensaufbaus und der Vermögenssicherung hält das dbb vorsorgewerk attraktive Angebote, die speziell auf die Zielgruppen im öffentlichen Dienst abgestimmt sind, bereit. So zum Beispiel eine echte Dienstunfähigkeitsabsicherung oder die private Krankenversicherung mit umfassenden Leistungen, die optimal auf den Beihilfeanspruch abgestimmt sind. Besonders hervorzuheben ist die leistungsstarke private Rentenversicherung, mit ihren geprüften und besonders attraktiven Garantiekomponenten. Unser Tipp: Sichern Sie sich rechtzeitig den hohen Garantiezins von 2,75 Prozent. Dieser läuft am Jahresende aus! Weitere Angebote, wie zum Beispiel die Lebensversicherung ohne Gesundheitsfragen für Jahrgänge ab 1956 oder die Vermögens-

verwaltung auf Fondsbasis sind ebenfalls mit exklusiven Leistungs- und Servicevorteilen von bis zu 50 Prozent für die Mitglieder und deren Angehörige ausgestattet.

Übrigens: Die Angebote des dbb vorsorgewerks werden immer wieder von unabhängigen Ratingagenturen mit Bestnoten ausgezeichnet.

> Angebot

Wenn Sie sich das nächste Mal Gedanken um Ihre Zukunft und deren Absicherung machen, testen Sie auch das Angebot des dbb vorsorgewerks. Gern prüfen wir Ihre Situation und bieten Ihnen Unterstützung und Hilfe, um die optimalen Versorgungslösungen zu finden.

Erste Informationen erhalten Sie vom Service-Team des dbb vorsorgewerk unter (01 80) 5 22 21 70 (12 ct/min) – Montag bis Freitag zwischen 8.00 bis 18.00 Uhr. Das dbb vorsorgewerk im Internet: www.dbb-vorsorgewerk.de



> ... für ruhestandsnahe Jahrgänge, Rentner und Pensionäre.

Die Auswirkungen der EU-Gesetzgebung auf den öffentlichen Dienst in Europa:

Auf Integrationskurs

Geräuschlos, schwer fassbar, aber doch beständig und letztlich unumkehrbar nimmt die EU mit ihrer Gesetzgebung inzwischen Einfluss auf

weite Teile des Arbeits- und Sozialrechts. Auch die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind von diesem Integrationskurs betroffen.

Erster und wichtigster Anknüpfungspunkt der EU-Integrationspolitik war die europäische Sozialpolitik, die sich – vom Europäischen Sozialfonds (ESF) abgesehen – bis zum Pariser Gipfel von 1972 fast ausschließlich in nationalstaatlicher Zuständigkeit befand. 1974 gab es dann ein erstes europäisches sozialpolitisches Aktionsprogramm, das Mindestnormen für Gleichbehandlung und Arbeitsschutz festsetzte. Doch erst mit dem Abkommen über die Sozialpolitik von 1991 waren verbindliche Mindeststandards möglich und mit dem Vertrag von Amsterdam von 1997 wurde die Beschäftigungspolitik zur europäischen Aufgabe.

Die europäische Grundrechte-Charta von 2000, die in den Entwurf für eine Europäische Verfassung mit aufgenommen wurde, kodifizierte soziale Grundrechte und hob sie so auf eine höhere Stufe im Normengefüge. Inzwischen ist die europäische Sozialpolitik schon recht ausdifferenziert und erfasst weite Teile des heute gültigen, auch nationalen Arbeits- und Sozialrechts.

➤ Freizügigkeit

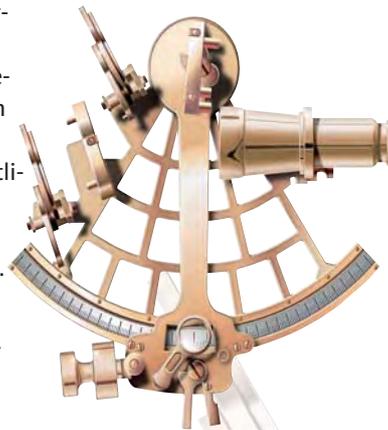
Die bereits in den Römischen Verträgen von 1957 festgeschriebene Freizügigkeit der Arbeitnehmer gilt nach entsprechenden Grundsatzurteilen aus den 80er-Jahren auch für Beamte. Die Freiheit öffentlich Bediensteter, sich in anderen EU-Staaten für den

öffentlichen zu Dienst bewerben, wird in der Praxis allerdings noch recht zögerlich genutzt. Ein Grund ist sicherlich die Sprachbarriere, da in den meisten Bereichen des öffentlichen Dienstes die Sprache des jeweiligen Landes sehr gut beherrscht werden muss.

Ein anderer Grund mögen auch die noch zu Verunsicherung führenden, etwas unübersichtlichen Normen hinsichtlich der Anrechnung etwaiger Pensionsansprüche oder anderer Leistungen der sozialen Sicherungssysteme sein. Hier arbeitet die EU-Kommission an Verbesserungsmöglichkeiten, um die Nutzung der Freizügigkeit weiter zu erleichtern.

➤ Arbeitszeit

Bereits seit 1993 existiert eine EU-Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeit, die nach und nach in die nationale Rechtsordnung umgesetzt wurde. Richtig aktiv wurden die Regierungen jedoch erst nach dem so genannten Simap-Urteil aus dem Jahr 2000, das den Bereitschaftsdienst in spanischen Kliniken als Arbeitszeit wertete. Als Fachverbände nach einem ähnlich lautenden EuGH-Urteil zum deutschen Bereitschaftsdienst, dem sogenannten Jäger-Urteil, errechneten, dass bis zu 27 000 neue Klinikärzte neu eingestellt werden müssten, um die Bestimmungen der Richtlinie einzuhalten, verabredeten die Verantwortlichen im Minister-



rat, dass die Richtlinie in drei zentralen Punkten überarbeitet werden soll: Insbesondere solle der Bereitschaftsdienst nicht durchgängig als Arbeitszeit gerechnet werden und es solle ein sogenanntes opt out möglich sein, was soviel bedeutet wie gegen die Bestimmungen der Richtlinie zu verstoßen. Darüber hinaus sollten die Bezugszeiträume für die wöchentliche Höchstarbeitszeit flexibilisiert werden. Ob das Europäische Parlament den vorgeschlagenen Änderungen zustimmt, ist derzeit noch offen.

➤ Europäische Betriebsräte

Die EU-Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte (EBR) gibt es seit 1994 und betrifft länderübergreifende Entscheidungen in grenzüberschreitenden Unternehmen. Die Richtlinie legt hierbei die Form der Konsultation fest, jedoch nicht die Struktur des EBR. Ein Antrag von mehr als 100 Arbeitnehmern führt lediglich zu Verhandlungen über die Ein-

richtung eines Europäischen Betriebsrats, hieraus können entweder dezentrale Strukturen oder ein förmlicher EBR nach der Richtlinie entstehen.

Der Europäische Betriebsrat betrifft neben der Privatwirtschaft im wesentlichen die ehemaligen Staatsbetriebe Bahn, Post und Telekom, die allesamt auch im EU-Ausland Unternehmensteile akquiriert haben und in denen daher jeweils ein EBR eingerichtet worden ist.

➤ Lissabon-Prozess

Bei der Zusammenkunft des Europäischen Rates im März 2000 in Lissabon gab sich die EU ihr strategisches Ziel bis 2010 und zwar, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Was sich so harmlos und wolzig anhört, hat weitreichende Folgen: Diese drei Hauptziele sind nur zu erreichen, wenn die Mitgliedsstaaten ihre Reformanstrengungen bündeln und die sogenannte Methode der offenen Koordination (MOK), beispielsweise bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme anwenden.

MOK funktioniert wie folgt: Bei den europäischen Frühjahrsgipfeln werden von den Staats- und Regierungschefs Europäi-

sche Leitlinien festgelegt. Jeweils nach einer gewissen Zeit wird ein Vergleich der besten Praktiken (sogenanntes Benchmarking) durchgeführt, um von einander zu lernen.

Dies bedeutet letztlich, dass auch die von der Regierung des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder konzipierte Agenda 2010 mit den weitreichenden Änderungen in der Arbeitsverwaltung und anderen Bereichen von den Verabredungen des Lissabonner Gipfels inspiriert war. Die Agenda 2010 der Schröder-Regierung zog beispielsweise eine grundlegende Reform der Bundesanstalt für Arbeit nach sich. Die Veränderungen sind so gravierend, dass die Beschäftigten der heutigen Bundesagentur für Arbeit zwischenzeitlich zum Teil gänzlich veränderte Aufgaben wahrnehmen müssen.

► Daseinsvorsorge

Das Angebot so genannter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (EU-Jargon für Daseinsvorsorge) wird inzwischen maßgeblich von EU-Wettbewerbsrecht bestimmt. So gibt es inzwischen Richtlinien für die Bereiche Post, Telekom, Verkehr sowie Energie, die den Marktzugang von Unternehmen aus anderen EU-Staaten regeln.

Auf diese Weise sollen mehr Wettbewerb und letzten Endes günstigere Preise für die Verbraucher erreicht werden. Leider führt das Streben nach Wirtschaftlichkeit häufig dazu, dass gerade bei den Beschäftigten der Rotstift angesetzt wird. Der dbb steht einer weiteren Liberalisierung daher skeptisch gegenüber.

► Justiz und Inneres

Seit dem Vertrag von Amsterdam soll die EU zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickelt werden. Das bedeutet: Anders als noch in den 80er-Jahren mit meist

zwischenstaatlichen Abkommen wird nun auf europäischer Ebene in Zivil- und Strafsachen zusammengearbeitet. Hierbei kooperieren die Polizeien und Justizbehörden teilweise direkt, teilweise vermittelt durch europäische Institutionen, wie zum Beispiel Europol oder Eurojust miteinander.

► EU-Aktivitäten des dbb

Nicht genannt wurden die weiteren Bereiche europäischer Rechtssetzung, die durch den öffentlichen Dienst auf nationaler Ebene angewendet werden, hierzu zählen zum Beispiel der Verkehrssektor, der Gesundheitssektor, Natur- und Verbraucherschutz, aber auch teilweise bereits der Diplomatische Dienst und das Militär.

Zwei Drittel aller deutschen Gesetze haben inzwischen ihren Ursprung in Brüssel. Der Bundestag kümmert sich hierbei lediglich um die Umsetzung dieser Richtlinien in nationales Recht. Auf das deutsche öffentliche Dienstrecht wirkt das EU-Recht augenblicklich zwar „nur“ indirekt ein, durchdringt es aber immer stärker.

Gewerkschaftliche Interessenvertretung muss somit auch immer mehr in Brüssel stattfinden. Der dbb trägt diesem Erfordernis mit seinem Sitz im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (dbb Vertreter ist hier der stellvertretende Bundesvorsitzende und 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr) und über seine Mitgliedschaft in der europäischen Dachorganisation CESI Rechnung. CESI ist kürzlich anerkannter Sozialpartner im sektoralen sozialen Dialog für die Zentralverwaltung auf europäischer Ebene geworden: Das sichert ihr wertvolle institutionelle Mitwirkungsrechte.

hz/red

► Europa Ticker

► WSA-Arbeitssitzung: Näher zum Bürger



„Die Kluft überbrücken: Wie können Europa und seine Bürger einander näher gebracht werden?“ lautete das Thema einer Arbeitssitzung, die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gemeinsam mit der EU-Kommission Ende vergangenen Jahres in Brüssel durchgeführt hat. Der stellvertre-

tende dbb Bundesvorsitzende Frank Stöhr, der dem EWSA seit über drei Jahren angehört, nutzte die Gelegenheit zu einem kurzen Gedankenaustausch mit der EU-Kommissarin Margot Wallström (Foto). Die aus Schweden stammende Vizepräsidentin der EU-Kommission ist dort zuständig für interinstitutionelle Beziehungen und Kommunikation. Das so genannte Stakeholder-Forum, in dem alle Interessengruppen der europäischen Zivilgesellschaft Gelegenheit zum Austausch bekamen, sollte einen Beitrag leisten, die seit dem Scheitern der Verfassungsreferenden schwelende europäische Vertrauenskrise zu überwinden.

► Aufhellung in Sicht

Die Arbeitslosigkeit in der europäischen Union ist 2004 spürbar zurück gegangen. Nach Angaben des Europäischen Statistikamtes (Eurostat) sank die durchschnittliche Erwerbslosenquote innerhalb eines Jahres um 0,5 Prozent auf 8,5 Prozent. In Deutschland fiel der Rückgang laut Eurostat mit 0,1 Prozent auf 9,5 Prozent geringer aus. Die Bundesrepublik verfügt somit unter allen 25 EU-Staaten über die vierthöchste Arbeitslosenquote. Insgesamt waren nach Schätzung der Statistiker im Dezember 2004 EU-weit 18,6 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet.

► Renteneintrittsalter: Deutsche relativ spät

Obwohl der durchschnittliche Bundesbürger – trotz eines gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 Jahren – bereits wenige Monate nach dem 61. Geburtstag in Rente geht, sind die Deutschen gemessen an den Gepflogenheiten in anderen EU-Ländern relativ „spät dran“. Laut einer Erhebung der OECD schied der durchschnittliche EU-Bürger bereits kurz vor seinem 61. Geburtstag aus dem Beruf. Besonders früh endet das Arbeitsleben vieler Luxemburger, Polen und Malteser, die schon kurz vor ihrem 58. Lebensjahr Kurs auf die Rente nehmen, Franzosen gehen im Schnitt mit 58,9 Jahren, Belgier mit 59,4 Jahren. „Später dran“ sind die Iren, Schweden (62,8 Jahre) und Letten (62,9 Jahre). Trotz Erfassung dieser Durchschnittsdaten ist es nach Auffassung der OECD-Statistiker kaum möglich, Rentensysteme und Renteneintrittsalter in der EU zu vergleichen. Dafür existierten in den einzelnen Ländern zu viele Sonderregelungen.

► Werbeverbot für Tabak: Drohung aus Brüssel

Die EU-Kommission hat der Bundesregierung mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gedroht, sofern sie nicht innerhalb der kommenden Wochen das bereits 2003 EU-weit beschlossene Werbeverbot für Tabakwaren einführt. EU-Verbraucherschutzkommissar Markos Kyprianou gab sich Anfang Februar in Brüssel entschlossen der „Missachtung des EU-Rechts“ und der „Verherrlichung des Tabakkonsums in der Werbung“ notfalls auf dem Rechtsweg ein Ende zu bereiten. Die Bundesregierung hatte 2003 gegen das Tabak-Werbeverbot gestimmt und vor dem EuGH Klage eingereicht. Die EuGH-Entscheidung steht noch aus.

DBSH-Öffentlichkeitsarbeit:

Soziale Dienste stärken

Mit einer breit angelegten Kampagne macht derzeit der Deutsche Berufsverband für soziale Arbeit (DBSH) im dbb auf die Folgen des Sozialabbaus aufmerksam.

Bereits in der Vergangenheit haben die in den sozialen Bereichen immer weiter fortschreitenden Mittelkürzungen zu Aufgabenverdichtung und Stellenabbau, zur Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und wachsender Arbeitsbelastung geführt. Die Koalitionsvereinbarung, aktuelle Entwicklungen auf Kommunal- und Landesebene sowie die zu erwartende Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie werden die Entwicklung weiter verschärfen. Drohen letztlich diejenigen durch das soziale Netz zu fallen, die es geknüpft haben?

„Zuschuss nur noch für jeden zweiten Krippenplatz“, „Vom Dorf zum Problemviertel“, „Rücken an der Wand“, „Zwei-Klassen-Medizin existiert“, „Kita Arche braucht Unterstützung“ – aktuelle Presseartikel zeugen von Kürzungen auf allen Ebenen und steigendem Kostendruck abseits qualitativer Ansprüche. Da Menschen, deren Anstrengungen sich zunächst auf das Überleben richten, nur selten die Möglichkeiten haben, politisch auf aktuellen Entwicklungen zu reagieren, bedarf es verstärkter Anstrengungen, um sich der zunehmenden sozialen Kälte entgegen zu stellen. Darum wendet sich die sozialpolitische Kampagne des DBSH an die „Mitte der Gesellschaft“.

► Jeder kann bedürftig werden

Der DBSH macht deutlich, dass alle Menschen plötzlich soziale, pflegerische und gesundheitliche Dienste benötigen können:

Eltern, die auf eine Kinderbetreuung angewiesen sind; Menschen, die im Alter oder wegen Krankheit der Fürsorge bedürfen oder Jugendliche, die pädagogische Betreuung brauchen.

Weiter will der DBSH dazu beitragen, dass Soziale Dienste nicht als Kostenfaktor oder Almosen wahrgenommen werden, sondern dass sie als Dienstleistung anerkannt wer-

den, die hohe Qualitätsansprüche einzulösen hat. Damit verbunden fordert der DBSH auf, Bürgern die Möglichkeit zu geben, verstärkt auf das lokale und politische Umfeld einzuwirken.

Die Kampagne versteht sich auch als Hilfestellung, die Qualität gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Einrichtungen zu bewerten. Ein mehrseitiger Ratgeber gibt hierzu hilfreiche Tipps. Letztendlich fordert der DBSH eine „Stiftung Sozialtest“, die dazu führt, dass sich soziale Dienste einem Wettbewerb um die bestmögliche Qualität zu stellen haben.

► Im Fokus der Öffentlichkeit

Eine positive öffentliche Wahrnehmung der sozialen Berufe, seiner spezifischen Qualifikation, aber auch der damit verbundenen Kosten lässt sich erst dann vermitteln, wenn es gelingt, die gesellschaftliche Einstellung der Gesellschaft gegenüber Schwächen, Menschen mit „Fehlern“ und Leistungseinschränkungen zu verändern.

Der DBSH hat dazu umfangreiches Informationsmaterial herausgegeben, das über die Homepage www.soziales-netz.org angefordert werden kann.

Neben direkter politischer Einflussnahme entscheidet auch die positive öffentliche Wahrnehmung sozialer Berufe und ihrer Qualifikationen über deren Akzeptanz.



„Gute soziale Leistungen aufrecht erhalten“ ist das Motto der Postkartenserie, deren Motive beim Kampagnen-Sekretariat des DBSH, Friedrich-Ebert-Straße 30, 45127 Essen oder per E-Mail über info@dbsh.de neben weiteren Informationsmaterialien angefordert werden können.

Familienpolitik im europäischen Vergleich:

Viva Familia!

Während die Bundesregierung um eine Reform der Familienpolitik ringt, sind Eltern- und Erziehungsgeld, Kinderbetreuungsbeihilfen oder steuerliche Vergünstigungen für Familien in vielen europäischen Ländern fester Bestandteil der Familienpolitik. Das zeigt unser Überblick über die Familienleistungen in den Nachbarländern.

Im Bereich der finanziellen Unterstützung setzt sich die Familienförderung im Wesentlichen aus vier Grundpfeilern zusammen. Kindergeld, Erziehungs- beziehungsweise Elterngeld, Steuererleichterungen für kinderreiche Familien sowie sonstige Beihilfen.

Finanzielle Unterstützungen durch den Staat und die Sozialsysteme sind allerdings nicht die einzigen Stellschrauben einer nachhaltigen Familienpolitik. Einen wesentlichen Anteil daran haben auch das Angebot an Krippen- und Kitaplätzen (institutioneller Bereich) sowie die im jeweiligen Land vorherrschende Unternehmenskultur. Hierunter versteht man beispielsweise, wie leicht Unternehmen es ihren Mitarbeitern nach der Elternzeit machen, wieder eine adäquate Stelle im Betrieb zu erhalten. Einige skandinavische Unternehmen haben sogar eigene Krippen und Kindertagesstätten für ihre Beschäftigten eingerichtet. In Dänemark beteiligen sich die Arbeitgeber – abhängig vom jeweiligen Tarifvertrag – teilweise am Elterngeld.

Einen Überblick über die Anteile finanzieller und institutioneller staatliche Familienunterstützung sind in Abbildung 2 für ausgewählte Länder aufgeführt. Da für Deutschland lediglich die gesamten Bildungsausgaben verfügbar sind, fehlen die deutschen Zahlen in die-

ser Übersicht. Während Schweden und Frankreich weit über dem OECD Durchschnitt liegen, ist Großbritannien eher im Mittelfeld angesiedelt. Auffällig ist der dortige hohe Anteil an Geldleistungen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Einführung eines Elterngeldes in Deutschland, soll im Folgenden ein Blick auf die finanzielle Familienförderung geworfen werden.

► Kindergeld – fest verankerte Grundsäule in nahezu allen Ländern

Das Kindergeld wird als pauschale Geldleistung pro Kind gewährt und mit dem Einkommen steuerfrei ausgezahlt. Die landesspezifischen Beträge sind in Abbildung 1 dargestellt. Einzige Ausnahme ist Frankreich. Dort wird die Leistung erst ab dem zweiten Kind gewährt. In allen Ländern gelten Alters- und Einkommensgrenzen des Kindes (meist bis zur Volljährigkeit und zuzüglich einer eventuellen Ausbildungszeit).

Der nebenstehenden Grafik kann man entnehmen, dass Deutschland beim absoluten Betrag des Kindergeldes gemeinsam mit Luxemburg und Liechtenstein die Spitzenposition in Europa einnimmt. Die zum Teil erheblichen Unterschiede sind größtenteils durch die unterschiedlichen Einkommensniveaus und Lebenshaltungskosten bedingt.

mensniveaus und Lebenshaltungskosten bedingt.

► Pauschale oder prozentuale Komponente? Das Eltern- und Erziehungsgeld

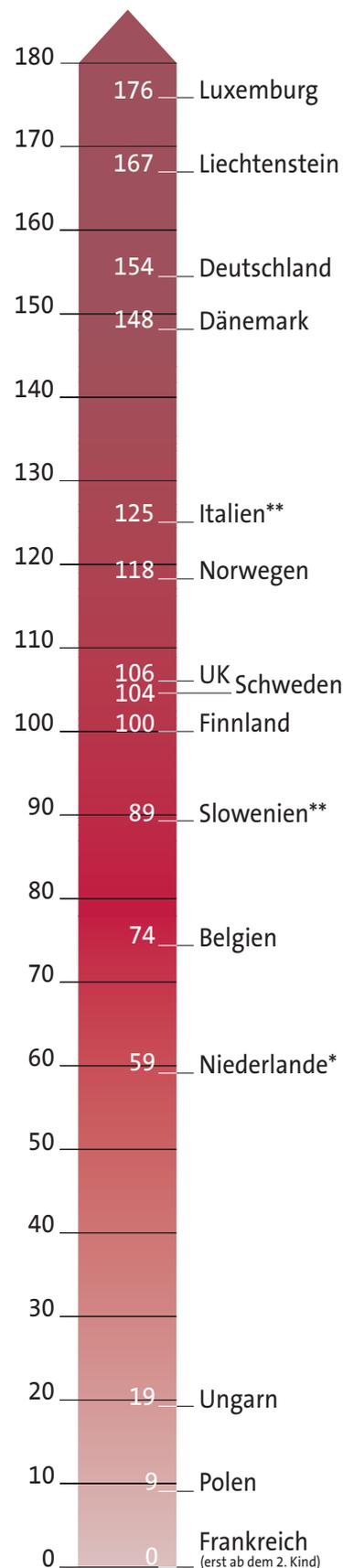
Bei diesen Leistungen handelt es sich um eine staatliche Unterstützung für Familien, die den Verdienstaufschlag kompensieren soll, der während der Elternzeit entsteht.

In einigen Ländern wird zusätzlich unterschieden, ob die temporäre Arbeitsaufgabe vollständig oder nur zum Teil erfolgt. Während das Erziehungsgeld als Pauschale gewährt wird, orientiert sich das Elterngeld prozentual am letzten Einkommen. Abgesehen von den skandinavischen Ländern wird in Europa größtenteils das Erziehungsgeld gezahlt. In Deutschland erhält die Familie zurzeit monatlich 300 Euro für 24 Monate oder wahlweise 450 Euro über einen Zeitraum von zwölf Monaten.

Ähnlich wie beim Kindergeld greift in Frankreich die Familienförderung besonders ab dem zweiten Kind (für das erste Kind erfolgt die Unterstützung für maximal sechs Monate, für jedes weitere Kind drei Jahre). Es werden 504 Euro bei vollständiger Arbeitsaufgabe beziehungsweise 290 bis 383 Euro bei Teilzeit gewährt.

Auch in Osteuropa ist das Erziehungsgeld fester Bestandteil der Familienförderung – allerdings auf weit niedrigerem Niveau als in Westeuropa. Dies liegt nicht an geringerer Familienfreundlichkeit sondern an einem allgemein niedrigeren Einkommensniveau und geringeren Lebenshaltungskosten.

In Ungarn erhält die Familie pro Kind drei Jahre lang monatlich 93 Euro. Der polnische Staat unterstützt seinen Nachwuchs 24 Monate mit 83 Euro (Alleinerziehende 36 Monate). Allerdings gelten hier Einkommens-



► **Abbildung 1:** Abgetragen sind die absoluten Euro-Beträge, die eine Familie im jeweiligen Land monatlich für das erste Kind erhält.* Höhe abhängig vom Alter des Kindes, ** Höhe abhängig vom Familieneinkommen.

mensgrenzen. In der Slowakei wird Familien 36 Monate mit 94 Euro (bei Teilzeit mit 30 Euro) unter die Arme gegriffen.

Regierungsplänen zufolge soll ab 2007 das Erziehungsgeld durch ein einkommensabhängiges Elterngeld nach skandinavischem Vorbild ersetzt werden.

In den nordischen Ländern werden keine Pauschalbeträge gezahlt, sondern ein bestimmter Prozentsatz vom letzten Bruttoeinkommen.

In Norwegen erhalten Familien zwölf Monate lang 80 Prozent oder wahlweise 10,5 Monate 100 Prozent. In Schweden wird das Erziehungsgeld für maximal 16 Monate gewährt. Die ersten 13 Monate erhält der Beurlaubte 80 Prozent seines letzten Bruttos, für die restliche Zeit einen festen Tagessatz.

Dänemark unterstützt seine Familien zwölf Monate lang mit 1 788 Euro. Abhängig vom jeweiligen Tarifvertrag können auch bis zu 100 Prozent des letzten Gehaltes gezahlt werden (als Arbeitgeberleistung).

> Steuerliche Behandlung

Wie in Deutschland werden in den meisten europäischen Ländern finanzielle Leistungen wie Eltern- oder Kindergeld steuerfrei ausbezahlt und auch nicht mit Sozialabgaben belastet.

Ausnahmen bilden Frankreich, Ungarn und Finnland: dort werden auf einige Leistungen (Finnland: Kinderbetreuungsbeihilfe) Sozialversicherungsbeiträge erhoben.

Aktuell plant die Bundesregierung Regelungen bezüglich der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Somit bietet sich ein Blick auf die Kosten an – beispielsweise für die Unterbringung in einer Krippe. Diese können der Abbildung 3 entnommen werden. Die Gebühren für die folgenden Jahre im

Kindergarten sind durchgehend in allen Ländern geringer.

Deutschland liegt im oberen Drittel. Umso sinnvoller erscheint hier eine steuerliche Subventionierung.

> Konkret sind in Deutschland folgende Regelungen geplant

Zwei Drittel der Aufwendungen für die Betreuung von Kindern bis 14 Jahre können von erwerbstätigen Eltern und Alleinerziehenden künftig vom ersten Euro als Werbungskosten bis zu maximal 4 000 Euro steuerlich abgesetzt werden (bisher: nur Aufwendungen über 1 548 Euro und maximal 1 500 Euro pro Kind als außergewöhnliche Belastungen absetzbar).

Für Alleinverdienerfamilien sollen die selben Regelungen gelten, allerdings nur für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. In der restlichen Erziehungszeit kann jedoch eine Steuerermäßigung für Aufwendungen für haushaltsnahe Kinderbetreuung gewährt werden.

Die spezielle Unterstützung von Alleinerziehenden fußt in Deutschland hauptsächlich im System der Steuerklassen, während bei der geplanten Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten keine Besserstellung gegenüber Doppelverdienern erkennbar ist.

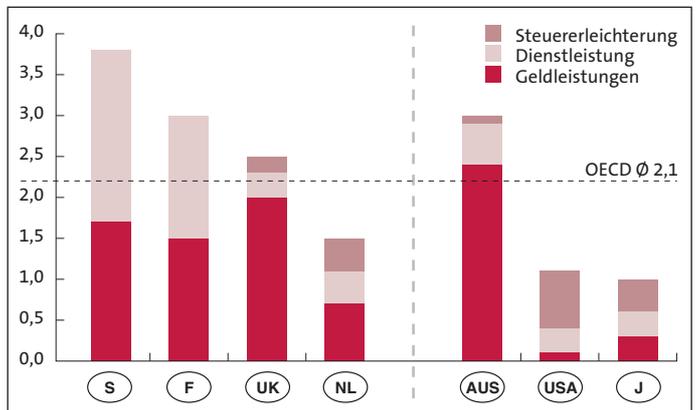
In vielen europäischen Ländern gibt es besondere finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende sowie für die Betreuung behinderter Kinder.

In den meisten Fällen erhöhen sich die Regelsätze (zum Beispiel für Kinder- oder Elterngeld) um einen bestimmten Betrag.

> Kurzum

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland mit durchschnittlich 1,3 Geburten pro Frau in

Staatliche Unterstützung für Familien



> **Abbildung 2:** Angegeben sind die staatlichen Unterstützungen für Familien, geordnet nach Art der Leistung und ausgedrückt in Prozent des BIP. Die Werte sind zum Teil nur eingeschränkt vergleichbar, da es landesspezifische Abgrenzungsunterschiede gibt.

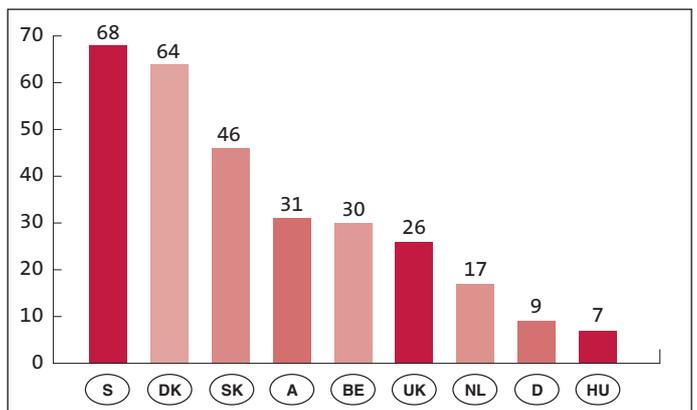
Kinderbetreuungskosten

Land	Alter	Ø Kosten in % d. Einkommens	Gebühren abh. von*	staatliche Unterstützung
B	bis 3 Jahre	16%	A, B, C, D	subventioniert
DK	bis 2 Jahre	8%	A, C, D	stark subventioniert
D*	bis 3 Jahre	12%	A, C, D, E	Ausweitung geplant
FIN	bis 6 Jahre	8%	A, B, C	teilweise subventioniert
N	bis 6 Jahre	12%	A, C, D	subventioniert
A	bis 3 Jahre	13%	A, C	subventioniert
CZ	bis 2 Jahre	10%	A, B	keine Subventionierung
H	bis 3 Jahre	6%	C	keine Subventionierung

* **Gebührenabhängig von:** A: Einkommen, B: Familienstand, C: Kinderzahl, D: Alter des Kindes, E: Wohnort.

> **Abbildung 3:** Angegeben sind die durchschnittlichen Kosten der Kleinkinderbetreuung, ausgedrückt in Prozent des landesspezifischen Durchschnittseinkommens. Weiterhin kann abgelesen werden, von welchen Faktoren die Höhe der Gebühren abhängig ist. Da sich in Deutschland die Kosten je nach Bundesland unterscheiden, wurde exemplarisch NRW herausgegriffen.

Inanspruchnahme von Kleinkinderbetreuung



> **Abbildung 4:** Prozentualer Anteil der bis 2-jährigen Kinder, die eine Krippe besuchen.

Europa das Schlusslicht bildet, ist der angedachte Ausbau der Familienförderung der erste Schritt in die richtige Richtung. Die skandinavischen Länder weisen uns mit einer Geburtenrate von 1,8 den Weg.

Oliver Krzywanek

Quellen:

OECD social, employment and migration working papers, No. 27 und No. 31, 2005
 OECD, reconciliation of work and family life in OECD countries, 2005
 Europäische Kommission: soziale Sicherheit in den Mitgliedstaaten der EU, 2004 und 2005
 Eurostat population and social conditions, series III, 2004
 BMFSFJ

Zwei Fragen an Helene Wildfeuer,
die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung

Familienförderung – aber wie?

Wie beurteilen Sie das bisherige Erziehungsgeld?

Die derzeitige staatliche Honorierung der Erziehungsleistung steht in keinem Verhältnis zum entsprechenden Lohnausfall, der während der Erziehungszeit entsteht. Außerdem ist auch bisher das Erziehungsgeld schon einkommensabhängig. Beispielsweise in Bayern wird ab dem 25. Lebensmonat eines Kindes ein einkommensabhängiges Landeserziehungsgeld gewährt, das je nach Kinderzahl gestaffelt ist und längstens bis zum 36. Lebensmonat gezahlt werden kann. Mit der letzten Novelle des Bundeserziehungsgeldgesetzes Anfang 2004 sind die Einkommensgrenzwerte so stark herabgesetzt worden, dass nach den ersten sechs Lebensmonaten nur noch wenige Familien überhaupt in den Genuss dieser staatlichen Leistung kommen.

Was halten Sie von den neuen Planungen zum Elterngeld – noch (bis zum Redaktionsschluss) gibt es ja keinen Referentenentwurf, aber die Rede ist von einem Elterngeld mit Lohnersatzfunktion?

Die bisher bekannten Pläne zu einem neuen Elterngeld, das ab 2007 an die Stelle des Erziehungsgeldes treten soll, gehen dahin, den in der Elternzeit entfallenden Lohn wenigstens zum Teil staatlich auszugleichen. Neiddebatten, weil damit gut Verdienende eine höhere staatliche Förderung erhalten, führen nicht weiter. Die Hemmschwelle, sich wegen der erwarteten Einkommenseinbuße gegen ein Kind zu entscheiden, kann zumindest herabgesetzt werden, wenn das Elterngeld Lohn ersetzend ausgestaltet wird. Die neuen Regelungen dürfen aber niemanden, insbesondere allein Erziehende und vor der Elternzeit Erwerbslose, schlechter stellen als bisher. Außerdem ist noch in keiner Weise klar, welche Stellen das neue Elterngeld auszahlen sollen. Hier wird sich auch die Föderalismusreform auswirken. Die beabsichtigten Familienkassen als Behörden mit Bündelungsfunktion und umfassender Ansprechpartner für die Familien bestehen bisher noch nicht.

Ein Lohn ersetzendes Elterngeld zu kreieren und die Eltern nach einem Jahr mit der weiteren Planung ohne vernünftige staatliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten allein zu lassen, kann natürlich nicht funktionieren. Deswegen habe ich mich in der Vergangenheit für den Erhalt der dreijährigen Jobgarantie ausgesprochen, denn ab dem dritten Lebensjahr besteht ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Derzeit gibt es aber noch deutliche Defizite in der Kleinstkindbetreuung, die innerhalb eines Jahres nicht abzubauen sein werden. Und das ist meine große Sorge bei der ganzen Sache. Beide Elemente – Elterngeld und verbesserte Betreuung – müssen miteinander verzahnt werden.

Betriebsratswahlen 2006:

Kompetenz wählen!

Der Globalisierung standhalten, die Wettbewerbsfähigkeit sichern, beim technologischen Fortschritt mithalten – das sind die Herausforderungen für Arbeitgeber und Belegschaften. Jedem Einzelnen wird in jeder Hinsicht viel abverlangt: Flexibilität bei Umstrukturierungen, Anstieg des Leistungs- und Qualifizierungsdrucks, Arbeitsverdichtung, Erhöhung der Arbeitszeit und immer die Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Das braucht ein Gegengewicht: Betriebsräte setzen sich für Ihre Interessen ein.

Manch schmerzhaftes Veränderung mag unumgänglich sein, aber in vielen Fällen bestehen Gestaltungsspielräume. Der Betriebsrat kann Ideen und Alternativkonzepte zu Gunsten der Belegschaft und des Betriebs entwickeln, um belastende Maßnahmen zu verhindern oder auf das unbedingt Notwendige zu reduzieren. Und er kann dort, wo Einschnitte tatsächlich unvermeidbar sind, dafür sorgen, dass sie gerecht geschultert und soziale Aspekte berücksichtigt werden. Kurz: Was der Einzelne nicht vermag, kann ein starker Betriebsrat schaffen.

➤ Betriebsräte stärken – Wählen gehen!

Nur ein starker Betriebsrat hat die notwendige Durchsetzungskraft. Darum ist es wichtig, an der Wahl teilzunehmen und dem Arbeitgeber durch eine hohe Wahlbeteiligung zu signalisieren: Dieser Betriebsrat spricht für alle Arbeitnehmer! Es liegt an Ihnen, welche Personen in den folgenden vier Jahren Ihre Interessen gegen-

über dem Arbeitgeber vertreten werden und Ihre Zukunft im Betrieb mitgestalten. Entscheiden Sie sich für Kolleginnen und Kollegen, denen Sie gerade auch in schwierigen Zeiten vertrauen können.

Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften der dbb tarifunion: Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM, Verkehrsgewerkschaft GDBA, GDL, GdS, KOMBA-Gewerkschaft, VAB, VBB, VBOB, VLW, VRFF.

Sie sind kompetent, weil sie fachkundig und sachbezogen geschult werden. Sie sind erfahren in der Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber: So kooperativ wie möglich – so hart wie nötig. Sie sind engagiert, weil ihnen die Vertretung Ihrer Interessen am Herzen liegt. Sie sind objektiv, weil für sie nicht die Nase, sondern die Sache ausschlaggebend ist. Sie sind parteipolitisch unabhängig, weil Parteipolitik im Betriebsrat nichts zu suchen hat.

Föderalismus bedenklich...

dbb jugend-Chef Dietmar Knecht hat sich am 9. Februar 2006 in Berlin zum Informationsaustausch mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Björn Böhning und Malte Spitz, politischer Geschäftsführer der Grünen Jugend, getroffen.

Top-Thema war die Föderalismusreform: Der Kritik Dietmar Knechts, dass mit der Übertragung der Beamtenrechtskompetenzen vom Bund auf die Länder eine Kleinstaaterei sondergleichen drohe, stimmte Juso-Chef Böhning zu: Die jungen Menschen sollten flexibel und mobil sein – aber der Staat gebe kleinlichste Regeln vor, die dies verhindern. Auf der Juso-Bundeskongress im Mai 2006 in Saarbrücken will der SPD-Nachwuchs eine Föderalismus-Gegenkampagne starten, zu der Böhning auch die dbb jugend einlud. Böhning lobte das Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ und unterstützte auch die derzeitigen Streiks

im öffentlichen Dienst für eine flächendeckende Anwendung des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Auch die Grüne Jugend hat so ihre Bauchschmerzen mit der Föderalismusreform und will mit geeigneten Aktionen dagegen halten – gerne auch gemeinsam mit der dbb jugend, sicherte Malte Spitz zu. Insbesondere in puncto Bildung fürchten die Nachwuchsspitzen ein Länderchaos – „das wäre katastrophal für die einheitliche Entwicklung in der Bildung, die dieses Land so dringend nötig hat“, sagte Dietmar Knecht, zu befürchten sei ein weiteres Auseinanderdriften der Qualität an Schulen und Universitäten.



Junge ukrainische Beamte besuchten Berlin

Eine Delegation der jungen Staatsbediensteten der Ukraine hat die dbb jugend in Berlin besucht. Auf dem Programm standen neben dem obligatorischen Fototermin am Brandenburger Tor unter anderem ein Besuch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Beim Deutschen Bundesjugendring sammelte die Delegation Informationen über die internationale Austauschmöglichkeit von Jugendorganisationen und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit.

33

jugend

„Risiko“ titelt die März-Ausgabe des dbb jugend magazin t@cker, „und die Zeiten sind in der Tat gefährlich für Deutschlands öffentlichen Dienst“, schreibt der Vorsitzende der dbb jugend Dietmar Knecht im Editorial: „Mit großen Schritten marschieren Bund und Länder auf eine Föderalismusreform zu, die unter anderem wider besseres Wissen sämtliche Beamtenrechtskompetenzen in die Hände der Länder spielen wird. Parallel dazu gibt es im Tarifbereich noch immer keine Einigung mit den Ländern, und der als Flächentarif gedachte, mit Bund und Kommunen abgeschlossene Tarifvertrag für den öf-



fentlichen Dienst (TVöD) droht zu erodieren.“ t@cker beschäftigt sich ausgiebig mit diesen und anderen Fakten. Risikobewertung und Risikokommunikation, in diesen Tagen auch für die Beschäftigten geläufige Praktiken, sind Hauptaufgaben des Bundesinstituts für Risikobewertung, dessen Arbeit sich die t@cker-story widmet. Sehr lesenswert – wie immer auch der übrige t@cker – selbstverständlich wieder mit tollen Gewinnspielen: www.tacker-online.de.

Werbeaktion 2005:

dbb weiter im Aufwärtstrend

Stolze 11,8 Millionen Mitglieder gehörten 1991 dem DGB an; 1994 waren es knapp 9,8 Millionen, 1999 noch acht Millionen, und im vergangenen Jahr lag die Mitgliederzahl nur noch knapp über der Sieben-Millionen-Grenze. Ganz anders beim dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften, der sich seit vielen Jahren kontinuierlich im Aufwärtstrend befindet: Ende letzten Jahres gehörten dem dbb 1 275 420 Mitglieder an. Dieser Erfolg ist zuletzt der rührigen Werbetätigkeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu danken, die sich an der dbb Mitgliederwerbeaktion 2005 beteiligt haben.

Mit seinen jährlich wechselnden Werbeaktionen unterstützt der dbb bereits seit 1991 die Mitgliederwerbung seiner Fachgewerkschaften. Für neu geworbene Mitglieder erhält der Werber Bonuspunkte vom dbb, die er für seine Wunschprämie sammeln kann, und am Ende der Aktion erfolgt unter allen Werbern die Verlosung von Superpreisen. Für die Aktion 2005 handelte es sich um fünf hochwertige Kaffeeautomaten von Saeco, die Ende Februar ausgelost worden sind. Die Gewinner sind Kolleginnen und Kollegen der DPVKom, des BDZ,

der komba gewerkschaft, der DPoIG und des BLBS. Am Ende der bereits angelaufenen Werbeaktion 2006 warten auf die Gewinner der Superpreise übrigens zwei hochwertige Chronographen von Dugena sowie ein Wochenende für zwei Personen am Hockenheimring im April 2007 zu den Deutschen Tourenwagenmeisterschaften. Mitmachen lohnt sich also auch in diesem Jahr. Über die Mitgliederwerbeaktion 2005 sind insgesamt 16 750 Neumitglieder in die für sie zuständigen Fachgewerkschaften des dbb eingetreten.

Das waren erneut so viele, dass die Mitgliederverluste (bedingt durch Austritte oder Todesfälle) mehr als ausgeglichen werden konnten: Die aktuelle Mitgliederstatistik weist ein Plus von 5 604 Mitgliedern aus. Mittelfristig konnte der dbb seinen Mitgliederbestand von 1998 bis 2005 um 91 271 Mitglieder steigern; das ist ein bemerkenswertes Ergebnis, weil im selben Zeitraum sämtliche vergleichbaren Zusammenschlüsse und Organisationen zum Teil mit dramatischen Mitgliederverlusten zu kämpfen hatten – und noch haben.

Die meisten Mitgliederzuwächse verzeichnen konnten 2005 die komba gewerkschaft, die GdS, der VBE, die DSTG, die GDL und die DPoIG. Aber auch kleinere Gewerkschaften konnten zum Teil – in Relation zur Zahl der Beschäftigten – ein kräftiges Plus verbuchen. Zu ihnen gehören unter anderem der VdB und der VBGR. Der dbb bedankt sich bei allen Werbern für ihr Engagement und wünscht für die Aktion 2006, die unter dem Motto steht „Durchstarten mit dem dbb“, erneut viel Erfolg. *sm*

Durchstarten mit dem dbb

Mitgliederwerbung 2006

Ein neues Mitglied für den dbb ...
Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit lebt von dem Engagement und den Stimmen möglichst vieler Mitglieder. Mit jedem neuen Mitglied kommen wir darum unseren Zielen näher. Überzeugen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen von unseren gemeinsamen Aufgaben, Aktivitäten und der Mitgliedschaft in Ihrer Fachgewerkschaft des dbb.

... ein Gewinn für Sie!
Sammeln Sie Punkte: Im Rahmen unserer Mitgliederwerbung 2005 erhalten Sie für jedes neu gewonnene Mitglied einen Bonuspunkt für eine Wunschprämie. 22 hochwertige Produkte stehen zur Auswahl: von der Auto-Warnweste über den Minikühlschrank bis hin zur Digitalkamera.

Viel Erfolg und viel Glück!
Schriftliche Informationen und alles Wichtige über die Aktionen von der Teilnahme bis zum Antrag erfahren Sie bei Ihrer Fachgewerkschaft oder bei der dbb Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin, Tel. (0 30) 40 81-40, Fax (0 30) 40 81-55 98 www.dbb.de • E-Mail post@dbb.de

Super Chance für Sie!
Am Ende der Aktion verlosen wir unter allen Werbern ein DTM-Wochenende für 2 Personen am Hockenheimring mit Zugang Fahrerlager, Boxengasse, Besichtigung einer Box usw. inkl. 2 Übernachtungen mit Frühstück im 4-Sterne-Hotel

Sowie 2 hochwertige Chronographen von DUGENA

Machen Sie mit!

dbb beamtenbund und tarifunion

34
mitgliederwerbung

Werbeprämien 2006

1 Punkte: Stab-Feuerzeug „Extend“ mit Piezozündung, silberfarbig	9 Punkte: MagLite Stabtaschenlampe S4D015, ohne Batterien	30 Punkte: Flexi-Pavillon, 3 x 3m, weiße Polyesterbespannung, leichtes Alugestell, höhenverstellbar, Tragetasche
2 Punkte: Wetterstation mit Thermo- und Hygrometer, Hochformat in Silber/Schwarz	11 Punkte: Bomann Metall-Allesschneider mit Edelstahlmesser	34 Punkte: Flexi-Pavillon – wie vor beschrieben – zusätzlich mit faltstuhl in Tragebeutel
3 Punkte: Duftkerzen-Set, Duftlampe aus lackiertem Steingut, drei Teelichter und Parfümö, in schwarzem Geschenkkarton	14 Punkte: Kärcher Allessauger, 1,9 m Saugschlauch, max. 1200 Watt	40 Punkte: Funk-Wetterstation mit Funkuhr und Kalender, Wettervorhersage, Tendenzanzeige, bis zu 3 externe Sensoren anschließbar
4 Punkte: Original Zippo Benzinfeuerzeug, made in USA, Kultobjekt	16 Punkte: Bomann Grill/Mikrowelle, 17 Liter Garraum, 700/1000 Watt	45 Punkte: BSF Besteck „Public“ für 6 Personen, 30-tlg., Edelstahl, ganzflächig mattiert, klare zeitlose Form
5 Punkte: Walking-/Trekking-/Freizeitstöcke, dreistufig ausziehbar, Alu-Schaft, Nylontasche	17 Punkte: Carrera Go!!!-Rennbahn „Grand Circuit“, Länge circa 6,40 m, 2 Fahrzeuge	50 Punkte: Marken-Digitalkamera, 5 Millionen Pixel, Zoom
6 Punkte: Samsonite-Holzbox mit Börse und Schlüsseletui	20 Punkte: Le Creuset Wok-Set, 5-tlg., schwarz, 30 Jahre Garantie, mit Rezeptbuch	
8 Punkte: Weinset „Dionysos“, Kellnermesser, Thermometer, Flaschenverschluss, Ausgießer, in edler Rosenholzschatulle	22 Punkte: Berndes Alu-Topfset „Pop Work Orange“	
	23 Punkte: Samsonite-Hartschalenkoffer, dunkelgrün, 70 x 55 x 26 cm	
	28 Punkte: cilio Salz- und Pfeffermühle „Lille“ mit Peugeot-Mahlwerk, Edelstahl matt, je 16 cm hoch	

Änderungen vorbehalten. Auslieferung solange der Vorrat reicht.



Habichtswald Klinik

-Klinik für Ganzheitsmedizin-

Im Herzen Deutschlands, am größten Bergpark Europas und doch stadtnah, liegt die Habichtswald-Klinik Kassel, direkt verbunden mit einer der schönsten Badelandschaften Europas, der Kurhessen-Thema.

Die Habichtswald-Klinik versteht sich als ganzheitlich-naturheilkundliche Klinik. Die Klinik hat 4 hat Abteilungen

- ◆ Onkologie ◆ Psychosomatik
- ◆ Innere Medizin ◆ AYURVEDA-Medizin

Wir führen Schulmedizin, Naturheilkunde und psychologische Betreuung zu einem ganzheitlichen Ansatz zusammen, um für jeden Patientin/Patienten einen eigenen, ganz individuellen Behandlungsplan zu erstellen. Wir setzen konsequent Maßstäbe, indem wir nicht Krankheiten, sondern kranke Menschen behandeln. Bei uns finden sie Medizin auf erstklassigem wissenschaftlichen Niveau, persönliche Betreuung, aber auch Räume der Stille und des Rückzuges. Gesundheits – Salutogenese – ist mehr als passives Erleben und Erleiden der Medizin. Es bedeutet verantwortliches Mitgestalten und persönliche Entwicklung, bei der wir unsere Patientinnen und Gäste unterstützen.

Die Aufnahme kann kurzfristig erfolgen.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111, ist nach § 30 BVO als beihilfefähig anerkannt. Bei den privaten Krankenversicherungen wird die Habichtswald-Klinik als „Gemischte Einrichtung“ geführt. Wir berechnen nur den mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten allgemeinen niedrigsten Pflegesatz ab.

Besuchen sie uns auf unserer Internetseite: www.habichtswaldklinik.de
oder rufen Sie uns an: Kostenfreies Telefon: (08 00) 8 90 11 00
E-Mail: info@habichtswaldklinik.de
Kostenfreies Fax: (08 00) 7 32 73 80

Habichtswald-Klinik • Wipandstraße 1 • 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

Kuren in Bad Tölz

Sanatoriumskuren beihilfefähig, alle Kurwendungen im Haus, Thermalhallenbad, Sauna, Dampfbad, Moorschlammwendungen, Fitnessraum mit modernsten Reha-, Kraft- und Ausdauergeräten. Modernes 4-Sterne-Haus, gehobenes Ambiente im Landhausstil, ruhige Lage. Parkmöglichkeit direkt am Haus, Lift vorhanden.

Kursanatorium Eberl GmbH • Buchener Str. 17 • 83646 Bad Tölz
Telefon (0 80 41) 78 72-0 www.kurhotel-eberl.de
Telefax (0 80 41) 78 72-78 info@kurhotel-eberl.de

Zu Gast in Sachen Gesundheit

Zu Gast in der Sächsischen Schweiz

Diabetes – Herz-Kreislauf – Magen-Darm – Orthopädie

www.falkenstein-klinik.de oder www.kirnitzschatl-klinik.de

www.naturamed.de



Erschöpft? Migräne? Tinnitus? Krankheit "unbekannt"?

Wir suchen nach versteckten Krankheitsursachen und zeigen naturmedizinische Wege zu neuer Kraft. Buchen Sie jetzt einen Ursachendiagnose-Tag, eine Schnupperwoche, eine Kur oder einen Krankenhausaufenthalt:

0 75 24 / 990-222

NaturaMed

auch für
Selbstzahler

Privatkrankenhaus, beihilfefähig

88339 Bad Waldsee, Badstr. 31f

Innehalten - Durchatmen - Neuanfang Klinik Hohenfreudenstadt Zentrum für Prävention und Rehabilitation

Tripsenweg 17 • 72250 Freudenstadt • Tel. 07441/53 4-0 • Fax 5 34-6 86
www.Klinik-Hohenfreudenstadt.de • info@Klinik-Hohenfreudenstadt.de

- Fachbereiche: Innere Medizin, Orthopädie und Psychosomatik
- Lehrklinik für Ernährungsmedizin
Diabeteszentrum Nordschwarzwald
- Versorgungvertrag mit allen gesetzl. Krankenkassen
- Beihilfefähig / Private Krankenversicherungen
- Anschluss-Heilbehandlung (AHB) bei internistischen, kardiologischen und orthopädischen Operationen

Wir sind spezialisiert auf:

- Internistische Erkrankungen
z.B. Stoffwechselerkrankungen,
Nierenerkrankungen
- Orthopädische Erkrankungen
- Psychosomatische Erkrankungen
z.B. Erschöpfungszustände,
burn-out-Syndrom

Gesundheitswochen:

- Rücken- und Gelenkwoche
- Kneipp-Mittel-woche
- Relaxing-Woche
- Anti-Stress-Woche
- Spezialprogramm:
Herz- und Kreislauf-Aktiv
Ernährungsumstellung
Diabetes-Einstellung



Rufen Sie uns kostenfrei an unter Telefon: 0800-534-8190
unsere Mitarbeiterinnen beraten Sie gerne!

Zentrum für Ökologische Medizin AM TEGERNSEE



Internistisch geleitetes Haus unmittelbar am Westufer des Sees in absolut ruhiger Lage. Ziel: ein umfassendes Behandlungskonzept bei Erschöpfungszuständen (Burn-Out-Syndrom, psychovegetative Syndrome, Schlafstörungen, Schmerzsyndrome), Krankheiten des Bewegungsapparates (Spezialbehandlungen bei Bandscheibenschäden und Gelenkverschleiß), Stoffwechselerkrankungen, Übergewicht, Herz-Kreislauferkrankungen und Behandlungen nach operativen Eingriffen. Anwendung sämtlicher Methoden der wissenschaftlichen Medizin sowie unverzichtbarer Behandlungsmethoden. Modernster Komfort in stilvoller Landhausatmosphäre – Hallenbad – Kosmetikabteilung – ganzjährig geöffnet – Beihilfefähig.

Regenerationskur nach Dr. F. X. Meyer

Mit dem Sanatorium verbunden: die Privatklinik „Am Tegernsee“ - Klinik für Rehabilitation
Landhaussanatorien „Am Tegernsee“ - Zentrum für Ökologische Medizin

Seewaldweg 20 • 82507 Bad Wiessee • Telefon (0 89 22) 8 44-01 • Telefax (0 89 22) 8 44-11 • www.amtegernsee.de

KUREN UND ERHOLUNG AN DER NORDSEE

In hotelähnlicher Atmosphäre behandelt unser Kompetenzteam:

- | | | |
|---------------|----------------|-------------------|
| Atmewege, HNO | Herz-Kreislauf | Spezialprogramme: |
| Psychosomatik | Orthopädie | - Tinnitus |
| Stoffwechsel | Haut | - Gewichtsabnahme |

GesundheitsKlinik
„Stadt Harburg“
Fachklinik für Rehabilitation und Prävention
25826 St. Peter-Ording • im Bad 35
Tel.: 048 63 / 8 67 30
www.Gesundheitsklinik.com

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

im westlichen
Münsterland



Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassiger Ambiente einen erfolgreichen und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur klinischen Behandlung psychischer Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie.

Indikationen: Depression, Essstörungen, Schlafstörungen, Angst und Panik, Belastungsreaktionen („Burn-Out“), Zwänge, Schmerzsyndrome.



Info-Telefon
0 28 61/80 00-0

Pröbstinger Allee 14
46325 Borken
Fax 0 28 61/80 00-89
www.betak.de • E-Mail: info@betak.de

Kliniken und Sanatorien

 **Klinik am Leisberg**

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Baden-Baden

Von hier an geht es aufwärts!

Aufnahme im Notfall sofort möglich!
Mit interneristischer Fachabteilung

Die überschaubare Größe der Klinik und unsere freundlichen Mitarbeiter ermöglichen den persönlichen Umgangsstil, in dem Sie sich wohlfühlen werden!

Sicheres Auffangen von Krisen, intensive Förderung Ihres Persönlichkeits, Ruhe und Entspannung

Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen, Ängste, Belastungsreaktionen, Essstörungen, KJ: Privatversicherungen, Beihilfe, PostleBaKK

Hotline: 0 72 21/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
Internet: www.leisberg-klinik.de

SANATORIUM  **LENTRODT**

Arzt für innere Krankheiten, Herz u. Kreislauf, Leber, Rheuma, Osteoporose, Chirotherapie, Ermittlung von Risikofaktoren, Checkup, Diabetes, Diäten, Reduktionsdiät, Beihilfefähig, Ambulante Reha-Kur (offene Badekur) im Hause möglich.

TOP-ANGEBOTE
in der Vor- und Nachsaison und die „Kur zwischenbuch“

Wellnessangebote
Ruhige Lage dir. am Kurpark.

31812 Bad Pyrmont - Schloßstr. 9
☎ 05281/617-0 - Fax 61766
www.sanatorium-lentrodt.de

lentrodt.sanatorium@t-online.de

www.NORDSEE-SANATORIUM.DE

Private Krankenanstalt

Delchstraße 13a • 26434 Wangerland-Horumerleek
Tel. (0 44 26) 9 48 80 • Fax (0 44 26) 94 88 99

Gehobenes Ambiente in einem klassischen Sanatorium

Badeabteilung mit allen Anwendungen im Haus
Sole-Thermalschwimmbad mit 32°C
Dampfbad, Sauna, Fitness

Hervorragende Küche mit allen Kostformen

Sanatorium Holler

Synthese aus schulmedizinisch-naturheilkundlicher Behandlung.

Indikationen: Erkrankungen der inneren Organe, des Herzens und des Kreislaufs, Diabeseinstellung, orthopädische Erkrankungen, Anschluss-Heilverfahren, Reha-Maßnahmen

Edelfinger Strasse 26 - 28 - 97980 Bad Mergentheim
Telefon: 07931/54 60 - Fax: 07931/54 61 22
Internet: <http://www.sanatorium-holler.de>
E-mail: sanatorium.holler@t-online.de

Kuren am schönen Hopfensee – der „Allgäuer Riviera“!

 **MÖST**

Innere Medizin, Orthopädie, phys. und Rehab.-Medizin, Naturheilverfahren, trad. chin. Medizin, Akupunktur, Erkrankungen der Haltungs- und Bewegungsorgane, Herz-Kreislauferkrankungen, Stoffwechselstörungen, Biologische Krebsnachsorge, Migräne, Erschöpfungszustände, chron. Schmerzzustände, Stressfolgen.

Hotelatmosphäre – Wellnessbereich – volle Beihilfe!

KNEIPP-SANATORIUM MÖST, Uferstraße 1, 87629 Füssen-Hopfen am See
Tel. (0 83 62) 5 04-0, Fax (0 83 62) 5 04-1 84
www.moest.com, E-Mail: info@moest.com

Herz-, Kreislauf-, Stoffwechsel- und orthopädische Erkrankungen:
Bewegungstherapie nach neuesten Erkenntnissen!

BEWEGUNG IST LEBEN

- ist das Motto unseres exklusiven Hauses. Herz-Kreislauf-, Stoffwechsel-, Magen-Darm-, Innere- und orthopädische Erkrankungen werden von **Fachärzten** behandelt. Fachabteilung für **Kardiologie**.

BESONDERES: komplexe Therapieverfahren: **Biomechanische Muskelstimulation** (z.B. nach Schlaganfall), Schmerzlaserverfahren, Bewegungstherapie, **Kältekammer bis -110°C**, zwei Schwimmbäder (30°C), **Wirbelsäulen-Schwimmbad bei Rückenbeschwerden, Osteoporose?** Auch hier haben wir ein vielfältiges **Therapieprogramm**. Biologische Entgiftungskur, Aufbau-Kuren nach verschiedenen Verfahren, **Kolan-Hydrotherapie** bei chronischen **Darmerkrankungen** und zur **Entgiftung**.

Bei **NUR** Abrechnung über **KRANKENKASSEN** und **BEIHLFESTELLEN** möglich!

- **Vollpension** im Einzel- oder Doppelzimmer **NUR 59,- € p.P./Tag**
- **Pauschalcur** einschl. aller ärztlich verordneten Therapieanwendungen, Anfangs-, Zwischen- und Schlußuntersuchungen **NUR 98,- € p.P./Tag**
- **Immer enthalten:** alle Mahlzeiten mit Getränken, Nachmittagskaffee, Mineralwasser und Obst fürs Zimmer.
- **Günstiger Fahrdienst:** Hin- und Rückfahrt zum Preis von 80,- € bis 180,- € p.Pers.

Fordern Sie **unverbindlich und kostenlos** unseren ausführlichen **Hausprospekt an**.

Sanatorium Ubeleisen
Prinzregentenstraße 15 • 97688 Bad Kissingen
Tel.: (09 71) 91 80 • www.ubeleisen.com

www.dbbverlag.de
Informationen für Beamte, Angestellte und Arbeiter

Krampfadern
Behandlung ohne Operation

- Diese Behandlung erfolgt in **nur 4 Tagen** von einem erfahrenen Facharzt (Phlebologe) - **ohne Operation!**
- Bei dieser Behandlung ist **keine Narkose** und auch **keine örtliche Betäubung** notwendig.

Wir behandeln **alle Formen und Größen** von Krampfadern.

Fordern Sie gleich unser **kostenloses Info-Material** an!

Sanatorium Ubeleisen
Prinzregentenstr. 15 • 97688 Bad Kissingen
Tel.: (09 71) 91 80 • www.ubeleisen.com

Kuren Sie auf Ihrem Niveau!

Niedrigster Tagessatz mit VP **90,- € p.P./Tag**

- und das ist schon drin:

Freie Getränke zu allen Mahlzeiten
Nachmittagskaffee
Mineralwasser nach Bedarf - auch für 's Zimmer!

Fordern Sie unseren neuen **Hausprospekt an - gebührenfrei** unter **0800 - 8 10 11 12**.

Klinisches Sanatorium FRONIUS
Bismarckstraße 52-62
97688 Bad Kissingen
www.sanatorium-fronius.de

SANIMA KLINIK

Ihre private Fachklinik bei

- Depressionen
- Angst- und Zwangserkrankungen
- Konflikt- und Trauerreaktionen
- Burn-out

SANIMA Klinik
am Mayenberg GmbH
Alte Dobler Str. 8
76332 Bad Herrenalb
Freecall 0800 748 4444
FAX 07083748-0
E-Mail info@sanima-klinik.de
www.sanima-klinik.de

SANATORIUM SALLER
Klinik für innere Medizin und Orthopädie



Oberer Kirchweg 3
79410 Badenweiler
Telefon (07632) 75 70
Fax (07632) 75761

E-Mail: saller@pro-badenweiler.de www.pro-badenweiler.de/Saller
Über 65 Jahre Erfahrung in ganzheitlicher Medizin

Lage: Im südlichen Schwarzwald (Dreiländereck) gelegen, bieten wir Ihnen individuelle Betreuung in familiärer Atmosphäre mit allem Komfort.

Zentrale, ruhige Lage; unmittelbare Nähe zum Kurpark; eigener herrlicher Park mit Liegewiesen.

Fachärztl. geleitet; moderne balneo-physikalische Abteilung; großzügiges Thermal-Hallenschwimmbad (32 °C) mit Wasser der Orig-Römerquelle im Hause; medizinische Trainingsgeräte; Lift.

Beihilfefähig; ambulante RehaMaßnahmen (offene Badekuren)
Gerne senden wir Ihnen unseren Hausprospekt.

**Kinder stärken
Pate werden**

Rufen Sie uns an!
0800 - 33 33 300 (9 Cent/Min)
Kinderorthilfe e.V.
Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg
www.kinderorthilfe.de



**Schlafapnoe?
Schnarchen?**

Hilfe ist möglich!

Tel. 0800 - 52 93 000 Kostenfrei!

MEDIAN Kliniken Bad Kreuznach
www.median-kliniken.de

*Haben Sie kein Mitleid.
Schenken Sie
Aufmerksamkeit.*

Lebenshilfe

für geistig Behinderte e. V.
Postfach 70 11 03, 35020 Marburg
Spandauerstraße 110, Marburger Volksbank

Die Wollmarshöhe

**Klinik
Wollmarshöhe**

Fachkrankenhaus
für psychosomatische
und Innere Medizin

Individuelle Hilfe bei
psychosomatischen,
internistischen und
depressiven Erkrankungen.

Klassische Medizin mit
Verfahren der
Naturheilkunde,
Homöopathie,
Psychotherapie

Akutaufnahme möglich.
EZ-Unterbringung
persönliche Atmosphäre
in Bodenseenähe.

Für Privatpatienten und
Beihilfeberechtigte.

Gerne senden wir Ihnen
unser Exposé!

Privatklinik Wollmarshöhe
Tel. 07 520/927-0 • Fax 2875
Wollmarshöhe 14 • 88285 Bodnegg
info@klinik-wollmarshoehe.de

www.klinik-wollmarshoehe.de

**EX. Mayr-Kur, Info kostenlos 0800-629 75 87
oder www.pankraz-mayr-kur.de ab 315,- € Wo. p. P/DZ**

Gesundheitswochen im Markgräflerland
Gesund & Vital - Für meinen Rücken - Hausbadener Wohlfühltag
Reha-Klinik Hausbaden • Tel. (07632) 7 59-150
www.reha-klinik-hausbaden.de

Bad Füssing Kurhotel San Andreas

Familiär geführtes Haus mit dem heilenden Wasser der legendären Ursprungsquelle, orthopädischer Arztpraxis mit ganzheitlichem Behandlungsansatz und allen Anwendungen im Haus. Sportbad, Sauna, Solarium, Fango auf Wasserbetten, Tiefgarage, Leihräder, großzügige Zimmer, Leichte Küche für Genießer. Beihilfefähig.

Tel. (085 31) 29 30 • Fax (085 31) 29 34 14
www.kurhotel-san-andreas.de • info@kurhotel-san-andreas.de

**Gemeinsam können wir dazu beitragen,
dass Ursachen von Krieg und Gewalt überwunden
werden.** www.brot-fuer-die-welt.de

Sucht, Depression, Angst, Burn-out

Zurück ins Leben

Beratung und Information 0,12 €/Min.)
0180/5 25 74 05

Sofortaufnahme - auch im akuten Krankheitsstadium.
Hochintensive und individuelle Therapien
für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte.
Wir helfen bei der Klärung der Kostenübernahme.

Unsere privaten Fachklinik-Kliniken:
Schwarzwald, Wasserbergland,
Berlin/Brandenburg
Büro Berlin Tel. 030 290972-74, Fax -84
www.oberbergkliniken.de

Oberberg
Psychotherapie - Psychiatrie - Psychosomatik

5 Sterne
für Ihre Gesundheit:
**Die Inselklinik
auf Usedom!**

Rehabilitation - Sanatoriumsbehandlung -
Krankenhausbehandlung
(anstelle einer Behandlung im Wohnort)



- ★ Usedom - die Sonneninsel
- ★ Zahlreiche Heilfaktoren
- ★ Ganzheitlich-integrative Medizin
- ★ Interdisziplinäres Team
- ★ Einzigartiges Equipment

Die Inselklinik Heringsdorf »Haus Kulm«
ist spezialisiert auf die Behandlung von
Tinnitus, Chronischen Schmerzen wie
Kopfschmerz, Migräne, Rheuma und
Fibromyalgie, Erschöpfungszustände,
Burn out und Depressiven Störungen,
Angststörungen, Zwangsstörungen und
Schlafstörungen.

Gesundheits-Tipps:

- Burn out?**
Wirkungsvolle Hilfe durch multimodale
Komplexbehandlung.
- Chronische Schmerzen?**
Hilfe durch multimodale Schmerztherapie
mit integrierter Ganzkörperkältetherapie.

Neu:
Unser Komfortpaket bei Krankenhaus-
behandlung.

Individuelle Informationen für Beihilfe-
berechtigte und Privatversicherte
erhalten Sie unter unserer kostenfreien
Service-Hotline: 0800-33 33 456



Inselklinik Heringsdorf
Haus Kulm
Klinik für ganzheitlich-integrative Medizin
Fachklinik für Psychosomatische Medizin und
Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Kulmsb. 9 • 17224 Seeheilbad Heringsdorf
Tel.: (03 837 8) 5 91 09 oder 5 95 91
Fax: (03 837 8) 5 95 85

www.inselklinik.de

Senioren als Filmemacher:

Reif für den Spielfilm



Sie sind in den „besten Jahren“, wie es so schön heißt und Sie langweilen sich schon länger, wenn Sie das Unterhaltungsprogramm des Fernsehens genauer ins Visier nehmen? Dann sind Sie vielleicht reif für eine eigene Laufbahn im Unterhaltungsgeschäft: Drehen Sie ihre (Spiel)Filme doch selber!

Man darf gespannt sein. Vor sechs Wochen, am 15. Januar 2006 hatten sie wieder Einsendeschluss beim Bundeswettbewerb „Video der Generationen“, der seit 1998 jährlich ausgeschrieben wird und sich als eine Art Forum für den Dialog zwischen jungen und alten „Amateurfilmern“ versteht. Mitte März werden sich die Mitglieder der Jury zusammensetzen, und Ende Mai, genauer vom 26. bis zum 28., wird es in Nürnberg ein Festival geben, bei dem die Arbeiten der Preisträger vorgestellt werden.

Der vom „Kinder- und Jugendfilmzentrum (KJF) in Remscheid ausgerichtete und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) gestiftete Wettbewerb ist längst aus seinen Kinderschuhen herausgewachsen: Die dort eingereichten Film-Beiträge haben die Grenze vom einfach gestrickten Super-Amateur-Video längst überschritten und sich qualitativ zu interessanten Dokumentations-, Kunst- oder Kulturfilmen entwickelt.

Beispiel hierfür ist der 21 Minuten lange Streifen „Ein Denkmal möchte ich setzen“, mit dem der 71-jährige Rösrather Karlheinz Hilsheimer in der Kategorie „50plus“ 2005 den ersten Preis gewann: „Bei einem Griechenland-Urlaub wurde der Autor mit einem dunklen Kapitel deutsch-europäischer Geschichte konfrontiert“, heißt es in der Inhaltsbeschreibung. Der Film zeige jedoch nicht nur die Schrecken des Krieges, sondern wolle auch die Menschen ehren, die trotz größtem Leid die Kraft zur Versöhnung gefunden hätten.

Beispielhaft für den hohen Anspruch und das Engagement der Älteren ist auch der 2005 in der Kategorie „Jung und Alt“ preisgekürnte Beitrag „Agnes: Es hat sich gelohnt, so lange zu leben“: Dieser von drei „Filmemachern“ im Alter von 80, 62 und 17 geschaffene, 45-minütige Streifen erzählt von einem jungen Filmteam, das in Budapest zwei ehemalige Zwangsarbeiterinnen trifft. Eine Begegnung mit Folgen: Noch im Herbst des gleichen Jahres suchen die Jugendlichen gemeinsam mit Agnes Bartha das damalige Frauen-KZ Ravensbrück auf, wohin sie zusammen mit ihrer Freundin deportiert wurde.

Versteht sich von selbst, dass auch die preisgekrönten Amateur-Filmer ihr „Handwerk“ bescheiden erlernt und dann in kleinen Schritten erweitert haben. Einsteiger-Kurse hierzu bietet fast jede örtliche Volkshochschule.

Der Versuch mag sich lohnen, der Langeweile mancher Fernsehprogramme mit einem eigenen Spielfilm entgegen zu treten. *cri*



STARLIGHT EXPRESS – Das Rennen deines Lebens

Das schaffte weltweit noch kein anderes Musical: Fast elf Millionen Menschen kamen seit der Premiere im Jahr 1988 bisher nach Bochum, um Andrew Lloyd Webbers STARLIGHT EXPRESS zu sehen!

Flaggen fallen, Lichter blitzen und Sterne leuchten. Drei, zwei, eins – los! Die Nacht der Weltmeisterschaft der internationalen Züge beginnt. Im Traum eines kleinen Jungen werden Loks und Anhänger lebendig und treten in Rennen gegeneinander an. Die junge Dampflokomotive „Rusty“, liebenswert, aber technisch veraltet, scheint gegen die Konkurrenz kaum eine Chance zu haben und zweifelt an sich selbst. Sein ständiger Herausforderer: der machohafteste Diesel-Zug „Greaseball“. Der Konflikt zwischen den Lokomotiven

spitzt sich immer weiter zu. Und bei den spannenden Wettkämpfen wird nicht nur mit fairen Mitteln gekämpft...

Das perfekte Zusammenspiel zwischen Action und Romantik, Gesang und Technik sowie Kostüm und Maske im eigens für STARLIGHT EXPRESS gebauten Theater garantiert ein verzauberndes Musical-Erlebnis.

Das dbb magazin verlost 3 x 2 Freikarten unter allen, die bis 31. März 2006 die korrekte Antwort auf folgende Frage an magazin@dbb.de mailen: Wie heißt der schärfste Konkurrent der jungen Dampflokomotive „Rusty“?

Für alle Leser und dbb Mitglieder gibt's bei STARLIGHT EXPRESS bei Nennung der Kunden-Pin 7752 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf alle Vollpreis-Tickets. Hotline: 0211.7344 0. Mehr Infos: www.starlight-express.de

Optik gut,

Unser Bundesinnenminister hat ja so recht mit seiner Entscheidung! Sein Barterlass für die Bundespolizei zur Fußball-WM kommt zur rechten Zeit. Endlich kann der staunenden Weltöffentlichkeit von China bis Alaska, von Polynesien bis Ostafrika par Ordre du Mufti vor Augen geführt werden, wie frisch, sauber und kuschelig deutsche Ordnungshüter – im Gegensatz zu manchem Fußballfan – daherzukommen haben: Keine Dreitage-Bärte kaschieren energische Gesichtszüge, keine Lagerfeld-Zöpfchen schuppen auf Kragenspiegeln, keine Brilliohrstecker senden luxuriöse Blitze und lenken von der Sicherheitspräsenz ab. Kein grelles Make-up entstellt die Beamtinnen, kein überdimensionierter Schmuck



stört ihre natürliche Anmut, und keine zu langen Fingernägel behindern den Griff zur Waffe bei den Damen der Bundespolizei. Warum das Ganze, fragen wir uns? Kein Mensch hat sich bis-

her über verwegen-verruchtes Aussehen von BGS-Beamten/innen aufgeregt. Wie auch? Niemand läuft schlampig herum, niemand lässt sich im Dienst durch modischen Schnick-

alles gut

schnack behindern. Also steckt mehr dahinter. Vielleicht die offenbar auch bis ins Innenministerium vorgedrungene Binsenweisheit, dass ein adrettes optisches Erscheinungsbild manches zu kaschieren weiß, was leider nicht par Ordre du Mufti oder anderweitig geregelt ist: Mehr Einsatzkräfte – auch mit Bart oder Brillio – wären zum Beispiel ebenso wünschenswert wie eine bessere Ausrüstung und eine angemessene Bezahlung einschließlich Weihnachtsgeld. Aber das werden die Fans, dem Barterlass sei Dank, nicht merken. Optik gut, alles gut. Stellen Sie sich vor: Zwei alte Damen aus Österreich schauen nicht aufs Spielfeld, sondern versonnen einer BGS-Streife hinterher. Die eine pfeift leise. „Ja ja“, sinniert die andere, „fesch san's“. *sm*

Bestellen Sie jetzt. Ganz einfach. Ganz wie Sie wollen.

Das aktuelle Behindertenrecht: Alle Paragraphen auf einen Blick.

Der Inhalt im Überblick:

- Gesetzestext incl. aller Änderungen bis April 2006
- Anhang mit wichtigen Zusatzinformationen

Was Sie davon haben:

Im SGB IX sind die bisher über mehrere Gesetze verstreuten Regelungen zum Behindertenrecht vereint. Ergänzt wird die handliche Textausgabe durch Hinweise auf die wichtigsten einschlägigen Regelungen im Bundespersonalvertretungs- und im Betriebsverfassungsgesetz sowie zur Rechtsstellung der Vertrauenspersonen.

So bestellen Sie ganz einfach: Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-mail oder über Internet mit.

180 Seiten
€ 4,00*
ISBN 3-87863-126-X

* zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE,
ANGESTELLTE UND ARBEITER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 166
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-mail: kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

NEUAUFLAGE



BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

- 1 Exemplar/e „SGB IX“
– Taschenausgabe –
Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

MAG/03/06

Digitales „Überall-Fernsehen“:

Turbulenzen im Äther

Es hätte der ganz große Wurf werden sollen: Die bundesweite flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit digitalem Antennenfernsehen (DVB-T), das die betagte analoge Fernsehantenne ablösen soll. Und in der Tat kommt der DVB-T-Ausbau rasch voran, die Signale sind bereits für 55 Prozent aller Bundesbürger empfangbar. Getrübt wird der digitale Fernsehspaß allerdings in ländlichen Räumen, wo Privatsender aus Kostengründen schon wieder vom Zug abspringen...

Es war an der Zeit, den gegenüber Kabel und Satellit nicht mehr konkurrenzfähigen analogen Antennenempfang durch moderne Digitaltechnik abzulösen. Bis spätestens 2010 wird bundesweit Funkstille auf der guten alten Dachantenne herrschen.

Dafür bietet DVB-T (Digital Video Broadcasting-Terrestrial, auch „Überall-Fernsehen“ genannt) den Zuschauern neben besserem Empfang auch eine größere Vielfalt an Programmen, als je über die alte Antenne zu empfangen war. Bis zu 30 Fernseh- und 40 Hörfunkprogramme sind derzeit – wie etwa beim Vorreiter Berlin – möglich. Auch die Endgeräte sind mit Preisen ab 50 Euro mittlerweile günstig: Die kleinen Empfänger ähneln Satellitenreceivern und sind kinderleicht zu installieren. Neue Fernseher und Festplattenrecorder gibt es sogar bereits mit eingebauten DVB-T-Receiver, und auch der neue PC wird immer öfter gleich mit Empfänger ausgeliefert. Per automatischem Suchlauf werden alle empfangbaren Sender eingestellt, als Mehrwert zeigen die Geräte Programminformationen der Sender an (EPG, Elec-

tronic Program Guide). Statt einer großen Satellitenschüssel genügt eine im Raum versteckte Stummelantenne für den ungetrübten Empfang. Weitere Gebühren – wie etwa beim Kabelempfang – entstehen nicht, lediglich die Rundfunkgebühren werden erhoben.

► Ausbau läuft

Weil die Technik auf dem Vormarsch ist, haben ARD und ZDF den weiteren Ausbau des digitalen Antennenfernsehens DVB-T in der Fläche bereits beschlossen. Mit dieser Entscheidung leisten die öffentlich-rechtlichen Anbieter einen maßgeblichen Beitrag für die Digitalisierung des Rundfunks in Deutschland.

Herbert Tillmann, Vorsitzender der Produktions- und Technikkommission von ARD und ZDF erklärte dazu im September 2005: „Die Umstellung in den Ballungsräumen hat gezeigt, dass das digitale Antennenfernsehen ein Erfolgsprodukt für unsere Kunden und für die Programmveranstalter ist. Wir hoffen, dass die kommerziellen Fernsehveranstalter im Inter-

esse der Zuschauer ihre noch zögerliche Haltung hierzu alsbald überdenken. Mit dem Ausbau der Flächenversorgung von DVB-T sorgen wir dafür, dass wir unsere Zuschauer auch in Zukunft ohne Umwege über Dritte direkt erreichen und dass damit in der Terrestrik für unsere Zuschauer der freie Zugang zum Medium Fernsehen dauerhaft gesichert bleibt.“

ZDF-Produktionsdirektor Dr. Andreas Bereczky sieht in der DVB-T-Ausbaustrategie „die Gewähr, dass ZDF und ARD eine maßgebliche Rolle auf diesem Zukunftsmarkt einnehmen werden. Darüber hinaus wird die mobile Nutzung von DVB-T in den nächsten Jahren rasant an Bedeutung gewinnen. ZDF und ARD sind mit dem nun verabschiedeten Versorgungskonzept dafür bestens gerüstet.“



► Besser Fernsehen: Der Verbreitungsstandard DVB-T bringt gute Bildqualität und – zumindest in Ballungsräumen – eine breite Programmauswahl ins Wohnzimmer.



> In Berlin ist die digitale Vollversorgung mit Fernsehen und Radio über DVB-T bereits Realität.

> Antenne adé

Anfang 2006 können bereits rund 45 Millionen Einwohner in Deutschland das digitale Antennenfernsehen empfangen, was einem Versorgungsgrad von rund 55 Prozent der Bevölkerung entspricht.

Die beschlossene Fortführung der DVB-T-Umstellung in Deutschland über die Ballungsräume hinaus soll nach Abschaltung der analogen Versorgung auch dazu beitragen, die Ausstrahlungskosten in diesen Regionen zu reduzieren. Der Umstieg von analog- auf digital-terrestrisch erfolgt stufenweise, einen Simulcast-Betrieb, also die Parallel-Übertragung auf digitalem und analogem Weg, wird es dabei allerdings nicht mehr geben. Die bisherige analoge terrestrische Programmverbreitung soll im Gegenzug zeitgleich eingestellt werden.

> Dämpfer aus Brüssel

Den Kabel- und Satellitenbetreibern ist diese öffentlich-rechtliche Euphorie ein Dorn im Auge. Sie sehen sich benachteiligt, weil die Digitalisierung des Rundfunks auf terrestrischem Wege durch Fördergelder der Landesmedienanstalten unterstützt wird, die Digitalisierung

von Kabel und Satellit dagegen nicht. Rückenwind bekamen die Kabel- und Satellitenbetreiber jüngst von einer Entscheidung der Brüsseler EU-Kommission, nach der die in Berlin und Brandenburg gezahlten Beihilfen für DVB-T illegal waren. Daher müssen RTL, Sat1, Pro Sieben und andere insgesamt rund vier Millionen Euro zurückzahlen, was deren Bereitschaft, bei DVB-T präsent zu sein, nicht gerade erhöht. So ist das Überall-Fernsehen in den östlichen Bundesländern bereits ohne Privatsender gestartet. Es sei das erste größere DVB-T-Projekt, an dem sich Pro Sieben/Sat1 nicht beteiligt habe, erklärte deren Sprecherin Katja Pichler im November 2005 gegenüber dem Handelsblatt. Eine entscheidende Frage sei dabei die Finanzierung: Falle die Förderung weg, müsse das Engagement bei DVB-T grundsätzlich neu überdacht werden. Unterdessen versuchen die DVB-T-Macher weiterhin, die Privaten ins Boot zu holen.

> Das Gezerre geht weiter

Während Ballungsräume wie Berlin oder München wahrscheinlich auch weiterhin mit dem vollen Programm-Mix einschließlich Radio versorgt wer-

den, muss in anderen Regionen jeder potenzielle Nutzer selbst entscheiden, ob und für welchen Zweck DVB-T ohne Privatsender für ihn interessant ist. Derweil melden sich die Kabel- und Satellitenstimmen wieder zu Wort: So sähe der Chef des Satellitenkonzerns SES Astra Ferdinand Kayser statt einseitiger Förderung eines Mediums lieber einen neutralen öffentlichen Digitalisierungsfonds, aus dessen Mitteln die Digitalisierung aller Verbreitungswege des Rundfunks unterstützt wird. Die Kabelbetreiber dagegen fordern gar das Ende von DVB-T zugunsten des mobilen Fernsehstandards DVB-H (H steht für Handheld, also Mini-Computer, Handy und ähnliche mobile Endgeräte).

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hält auf jeden Fall an der flächendeckenden Einführung des neuen Standards fest, und nach den Plänen der Bundesregierung soll diese bis 2010 abgeschlossen sein.

> Mobil digital Fernsehen

Auch die EU-Kommission spricht sich nicht gegen den Ausbau von DVB-T aus, wie aus dem Büro der für Medienpolitik zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding verlautete.

Berlin geht indessen bereits den nächsten Innovationsschritt: Nach DVB-T kommt DVB-H. Die Gesellschaft zur Förderung der

Rundfunkversorgung mbH (GARV) koordiniert seit ihrer Gründung am 22. Dezember 1993 in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern den Aufbau von Übertragungskapazitäten für die terrestrische Rundfunkversorgung, um den flächendeckenden Empfang privater und öffentlich-rechtlicher Radio- und TV-Programme zu ermöglichen.

DVB-H wird oft als das „Handy-Fernsehen“ bezeichnet. Die Technik bietet aber viel mehr: Im Zusammenspiel des Rundfunks mit Mobilfunk und Internet können neue Programmformate, interaktive Anwendungen und neue Medien-Dienstleistungen entstehen, die speziell auf die mobile Nutzung zugeschnitten sind.

> Pilotprojekte zur WM

Vor dem Hintergrund der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland im Sommer 2006 soll dergleichen praktisch erprobt und einem internationalen Publikum präsentiert werden. Zeitgleich wird es erste Seriengeräte geben.

Die Landesmedienanstalten der fünf norddeutschen Bundesländer – Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen – haben ihre Aktivitäten in einem gemeinsamen „Projektrat DVB-H“ gebündelt und arbeiten mit den großen Mobilfunk-Unternehmen und Inhalte-Anbietern zusammen. Pläne für DVB-H-Projekte gibt es auch in anderen Bundesländern. Die Planungen für das Sendernetz eines bundesweiten Regelbetriebs sind bereits im Gange. Die schrittweise Inbetriebnahme könnte im Jahr 2006 beginnen, nachdem die Sendefrequenzen international koordiniert und von der Bundesnetzagentur zugeteilt worden sind.

Infos zur aktuellen Empfangbarkeit und den beteiligten Sendern gibt es im Internet unter www.ueberall-tv.de



> Der Antennenwald in Deutschland wird gelichtet, denn DVB-T kommt nicht nur ohne Außenantennen aus, sondern führt auch zur Abschaltung der analogen Sendeanlagen.

> BDZ

Vogelgrippe – EU-einheitliche Zollkontrollen nötig

Der BDZ setzt sich für EU-weit einheitliche Zollkontrollen im Kampf gegen die Vogelgrippe ein. Der Chef der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft, Klaus H. Leprich, sagte am 18. Januar 2006 dem WDR-Fernsehen (Studio Brüssel), es reiche nicht aus, wenn Brüssel nur Einfuhrverbote verhängt, ohne dafür zu sorgen, dass an den EU-



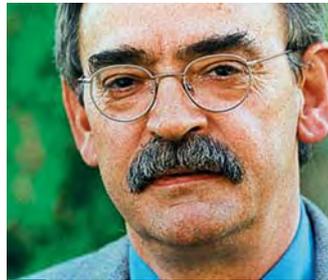
> Klaus Hilger Leprich, Bundesvorsitzender des BDZ

Außengrenzen einheitlich kontrolliert werde. Die Verstärkung der Kontrollen durch den deutschen Zoll an den Häfen und Flughäfen sowie durch die Mobil-Kontrollgruppen bewertete Leprich positiv. Dieser Einsatz drohe aber wirkungslos zu bleiben, wenn es Brüssel nicht gelinge, die Zollkontrollen EU-weit zu intensivieren und zu koordinieren. Ferner forderte Leprich, die Kontrollzuständigkeiten an den Grenzen und im Binnenland beim Zoll zu bündeln.

> BSBD

Kein Strafvollzug in Länderhand

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) hat davor gewarnt, die Bundes-einheitlichkeit des Strafvollzugsrechts zu einem Opfer der Föderalismusreform zu machen. Dieser „rechtspolitische Fehltritt“ werde zu Qualitätsverlusten bei der Reintegration von Straftätern führen, erklärte der BSBD-Bundesvorsitzende Wolfgang Schröder am 5. Februar 2006.



> Wolfgang Schröder, Bundesvorsitzender des BSBD

Trotz eindringlicher Appelle zahlreicher Rechtsexperten habe die Politik bislang kein Überdenken ihrer Position signalisiert, das Strafvollzugsrecht in die Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer überführen zu wollen. Der BSBD kündigte „hartnäckigen Widerstand“ dagegen an. Nur die gelungene Wiedereingliederung von Rechtsbrechern führe zur Erhöhung der inneren Sicherheit.

> DPhV

Ja zu Rechtschreibkorrekturen

Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, hat die jüngsten Korrekturvorschläge für die umstrittene Rechtschreibreform begrüßt. „Dies ist ein großer Schritt hin zur Wiederherstellung des Recht-



> Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des DPhV

schreibfriedens“, erklärte Meidinger am 7. Februar 2006 in Berlin. Der Rat für deutsche Rechtschreibung habe die Forderungen des Verbandes nach deutlichen Nachbesserungen bei Zusammen- und Getrennschreibung sowie der Kommasetzung weitgehend beherzigt. Meidinger appellierte an die Kultusmi-

nisterkonferenz (KMK), die Vorschläge des Rechtschreibrates auf ihrer Sitzung Anfang März zu übernehmen und für die Schulen nach einer Übergangsfrist von maximal einem Jahr für verbindlich zu erklären.

> DPoIG

Bundeswehr keine „Billigpolizei“

Auf entschiedene Ablehnung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ist die Forderung



> Wolfgang Speck, Bundesvorsitzender der DPoIG

aus den Reihen der CDU/CSU gestoßen, das Grundgesetz zu ändern, um die Bundeswehr im Innern zur Fußballweltmeisterschaft einsetzen zu können. „Gerade die unionsgeführten Bundesländer haben in den vergangenen Jahren bei der Polizei Stellenabbau betrieben, der ihnen jetzt – angesichts der größten sicherheitspolitischen Herausforderung seit Jahrzehnten – kalte Füße beschert“, erklärte DPoIG-Bundesvorsitzender Wolfgang Speck am 3. Februar 2006. Wer die Polizei personell derartig ausdünn, habe auch kein Recht, nach billigen Ersatzkräften zu rufen, so Speck. „Nach wie vor gilt: Soldaten sind nicht für einen Einsatz im Innern ausgebildet.“ Ihr Einsatz

könne – beispielsweise bei der Konfrontation mit Hooligans – aufgrund fehlender Erfahrung sogar eher zu Eskalation beitragen als zu Beruhigung.

> DSTG

Keine Steuersünder durch Kontenabfrage entdeckt

Der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, hält die Kontenabfrage nicht für geeignet, um Steuerhinterzieher auf die Schliche zu kommen. Um die Abfrage zu starten, müsse der Finanzbeamte eine konkrete Unplausibilität in der Steuererklärung feststellen, die auf hinterzogene Spekulationsgewinne hindeute, sagte Ondracek dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 12. Januar 2006). Üblicherweise gebe eine normale Steuererklärung dafür aber keinen Anlass, so dass die Masse der Hinterzieher wohl unentdeckt bleibe. Bisher seien keine Steuer-



> Dieter Ondracek, Bundesvorsitzender der DSTG

hinterzieher durch die Kontenabfrage aufgefliegen, fügte Ondracek hinzu. Es habe im Zuge der Medienberichterstattung zu diesem Thema einige Steuersünder gegeben, die sich selbst angezeigt hätten. „Aber die Hartgesottenen stört das nicht“, sagte Ondracek.

> GDBA: Notfalls Streik auch zur WM

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA schließt einen Streik nicht aus, um eine Abspaltung des Schienennetzes bei einem Börsengang der Bahn zu verhindern. GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel sagte der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 19. Januar 2006): „Wir wollen das nicht, aber zur Not streiken wir auch während der WM.“ Werde das 35 000 Kilometer lange Streckennetz vor einer Privatisierung aus der Deutschen Bahn (DB) herausgelöst, seien bis zu 50 000 Arbeitsplätze gefährdet.

> GDBA

Beschäftigungspakt muss gelten

Vor einem massiven Stellenabbau für den Fall der Zerschlagung des Bahn-Konzerns vor



> Klaus-Dieter Hommel, Bundesvorsitzender der Verkehrsgewerkschaft GDBA

dem Gang an die Börse hat die Verkehrsgewerkschaft GDBA erneut gewarnt. GDBA-Bundesvorsitzender Klaus-Dieter Hommel sagte der „Welt“ (Ausgabe vom 13. Februar 2006), niemand habe bislang die Befürchtungen der Gewerkschaft zerstreut. „Wir rechnen mit dem Wegfall von bis zu 50 000 Arbeitsplätzen, sollte die Netzsparte abgetrennt werden. Dagegen wehren wir uns. Streik ist eine Möglichkeit, Druck auszuüben.“ Werde die Bahn in einzelne Gesellschaften aufgespalten, falle die Holding weg und Dienstleistungsbereiche blieben auf der Strecke. Über das neue Gutachten und die Optionen für die künftige Struktur der Bahn sollen zunächst die Mitglieder informiert werden, kündigte der GDBA-Vorsitzende an. „Dann wollen wir in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden“, so Hommel. Auch nach einem Börsengang müssten die tariflichen Bedingungen erhalten bleiben. „Das ist für uns Bedingung. Es geht nicht, dass die Bahn verkauft wird und sich die Situation für die Beschäftigten dadurch verschlechtert. Das Beschäftigungspaket ist für uns das A und O – und zwar bis 2010.“

> BTE

Aus für neues Eichgesetz

Ein neues Eichgesetz wird es in naher Zukunft nicht geben. Aus dem Bundeswirtschaftsministerium war zu erfahren, dass die Europäische Messgeräte-richtlinie (MID) nur noch 1:1 umgesetzt werden soll, teilte die BTE Gewerkschaft Mess- und Eichwesen am 20. Januar 2006 mit. Dies bedeute zunächst einmal das Aus für eine Neuregelung des gesetzlichen Mess- und Eichwesens. Die Gewerkschaft Mess- und Eichwesen sieht sich damit in ihrem Vorschlag bestätigt, zunächst die Privatisierung



> Ewald Schmidt, Bundesvorsitzender des BTE

der Ersteichung gemäß MID umzusetzen und deren Auswirkungen abzuwarten, bevor über weitere Schritte einer Öffnung der Prüfaufgaben für private Dritte entschieden wird, erklärte BTE-Bundesvorsitzender Ewald Schmidt. Grundsätzlich müsse das nationale Recht nicht harmonisiert werden. Damit bestehe keine Pflicht, die technische Prüfung von Messgeräten privaten Stellen zu übertragen.

> VdB

Einigung über Bankzulage

Bundesbank und Bundesfinanzminister haben eine Einigung zur Bundesbankzulage erzielt. „Es ist ein für beide Seiten gesichtswahrender Kompromiss gefunden worden“, sagte der Vorsitzende der Bundesbankgewerkschaft VdB, Karl-Heinz Schmidt, der „Welt“ (Ausgabe vom 17. Februar 2006). Kritisch bewertete er



> Karl-Heinz Schmidt, Bundesvorsitzender des VdB

die geplante Dreistufigkeit der Zulage. „Es wäre uns natürlich lieber gewesen, wenn alle Beschäftigten bei der Zulage weiterhin gleichgestellt wären.“ Zudem sei noch unklar, wie der weitere Personalabbau

aussehe. Die Bundesbank hat seit 2002 rund 20 Prozent ihrer Stellen abgebaut. Wie die VdB am 16. Februar mitteilte, hatte der Vorstand mit dem Bundesfinanzministerium folgende Einigung erzielt: Ein Eingriff in bestehende Gehälter findet nicht statt. Auch künftig nehmen die Mitarbeiter an Besoldungs-/Gehaltserhöhungen teil. Die Bankzulage beträgt in den Hauptverwaltungen künftig fünf, in der Zentrale neun Prozent. Der Abbau der Bankzulage erfolgt durch eine 50-prozentige Anrechnung künftiger Einkommenserhöhungen.

> Pauschale Anhebung des Rentenalters abgelehnt

In den dbb Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften mehren sich die Stimmen gegen eine pauschale Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, sagte am 2. Februar 2006, damit werde „das Pferd von hinten aufgezäumt“. Eine Anhebung erfordere sozialverträgliche Voraussetzungen. Zudem würde die Anhebung gerade im öffentlichen Dienst, wo zunehmend Stellen eingespart werden, zu einer Überalterung führen.

Der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Walter Spieß, erklärte, es gehe der Bundesregierung gar nicht um eine längere Lebensarbeitszeit. Die Anhebung der Altersgrenze sei eine „verkappte“ Renten- und Pensionskürzung.

Der Bundesvorsitzende des BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Klaus-Hilger Leprich, forderte Sonderregelungen für Beschäftigte in Verwaltungen mit Vollzugsaufgaben. Langjähriger Schicht- und Vollzugsdienst dürfe bei der Festsetzung des Pensionsalters nicht unberücksichtigt bleiben. Es zeuge von Unverstand, sich vorzustellen, dass ein 66-jähriger Zöllner noch hinter einem 18-jährigen Schmuggler herlaufen könne, so Leprich.

Der Vorsitzende der bundespolizeigewerkschaft bgv, Knut Paul, nannte das Vorhaben „arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv. Damit werden noch mehr Arbeitsplätze vernichtet, noch weniger junge Menschen erhalten eine Chance auf den Berufsstart und die Überalterung schreitet weiter voran.“

Kritisch äußerten sich auch der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und seine Junglehrerorganisation ADJ. Es sei eine „irrig Vorstellung“, auf diesem Wege die sozialen Sicherungssysteme konsolidieren zu wollen, sagte VBE-Bundesvorsitzender Ludwig Eckinger am 13. Februar 2006. „Statt eines pauschalen Hinausschiebens der Altersgrenze brauchen wir Bedingungen, damit überhaupt bis 65 gearbeitet werden kann.“

ADJ-Bundesvorsitzender Oliver Arlt wertete die Pläne als „Beschneidung der Zukunftschancen junger Menschen“. Dies beschädige das Generationenverhältnis.

Reise und Erholung

DEUTSCHLAND

Komfort-FeWo's auf Nordsee

26 bis 62 m², direkt am Deich - Nähe Hales, mit kostenloser Nutzung unserer Wellnesslandschaft im Hotel. Günstige Nebensaison- und Langzeit-Angebote auf Anfrage! Kurhotel Germania • ☎ (049 32) 88 20 00 Fax 81 22 01 • www.kurhotelgermania.de

Urlaub an der Nordsee!

Schöne Ferienwohnungen und Apartments zu günstigen Preisen in der Vor-, Zwischen- u. Hauptsaison bietet das Fischerhaus direkt an der Nordsee. Ruhige Lage und von Eisenbahnen empfohlen. Ganzjährig geöffnet. Roswitha Alts, Robbenstr. 14, Tel. (049 91) 81234, Fax (049 91) 8754.

Bauernhof/Nähe St. Peter Ording, Kühe, Käber, Schafe, Pferde o. Pony. Strand 400m, Gemütl. FeWo's für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Haasprospekt! Tel. (048 62) 8541, www.riskerts.de

Nordseebad Friedrichskoog, Komf.-FeWo für 4 Personen und Privat. Whg. mit 2 Schlafz., 200 m zum Strand, ideal für Fam. mit 2 Kind. Tel. (041 23) 83 96.

Nordseebad Friedrichskoog-Spitze, Komf. RH mit Kaminofen, in ruh. Lage, 200 m zum Strand, Haasprospekt, Tel. (076 46) 3 09 oder 2 00, Fax 9 15 98 08.

Nordseeheilbad Cuxhaven-Duhsen, exkl. FeWo (2 Personen), ruh. Lage, nahe Strand, Tier-u. rauchfrei, 30-60 €, Tel. (047 21) 4 64 51, Fax 39 51 10.

Cuxhaven, ruhige FeWo am Deich, 4 Pers., Blick a. Schiffshebeweg., Ballon, Schwimmk., 25- bis 48- €, Tel. (0441) 6 00 18 96.

Cuxhaven-Sahlenburg, App. 2-4 Personen, Schwimmh., Sauna, Solarium, Tel. (04 21) 66 28 68.

Nordseebad Tossens, FeWo, Nähe Tropenparkbad, noch Termine frei Infos unter Tel. (047 96) 2 84, Fax 10 21 67, www.Wittmacks-Bahnhof.de

NordseeBüsum Postler in vermietet zentrale FeWo und Bungalow. Tel. (048 34) 93 66 08

Wangerogge: Schöne, ruh. FeWo's, 4 Pers., 31- bis 82- €, Tel. (049 44) 56 96, (01 71) 145 48 61, www.kilpestersee.com

Sylt-Alternative: Büsum/Nordsee! 2-Zf. Nicht-FeWo*** frei. Info + Buchung: Tel. (048 34) 61 85, Fax 9 30 37.

Insel Nordstrand b. Husum, Komf.-FeWo, 2-6 Pers., idyllisch, Meerblick, Tel. (045 23) 98 47 45, www.Nordseeblick.com

Nordseeheilbad Nordstrand bei Husum App.-u. FeWäuser, z.T. mit Meerblick, Prospekt: (048 42) 4 01, Fax 90 06 18.

Nordsee/Dornum/Ostfriesland, Komf. FeWo, 110 m², 10 Plkw-Min. zur Küste, ca. 8 Personen, Tel. (041 82) 55 43, E-Mail: Wlasing@t-online.de

Ostfr. Nordsee, Dornumersiel, Komf. FeWo, strandnah, Angebotswochen, Tel. Fax (049 33) 17 33, www.fwco-feldmans.de

Nordsee Carolinensiel, 2 gem. FeWos, ganzj., ruh. Lage, Wohnküche, DU/WC, 2 Schlafz., Soli-TV, Tel. (04 46) 13 10.

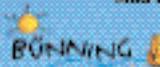
Nordsee, Nähe Carolinensiel, FeWo's, 2-6 Pers., ruhige Lage, familienfreundlich, Tel. (044 61) 8 00 95, Fax (044 61) 89 23 64.

Nordseebad Barkare, Ferienhäuser, Sonderangeboten in der Vor- und Hauptsaison, Tel. (047 33) 10 38, www.ferienspark-barkare.de

Eosens/Nordsee, FeWos, ganzjährig, Tel. Fax (049 71) 28 47, „Haus Marco“, A. Baummeister, Makoweg 2, 26 427 Eosens.

Nordsee - schnuckelige FeWo mit Garten, bis 4 Pers., von privat, Nähe Carolinensiel, Infos: Tel. (044 63) 90 83 21.

...Ostern an der Ostsee...

In Heiligenhafen und Großenbrock sind noch
 FeWo's ab 20,- €/DN frei
 Vermietungsbüro Heiligenhafes GmbH
 Tel.: 0 43 62 - 90 24 0 Fax: 90 24 50
 www.heiligenhafen-vermietung.de

Flensburg (Ostsee), gemütliche Komf. FeWo, bis 6 Pers., mit herrl. Fördeblick, Strandnähe, an NR zu vermieten, ab 30,- €/Tag, Tel. (046 34) 9 08 4.

Ostsee/Kiel/FeWo, 2 getr. Whg., je bis 5 Pers., am Strand, TV, Stereo u.v.m., Tel. (055 03) 31 68 o. (055 51) 22 47.

Ostsee, bei Kiel, Komf. 3-Zf.-FeWo in 2-Fam.-Haus, für 40,- €/Tag, an bis 4 Pers. zu verm., Terr., Kabel-TV, Tel. (04 31) 37 23 37.

Ostseeinsel Fehmarn, exkl. Dornitz, entweder strandnahes FeWo oder FeWo m. Ostseeblick, direkt am Strand, Haustiere n. e., NS ab 49,- €/Tag, Tel. (0 22 38) 57 46, www.fehmarn-cottage.de

Usedom/Banin: FeWo/FeW's in bevorzugter Insellage (NSG) direkt am Wald/See, ruhig, strandnah, ideales Urlaubsparadies (Kultur- u. Naturangebot), Tel/Fax (03 83 79) 3 17 06, www.alteinselskule.de

Rügen/Sassnitz, Komf.-FeWo, 2 Zi., Kü., Bad, Vollausstatt., 2-4 Pers., Tel. (038 38) 25 70 62, E-Mail: Olaf.Schulze@t-online.de

Urlaub im ruhigen Hinterland der Ostsee Ferienhaus und FeWo auf gepflegtem Bauernhof, Haasprospekt anfordern. Tel. (045 28) 2 51, Fax (045 28) 91 19 80.

Ilse Rehder Höm 4, 23744 Schönwalde a. B. www.baerhof-koers.de

Hohwacht/Ostsee/S-H - Was sonst?! und natürlich Gilla's Obstbehaus Komf. FeWo - Haasprospekt G. Wlwa, Strandweg 9, 24321 Hohwacht Tel. (048 81) 61 18, Fax (043 81) 46 95

Ostseebad Boltenhagen, Komf.-FeWo, Balkon, Garage, Lift, Schwimmbad, 80 m zum Strand, Tel. (045 42) 72 45.

Ostsee/Darß, FeWo 2-4 Pers., ruh. Lage, Strand 150 m, komf. Ausstatt., NR, ganzj. Vermietung, Tel. (036 31) 60 48 05 o. 46 62 69, www.ferienwohnung-ostsee-pia.de

Komfort FeWo bei Zingst ganzjährig ab 30,- €/Tag, inkl. PK, Fahrradverl., Spielplatz, Haasprospekt, Tel. (038 2) 31 82 051

BERLIN Priv. Komfort FeWo, bis 4 P., Tel. (49 30) 8150, Fax 51218 www.ferienwohnung-in-berlin.de

Berlin, App. f. 2 Pers., Nicht- in Tiergarten, zentral, Kab.-TV, Tel., Parkpl., Tel/Fax (030) 8 82 14 44.

Thüringen - Hohenwartostsee FeWo ab 30,- €, Wohnz., 2 Schlafz., Kirche, DU/WC, Haasprospekt, D. Pahlisch, 07338 Hohenwarte, Tel. (03 67 33) 3 02 41.

Lüneburger Heide Komf. FeWo's, da wo sie am schönsten ist! Prospekt Tel. 05527970990 Fax 4970991 Email: landhaus_4@t-online.de www.landhaus-am-fanfote.de

Biggesee, FeWos mit Seeblick WohnParkplatzSauna Terrasse 4x4 Tel. (027 61) 6 26 81 www.ferienbiggesee.de

Mosellnau beim Winzer Mod. Doppel-Tropfen-Z., DU/WC, Balkon mit Meerblick, Außenkitchen, mit TV, Kühlschrank, Öfen, etc. 5 Tg. 19,- €, Bahnst. Möp.

Wolken Hofm Kurland - Hubschrauber! 54538 Nohden - Tel. (065 32) 35 87 - Fax 39 26 www.noeboeingutland.com

Mosellnau beim Winzer Mod. Doppel-Tropfen-Z., DU/WC, Balkon mit Meerblick, Außenkitchen, mit TV, Kühlschrank, Öfen, etc. 5 Tg. 19,- €, Bahnst. Möp.

Wolken Hofm Kurland - Hubschrauber! 54538 Nohden - Tel. (065 32) 35 87 - Fax 39 26 www.noeboeingutland.com



Bad Wurzach/Allgäu

Moor, Thermal und Wellness pur!

Die Gesundheits- und Wellnesspase VITALIUM und das Moor-sanatorium Reischberg (Komfort eines 3-Stern-Superior-Kurhotels) bieten Ihnen Gesundheit und Wellness pur zum Vollpensionspreis von nur 71,00 EUR. (Tagesstz bei Artaberechnung nach Gaß und Kurmittelpreise laut Liste). Freuen Sie sich auf Moor, Thermalwasser, Sauna, Massagen und mehr in einer einmalig schönen Naturlandschaft!

= behilffefähig =

Kurverwaltung
 Mühlenerstraße 1 | D-88410 Bad Wurzach/Allgäu
 Tel.: 075 64-302150 | Fax: 075 64-302154
 info@bad-wurzach.de | www.bad-wurzach.de

Drei-Seen-Wanderung

Auf 5 Etappen erwandern Sie die wald- und wasserreiche Landschaft des Waldecker Landes mit Twistersee, Edersee und Diemelsee.
 7 UFr., Gepäcktransport, ab 290,- € pro Person/DZ.
 Infos: Gästezentrum, Rauchstr. 2, 34454 Bad Arolsen, Tel. (0 56 91) 89 44-0, ggz@bad-arolsen.de

Erlebnisreiche Ferientage am Bodensee

2- und 3-Zf.-Komfort-FeWo in ländlich idyllischer Lage, herrlich eigener Gartengrund. Wie einzigartiger Stützpunkt des Bodensees und der Alpen. 156 Gebäudeflächen zum See.
 Große Spiel- und Liegeplätze, tolle Angebote! Entdecken Sie sich bei uns abends von Strahl und Licht!
 Nur Unser idyllischer Ferienort mit Taich!
 Fam. J. Erath, Bettrau 27, 88151 Bodol, Tel. 03 83 82 98 75 21 - Fax 98 75 11 - www.sonnenhalle-bodensee.de

URLAUB DIREKT A.D. MOSEL

NRH + Schwimmbad + Panorama-Sauna + NEB! Fam. get. Hotel bei Berncastel-Kues (5 km) 181 St. DU/WC/TV, Mueblenstube, Liegewiese, Saunabereich, geräumig für Wander-Platzsauna und herrl. Ausflüge: z.B. Trar (35 km), Loreburg (40 km) (Sonnensaal) bis 149 178 4774 19 233 46
 www.hotel-winzerschenke.de
 64489 Zelllagen/Mosel
 Tel. 66332/2321 - Fax 174 6

Mosellnau, *** Z., ab in DU/WC/TV, 18- bis 22- €, FeWo, 2-3 Pers., 33-78,- €, Reinecke, Brückenstr. 21, 54591 Kirchheim-Köbel, Tel./Fax (069 32) 49 76, www.reinecke-köbel.de

Mosel/FeWo, 2-4 Pers., Wohnz., 2 Schlafz., DU/WC, Balk., Winkler, Prospekt, Tel/Fax (026 71) 9 11 72, www.mosellnau-köbel.de

Trier-Rurwental, **** FeWo, 2-5 Pers., 80 m², ruhige Panoramlage, Liegew./Grillplatz, 2 DSG, DU/WC, TV/CD, Bettw./Hand. inkl., Tel. (065 00) 17 74, www.FeWoexpress.de

Ferienhäuser

„auf der Insel im Golfpark“
 Runder Wellness- und Golfbahnen, ideal für Familienurlaub mit dem Bad, Golf, Badeparc, Hochbeige Wäse mit eigenem Parkplatz für 24 Personen 1.000 m bis zum Ferienpark Schloss Gunders.

ab 273 € / Woche

Ferien und Golfpark
Gut Düneburg
 4733 Havel-Kanal - Lippeweg 1
 Tel.: 058037304, Fax: 730 600,
 www.gutduenburg.de, E-Mail: info@gutduenburg.de

Pfälzswald, **** FeWo, 2-6 Pers., NR, WZ, 2 DSG, Kü., Bad, Terr., ruh. Lage, 32,- €, Waldnaid, Haasprosp., Tel. (063 28) 7 84.

Vulkaneifel neu erbautes *** Landhaus in ruhiger Lage, komf. Ausstattung, Sauna, Soli, Whirlpool, Lift, Zimmer mit Balkon, DU, WC, Tel. u. TV; HP-Preis ab 32,- €/Pers. Landhaus Schend, 54552 Immerath, Tel. (065 73) 3 06.

Urlaub zu jeder Jahreszeit im Herzen des mittl. Schwarzwalds! 1. schönster, ruh. Lago, Eig. boh. Freibad, gr. Liegew., Taublich - Bännechen, Wanderw., Bahnabh., Biringhof, Küche, Haasprospekt, 10 km aus d. G. Eosens. Prospekt, Panoramataublich, Maria Harenstamm, Bichemstr. 19, 77796 Milttenbach, Tel. (078 32) 26 90, Fax 37 82, www.taublich-milttenbach.de

Herzberger

Reha - Kur - Vorsorge
 für Rücken- und Gelenkprobleme, Atemweg-erkrankungen, Herz- und Kreislauferkrankungen, Schilddrüse und Verdauungs- oder Karies, Gesundheits- und Psychotherapie.
 Tel. 0 83 81 / 2 5 6 3 - Fax 8 3 3 24, www.konventionell-herzberger.de

Sonnenhalle

FERIEN- & OBSTHOF****
 Eine tolle Saunawelt Haasprospekt!

Zwischen Freiburg und Europa-Park Rust Familienfreundliche Komf.-FeWo, 110 m², 5+1 Zimmer, 2-7 Personen, sep. Eingang, Balkon, Soli-TV, ab 36,- €/Tag f. 3 Pers. Wein- und Ferienort Malsbunden Tel. (076 44) 58 95 E-Mail: jmmath@web.de, Haasprospekt Internet: www.haus-falkennest.de

Herrischried/Südschwarzwald, 2 FeWo mit Helenbad u. Sauna, Ab 23,- €, Tel. (07 221) 8 99 34 oder (0 72 21) 6 19 02, www.panorama-herrischried.de

Hochschwarzwald/Wandergelände FeWo in Schluchsee, 2 Personen, 2 ZfB, sonnige Lage, Balkon, komf. Ausstatt., Helenbad, von Privat zu vermieten, Tel. (0173) 967 89 96.

Südschwarzwald, Komf. FeWo, 2 Pers. ab 29,- € a. inkl., Tel. (01 71) 5 11 73 23, www.ferienwohnung-staufen.de

83471 BERCHTESGADEN

Großes, gemütl. Wohnhaus mit Bad, Whirlpool, Sauna, Lift, Lage, Komf. Ausstatt., Tel., TV, Bademöbel, etc., HALLENBAD, Sauna, Ansaunung, Whirlpool, Saunabereich, Whirlpool, sep. Whirlpool, FRIEDRICHSHOF 47-49, P. NEU: FEWO-ALPENHOTEL WENNERACH Tel. 0850797888, Fax 19 88 88, www.wennerach.de

Urlaub am Bodensee, Gästehaus Erath Geschmackvoll angebautes Haus in ruh. Lage m. See- u. Bergsicht, gef. Zi. m. DU/WC, Soli-TV, gem. Aufstellh., in Geschirrk., Kühlschrank, refr. Frischkäsebuffet im schönen Frühstück, ganzjährig geöffnet. H. u. G. Erath, Bettrau 23, 88151 Bodol-Bindau Tel. 03 83 82 8 97 28, bitte Haasprosp. an! E-Mail: info@erath-bodensee.de www.erath-bodensee.de

Bodensee bei Überlingen, 2 Komf. FeWo's*** (je 2 E + 2 K), in ruh. Lage am Wald, herrl. Alpersicht, Tel., TV, Sauna, Spiel- und Liegewiese, Haasprospekt, Tel. (075 54) 87 33.

Ferien in Überlingen genießen! nur 1- bis 3-Pers.-Appartement, Südbalkon, See- und Panoramablick, ab 29. €, Tel. (07 551) 6 49 56.

Ferienhäuser am idyllischen Waldweiser
www.sonnenhalde-badmeze.de

Oberstaufen/Alföu, *FeWo** in Bauernhaus, ab 30,-€, Tel. (09386) 14 30, freie Termine
www.kleinwohnungen-kemede

Spessart-Urlaub
Info Tel. (09355) 1333,
people.freenet.de/ferienpenstion-waldloch

Bad Wildbad, **FH-Kurlaub, Beethoven-Rabat**, Info (01 71) 6 11 87 00,
www.charlotteforsthaus.de

Prof. w. Urlaub im Bayer. Wald
z.w. ARBER und HOHER BOGEN
Golf, Haas in best. Bogenlage (750 m), Wandwege für a. Haus, wasser, Pool, Bad, m. Bäder, gem. Z. m. DU/WC, Balk., TV, Frühlingsbäder! Terr., Lager, gepfl. Kol., 1 Wk. fr. 10.00,-, HP 28,-, 31,-, 4,-, Hausprospekt Preisliste-Cole Informationen Tel. 09458
Waldweiser, H. Blm., Tel. (09458) 4444, Fax 25 25
Internet: www.hofweiser-hof.de

Urlaub i. Bay. Wald - Hoher Bogen Arberg
best. Hotel-Gästehof, gem. Z., in ruhiger Südhänge-
lage m. Bergblick, Frühstücksbuffet, gepfl. Nacht-,
Sol., Fitness, Dampfbad, Saunabereich u. Massage-
garten, Schwimmbad, Liegen, Garten, Parkplatz
Preis: 696,- 924,-, www.zurloede-gaestehof.de

Urlaub im Bayerischen Wald. Einen
erholenden, angenehmen Urlaub können Sie bei uns verbringen. Wir bieten Ihnen saubere, gut eingerichtete Zimmer m. fl. w. u. k. Wasser. Zi. DU/WC, HP 19,- bis 25,- €, VP 22,- bis 28,- €, gutbürgerliche Küche. Prospekt anfordern. Josef Gruber, Marktplatz 38, 94157 Pederseut, Telefon (09555) 232, Fax (08555) 94 15 11.

Bayer. Wald: Gepfl. Kornf. FeWo, 50-90 m², ruh. Lage, 2-7 Pers., Balk., Terrasse, ab 25,- €, Hausprospekt, Tel. (0 99 64) 8 47, Fax 8 43, www.jewo-probst.de

Naturpark Oberer Bayer. Wald
FeWs, für 2-4 Pers., ideal für Wanderer und Naturfreunde, Hausprospekt, Fam. Rettinger, Tel. (09673) 1502

Arberggebiet-Arnbruck, **FeWo**, für 2-4 Pers., ruh. Lage, v. 8. 1. bis 1. 6. 06 Sparwochen, Tel. (0 99 45) 90 52 07.

Zellertal-Arbergregion-Spauer. Bayer. Wald:
OF ab 16,- €! Auch HP, Kornfortzimmer u. FeWo! Tel. (099 45) 3 49, Fax 2353,
www.zur-poschinger-huette.de

NATUR BRAUCHT PLATZ!
Entsiegeln Sie deshalb Hof und Garten! Tips zur Entsiegelung gibt die NABU-Broschüre „Entsiegeln - Natur braucht Platz“.
Gleich kostenlos über USB-E in 2 Minuten möglich.
Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. - Am Lippeglaes - 46483 Wesel

ÖSTERREICH
Erlebnisurlaub in der Silvretta-Region
Dreiländereck I. A., CH
Schöne Ausflugsziele in der näheren Umgebung (Innsbruck, Meran, St. Moritz, usw.)
Romantisch gelegene - sehr gepflegte Hotels mit:
• Schlemmerfrühstücksbuffet • 4-Gang-Abendmenü mit Hauptspeise-Wahl • tolger Bühnenabend • schöne Wellness- und Saunabereich • Massage und Beauty • Kinderspielzimmer • Top Kinderernährungsberatung
Hotel Fortuna Tel. 0043.5441.8700, Fax: 8700-11
www.hotelfortuna.at
Hotel Enzian Tel. 0043.5441.8236, Fax: 8236-7
www.hotelenzian.at
A-6553 See bei Ischgl im Paznauntal

Eberndorf-Südkärnten-Österreich
Seen • Berge • Kultur • Natur • Sport
Zi. m. Frühstück ab € 13,-
Ferienwohnung ab € 25,-
***Gästehof HP ab € 28,-
Camping • FKK • Gästehof
Pension • Privatzimmer
Ferienwohnung
Apartment
Tourismusverein 9141 Eberndorf • ÖSTERREICH
Tel. +43423 5/2221 • eberndorf@eberndorf-info.at

WIEN - PREISWERT
10 Min. vom Westbahnhof, Apartments mit DU/WC, Küche, Sat-TV, 27,- € pro Person, OZ ab 22,- € pro Person.
H. Galy, A-1150 Wien
Amstelsgasse 25, Tel. (00431) 8929073
Fax (00431) 8931028, www.galy.biz

Wien - nette Zimmer
KO., Bad/WC, 23,- € p.p.m. Frühstück, zentrale Lage, an der U6.
Strell, Brunnhaldgasse 16/5
Tel. u. Fax (0043 1) 408 99 11

www.dbbverlag.de
Informationen für Beamte,
Angestellte und Arbeiter

1 Woche HP 168,- €
Zi. DU/WC, Tel., TV, Abende à la carte, Buffetfrühst.
Super-PAUSCHALEN Preise Tennis/Bogenschießen
FERIENHOF, A-6811 Strobl, Bad +
Tel. 0043/7667/7188, Fax 7 1065, www.gallinger.at

ITALIEN
***Hotel „GARDEN“ I-47913 Igua Marina/Adria
bel Rimini 21. 5.-23. 9. 2006
Gepfl. mod., id. ren., s. preisg. Haus m. vorbildl. Serv. + lam. Atmosph., bes. kinderfrndl.; zentr. + ruh. + strandh. Lage; m. Gart.-Terr. + Eisbar; deutschspr. Fam.-Bstr.; schall- + bew. Parkpl. - DoZi-VP m. Du/WC/Balk. = 96,50 bis 54,- €/Pers./Tg., HP abzgl. 4,- €, EinzZl. zu abzgl. 3,- € - reichh. Frühst. - v. 2x Salatbuffet, Klimat. Spelosaal
C. a. Preis enth. bemerkensw. Nacht, 1. Angah. d. Offn. Dienstes + mtriv. Angah.; Oberdurchschm. Rab. 1. Kl. ab 12 J. - Seit 1970/75 in Koop. mit SÖZIALWERK d. Bund-FrVere - Prosp. + Ann.-Karte anl. - bitte m. Hinw. dbb - b. H.-E. MÖLTER, Teckstr. 53, 70190 Stuttgart - Tel. (0711) 262 65 82, Fax 262 14 04.

SÜDTIROL / MERAN
Hotel - Pension Sonnegg *** 30 Betten, 9 km von Meran im Passeiertal, ruh., sonn., ztr. Lage auf 500 m. Familiär geführtes Haus, schöne Zimmer DU/WC/Balk./Safe u. Sat-TV, ausgezeichnete Küche, gesundes Frühstückbuffet, ideales Wandergeb. Seilbahn im Ort, Zugabsteig w. a. Bhf. Meran o. München abgeholt. Tagesfahrten z.B. Dolomiten, Venedig, Gardasee. Ab 01.04. Sparwochen 229 €. Apfelblütenw. zu Ostern 265 € pro Pers. incl. HP - Info: Hotel-Pension Sonnegg, Familie Ertl u. Veronika Pindler, I-39010 Salsburg b. Meran, Tel. / Fax: 00 39 07 04 73 / 64 54 78, www.pension-sonnegg.com

Pension Dietl
Entspannen genießen - wandern im sonnigen Süden der Alpen
Urlaub zum Entspannen in familiärer Atmosphäre - ruhige Lage - reichhaltiges Frühstückbuffet - Liegewiese - Sonnenterrasse - schönes Freibad - OF ab Euro 26,00 - Kinderermäßigung! Wir freuen uns auf Ihre Anfrage. Familie Dietl
Sonderangebote ab 22.04.2006
I-39021 Latsch bei Meran - H.-Faggar-Str. 6
Tel. 0039/0473 620195 - Fax 0039/0473 721030
Vinschgau/Südtirol - www.pensiondietl.it

Blütenzauber in Südtirol, Wellnesshotel Zentral und FeWo, mit Hallenbad, ab 31,- €, Tel. 0039 0473 616008, www.zentral.it

Toscana, Ferienhaus, ruhige Lage, m. Pool (12x6m), m. Kornf. FeWo, 2-3 Pers., 17 km Entf. zum Meer, Tel. (0 24 56) 50 41 07.

ROM, Toskana, Elba, Analf, Staßfurt, Silesia, Silesien, Viter, preise, FeWo, Hotels, auch mit Hund, www.fewo-t.de Tel. (02 03) 3 93 48 22

www.dbbverlag.de
Informationen für Beamte, Angestellte und Arbeiter

ZfPR Das ganze Jahr aktuell informiert mit der Zeitschrift für Personalvertretungsrecht

SPANIEN
www.academiaandaluz.net
info-de@academiaandaluz.net
ALACADEMIA ANDALUZA ab € 320
ACELE
Spanisch lernen in COMU Andalusien

PORTUGAL
Algarve und Europa, FeWo, Reisen, Flüge weltweit, Preisvergleich, Tel. (043 43) 42 99 11, Fax 42 99 15.

MAURITIUS
Kollege bietet App/Buro, deutsche Leitung, ab 32,- € p.P./Tag, Tel. (021 58) 40 08 05, Fax 40 46 71, www.mauritius-travels.de

Menorca Ferienbungalow, 2-4 Pers., komfortabel, gemütlich eingerichtet, d. röhre, ruhige Meereslage, Fischerdorf Alcazar, Nähe Mahon, Tel. (0 22 38) 71 97, E-Mail: Rolf.Blumentritt@online.de
Lanzarote, traumh. Finca, m. Pool, i. Stl v. Cesar Manrique i. Weinberg, m. Blick z. d. Feuerberge, abs. Ruhe, Tel. (0 83 25) 99 92 30, Fax (0 83 26) 99 92 31.

Brot zum Leben...
das ist die Bereitschaft zum Tellen
www.brot-fuer-die-welt.de

Öffne deine Augen für meine Welt.
Werde Pate!
www.plan-deutschland.de
Internationales Kinderhilfswerk
Rufen Sie an:
0137-44 66 88
(30 sec = 0,12 €, jede weiteren 30 sec = 0,06 €)
Plan International Deutschland e.V.
Bromfelder Str. 70 · 22305 Hamburg

> BBB



> Von links: Peter Heesen, Edmund Stoiber, Rolf Habermann.

Delegiertentag

Rolf Habermann steht für weitere fünf Jahre an der Spitze des Bayerischen Beamtenbundes (BBB). Auf dem 18. Delegiertentag am 26. Januar 2006 wurde Habermann, der seit 2002 Vorsitzender des BBB ist, mit 469 von 481 Delegiertenstimmen (das sind über 97 Prozent) in seinem Amt bestätigt.

Als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt wurden Ilse Schedl, Josef Bugiel, Wilhelm Renner und Gerhard Sixt, neu im Vorstand ist Hermann Benker. Der Delegiertentag stand unter dem Motto „Motivieren, mitgestalten, mitentscheiden!“. Rund 600 Vertreter der 54 Einzelfachverbände waren nach Würzburg gekommen, um die Richtung der gewerkschaftspo-

litischen Arbeit der nächsten Jahre zu bestimmen. Habermann mahnte – an den anwesenden bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gerichtet – zu „einer von Respekt getragenen vertrauensvollen Zusammenarbeit“. Der alte und neue Vorsitzende verwies auf die mit 42 Wochenstunden im Ländervergleich längste Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten, Kürzungen bzw. Streichungen von Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld und Einschränkungen bei der Beihilfe. „Das ist keine vertrauensbildende Politik.“ Der BBB erwarte daher eine Verlängerung der Regelungen zum Weihnachtsgeld, die Ende des Jahres auslaufen, und die so genannte Einmalzahlung, die im Tarifbereich geleistet, den Beamten aber bislang vorenthalten wurde.

> Appell: Reformen voranbringen

Die Lehrgewerkschaften VBE und DPhV im dbb haben an die Kultusministerkonferenz (KMK) appelliert, begonnene Reformen weiter voranzubringen und ihrer nationalen Verantwortung gerecht zu werden. Zum turnusmäßigen Amtsantritt der neuen KMK-Präsidentin Ute Erdsiek-Rave am 20. Januar 2006 forderte der Verband Bildung und Erziehung die Kultusministerkonferenz KMK auf, eine Kollision zwischen Bildungsgerechtigkeit und Föderalismusreform zu verhindern. „Daran muss sich alle weitere Bildungspolitik messen lassen“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Ludwig Eckinger. Der VBE erwarte, dass die KMK „den grundgesetzlichen Auftrag zu gleichwertigen Lebens- und Bildungschancen bildungspolitisch ausgestaltet.“ Der Deutsche Philologenverband mahnte zu „Einigkeit und Handlungsstärke“ bei der Fortsetzung der nach PISA von allen Bundesländern beschlossenen Reformen. Die KMK müsse ihre Koordinierungsaufgabe in der Bildungspolitik und zwischen den Ländern verantwortungsbewusst wahrnehmen, sagte DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger.

> Beamtenbund Schleswig-Holstein

Rückenstärkung für Landtag

Der schleswig-holsteinische Landtag hat am 25. Januar 2006 seine ablehnende Haltung zu einer Übertragung der Zuständigkeit für Beamtenbesoldung und -versorgung vom Bund auf die Länder deutlich gemacht. Zudem wurden gemeinsame Änderungsvorschläge norddeutscher Länder für diesen Bereich angekündigt. Der dbb schleswig-holstein begrüßte diese Entwicklung. Dem NDR sagte der stellvertretende Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp: „Wir hoffen, dass es Schleswig-Holstein gelingt, auch andere Bundeslän-



> Anke Schwitzer, Vorsitzende des dbb schleswig-holstein

der hinsichtlich dieser klugen Überzeugung mit ins Boot zu holen.“ Würden die Kompetenzen verlagert, bedeute das für das Land mehr Posten und mehr Kosten. Dies würde auch der durch die Verwaltungsstrukturreform angestrebten Entbürokratisierung zuwiderlaufen.

> dbb nrw

Protestdemo als Einstieg in 2006

Die 800 Gäste des CDU-Neujahrsempfangs in Düsseldorf sind am 14. Januar 2006 von rund 1 500 protestierenden Beamten empfangen worden. Als „erfolgreichen Einstieg in das neue Jahr“ wertete Ralf Eisenhöfer, Vorsitzender des dbb nrw, diese Protestveranstaltung. Von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)



> Ralf Eisenhöfer, Vorsitzender des dbb nordrhein-westfalen

und der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) initiiert und organisiert waren mehr Demonstranten als Gäste nach Düsseldorf gekommen, um ihren Unmut über die gebrochenen Wahlversprechen der schwarz-gelben Koalition kundzutun.

> dbb mecklenburg-vorpommern

Zuständigkeit muss beim Bund bleiben

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat die Auffassung bekräftigt, dass die Zuständigkeit für die Besoldung und Versor-



> Hermann Warner, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern

gung der Beamten nicht vom Bund auf die Länder übertragen werden darf. Darüber waren sich auch der Vorsitzende des Landesbundes, Hermann Warner, und die Vorsitzende der Landtagsfraktion der Linkspartei PDS, Angelika Gramkow, bei einem Gespräch am 26. Januar 2006 einig. Warner bezeichnete es als „unsinnig“, das bewährte einheitliche Dienstrecht in 17 verschiedene Regelungen aufzusplittern. Dies werde zu mehr Bürokratie und Personalaufwand sowie zu Demotivation der Beamten führen.

Ganz oder gar nicht

➤ **Nicht für die Schule,** für das Leben lernen wir. Diese alte Erkenntnis hat ein Schulleiter in einer ländlichen Ostkap-Provinz in Südafrika beherzt in die pädagogische Tat umgesetzt: Nachdem er als Fir-



menspende 100 Angelruten erhalten hatte, setzte Rektor John Amoah kurzerhand Angeln als Schulfach auf den Stundenplan. Ein Polizist, der in seiner Freizeit Angler ausbildet, wurde als Lehrer verpflichtet. Angesichts der Armut in der Region hatte der Schulleiter zuvor bereits eine andere sehr lebensnahe Idee in die Tat umgesetzt: Im Nähunterricht müssen die Schüler die obligatorischen Schuluniformen selbst schneiden, die sich viele Eltern kaum oder gar nicht leisten können. Die Schulbehörde sieht Amoahs Aktivitäten mit Wohlwollen, soll doch in diesem Schuljahr landesweit handwerkliches und lebensnahes Wissen vermittelt werden.

➤ **Fährt doch, reicht nicht.** Das musste ein LKW-Fahrer aus Mönchengladbach erfahren, der mit einem 7,5-Tonner einer Spedition unterwegs war. Bei einer Verkehrskontrolle fielen den Beamten unübersehbare Mängel an dem Fahrzeug auf und ließen es zum TÜV schleppen. Dort

stellte der Gutachter insgesamt 43 Mängel fest. Neben so gut wie wirkungslosen Bremsen und vielen völlig durchgerosteten Teilen staunten die Fachleute unter anderem über die eigenwillige Reparatur des abgebrochenen Blinkerhebels: ein Sechs-Millimeter-Holzbohrer diente als Ersatz. Das Fahrzeug wurde sofort stillgelegt.

➤ **Der Zoll am Frankfurter Flughafen** hat im Dezember vergangenen Jahres über 130 Kilogramm harte Drogen beschlagnahmt, obgleich die Verstecke immer fantasievoller werden. Zwölf Konservendosen aus der dominikanischen Republik enthielten keine exotischen Früchte,



sondern 9,6 Kilogramm Kokain. In Schokoladenbonbons aus Istanbul fanden Drogenspürhunde 33 Kilogramm Rohopium. Drei Kilogramm Kokain steckten im Rahmen eines Mountainbikes, das in Bolivien per Luftfracht aufgegeben worden war. Ein Dutzend mit Cannabisharz gefüllte Cricket- und Hockeybälle, die via Frankfurt in die Schweiz unterwegs waren, erreichten ihr Ziel ebenso wenig wie eine überdimensionale Schachfigur, die mit zwei Kilogramm Kokain gefüllt war. Pikanterweise handelte es sich bei der Figur um einen Springer. So viel (nutzlose) Fantasie wenden längst

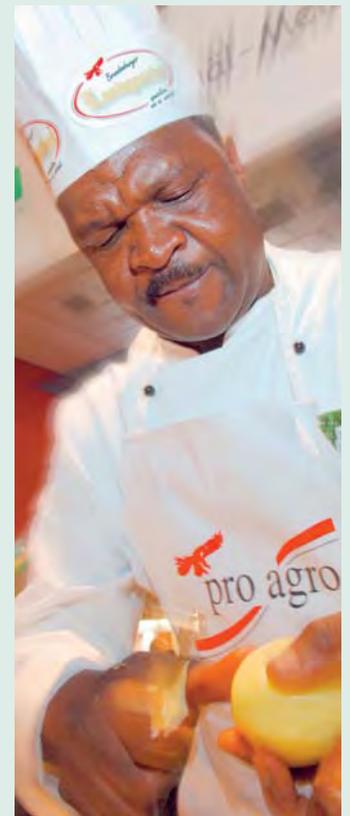
nicht alle Schmuggler auf; immer noch werden besonders häufig Kuriere abgefangen, die abgepacktes Pulver schlucken und ihre Körper als Verstecke benutzen.

➤ **Entweder ganz oder gar nicht.** So lautet vorchriftsmäßig die Devise des Passamtes der walisischen Gemeinde Llanduro Junction. Die Ausstellung eines Reisepasses für ein drei Monate altes Kleinkind lehnte die Behörde mit der Begründung ab, auf dem eingereichten Foto sei nicht der ganze Kopf zu sehen, weil das linke Ohr verdeckt sei. Die Eltern äußerten sich zwar entsetzt über diese Entscheidung, reichten aber dennoch ein neues Foto ein, um eine geplante Auslandsreise nicht zu gefährden. Das war eine weise Entscheidung, denn das Innenministerium in London rechtfertigte die Ablehnung des Fotos mit dem Hinweis auf geltende Vorschriften. Allerdings haben die rigiden Pass-Regelungen der Labour Regierung



bereits des Öfteren Probleme bei der Anwendung gemacht. Eine erste Konsequenz wurde bereits gezogen: Kleinkinder dürfen auf Passfotos wieder lächeln, Erwachsene nicht.

➤ **Der amtierende deutsche Meister** im Kartoffelschälen hat seinen Titel zum dritten Mal erfolgreich



verteidigt. Titus Dickson aus Potsdam schälte in drei Minuten exakt 2,23 Kilogramm Kartoffeln der Sorte „Vineta“. Platz zwei belegte eine Berlinerinerin mit 1,75 Kilogramm, Platz drei ging nach Thüringen mit 1,7 Kilogramm. Die CMA-Kartoffelschälmeisterschaft der Bundesländer findet alljährlich in Berlin auf der Grünen Woche statt. Mit dem Kartoffelschäler „Famos“ treten die Konkurrenten in zwei Runden gegeneinander an. Insgesamt schälten sie über 30 Kilogramm Kartoffeln bis der Sieger feststand. Der tiefere Sinn hinter dem Spektakel: Die CMA möchte auf die Bedeutung der Erdäpfel als Mineral- und Nährstofflieferant besonders im Winter hinweisen.

Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und deren Familienangehörige.

Bis zu **50%**
Tarifrabatt¹⁾



Gewinnspiel

Jeder Interessent im März und April nimmt an der Verlosung teil!

1. Preis: **LG Plasma-TV**

2. - 50. Preis: **DVD-Rekorder**



Abb. ähnlich. Einsendeschluss: 30.4.2006. Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Automobile



bis zu **28%**
günstiger

mehr dazu auf www.dpolg-service.de

für alle **dbb-Mitglieder**

Bestellhotline
07161/964100



März/April 2006
Angebot solange Vorrat reicht.
Istwert, Druckfehler und Änderungen vorbehalten.

ab 0,- €

60,- € Startguthaben
z.B. im Tarif 15-Mobile

Nokia 6270

Samsung D600

Sonyericsson W800i

Nokia N70

¹⁾ Die Erstattung eines 30-monatigen Mobilfunkvertrages, je nach Tarif von 0,00 € mit Vertragsbeginn bis 30.29 € Anzahlgeld für ein Mobiltelefon (z.B. Nokia N70) ist Voraussetzung für den Erhalt des 50% Rabatts. Die Erstattung erfolgt nur bei den Anbietern eplus, O2 und T-Mobile.

freenetDSL

Internet - Telefonie
mit Ihrem Festnetztelefon
einfach und super günstig!

Ihr Vorteil:
DPoIG Bonus
25,- €

Aral-Tank
Gutscheine

zurück per
fax: 07161/96410-40 oder 41

Bitte senden Sie mir Unterlagen für folgenden DPoIG - Sondertarif zu:
 D1 D2 eplus O2 Portation/Rufnummernmitnahme

Name, Vorname:

eMail: Bitte senden Sie mit
die Informationen per E-Mail zu

Straße:

PLZ, Ort:

DPoIG Service GmbH
Maybachstr. 19, 73087 Göppingen

Hotline: 07161 / 964 100
Mo - Fr von 8-12 Uhr und 13-17 Uhr

www.dpolg-service.de